

Jonathan Franzen, Alain Pichard, Yakin Bros.

DIE WELTWOCHEN

Nummer 42 – 19. Oktober 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Wolfram Knorr
Aufstieg und Fall
des Harvey Weinstein

Campus-Tyrannie

Wer sind die linken Krawall-Studenten?

ELISABETH BADINTER

«Lasst die Juden
nicht allein!»

VÖLKERRECHT

WC-Deckel der EU
steht über Schweizer
Verfassung

CLAUDIA SCHUMACHER

Wie mich meine Chefs
unsittlich anmachten

HARVARD-PROFESSOR

Xi Jinping ist Chinas
neuer Kaiser

POLITIK

Verschweizert
Österreich?



Rainer Z



JAPAN – LAND DER AUFGEHENDEN SONNE

12 Tage bereits ab
4'790^{.-} CHF
pro Person

HÖHEPUNKTE
Shinkansen-
Expresszug
Übernachtung in
einem Ryokan
Goldener Pavillon
Kyoto

Erleben Sie Japan zwischen Tradition und Moderne und lernen Sie ein Land voller Kontraste kennen. Lassen Sie sich von den Naturschönheiten, aber auch von den Millionenstädten Osaka, Kyoto und Tokyo beeindrucken. Und geniessen Sie dabei sorgfältig ausgesuchte landestypische Köstlichkeiten.

REISEPROGRAMM VON TAG ZU TAG

- 1. Tag: Zürich – Osaka.** Flug mit Lufthansa über Frankfurt nach Osaka.
- 2. Tag: Osaka – Hiroshima.** Morgens Landung in Osaka. Weiterfahrt nach Hiroshima. Transfer ins Hotel, anschliessend Besuch im Friedenspark und dem Friedensmuseum in Hiroshima.
- 3. Tag: Insel Miyajima:** Zugfahrt nach Miyajima Guchi. Eine Fähre bringt Sie auf die Insel Miyajima. Besichtigung des Schreins. Anschliessend Rückkehr nach Hiroshima.
- 4. Tag: Hiroshima – Kyoto.** Fahrt mit Hochgeschwindigkeitszug Shinkansen nach Kyoto. Anschliessend Besichtigung des goldenen Pavillons. Kurzer Spaziergang zum Kenninji Tempel. Anschliessend Transfer zum Hotel.
- 5. Tag: Kyoto.** Nach dem Frühstück Besuch des Fushimi Inari Schreins. Tausend rote Torii säumen den Weg zum Schrein. Rückkehr ins Zentrum von Kyoto. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung.
- 6. Tag: Arashiyama.** Vormittags Besuch von Arashiyama. Unberührte Natur, wilde Stromschnellen und dicht bewaldete

Berghänge in allen Farben werden auch Sie begeistern. Anschliessend Flussfahrt auf dem Hozu River in kleinen Holzbooten. Rückkehr nach Arashiyama mit einer Riksha durch den bekannten Bambuswald.

7. Tag: Kyoto – Kanazawa. Für die Übernachtung im Ryokan, dem japanischen Hotel, reisen die Gäste mit kleinem Gepäck. Fahrt von Kyoto nach Kanazawa mit dem Shinkansen dauert ca. zwei Stunden, vorbei an den schönsten Gärten des Landes. Anschliessend Fahrt zum Ryokan. Diese Hotelzimmer dienen tagsüber als Wohnraum. Für die Nacht werden Futons auf den Tatatami Matten ausgelegt. Am Nachmittag Gelegenheit ein "Onsen"-Bad in den natürlich heissen Quellen zu nehmen.

8. Tag: Kanazawa – Tokyo. Am Vormittag Führung im Kenrokuen Park. Gärten werden in Japan so angelegt, dass sie das ganze Jahr schön aussehen. Danach Fahrt nach Tokyo mit dem Shinkansen.

9. Tag: Tokyo. Wir zeigen Ihnen den Kontrast zwischen dem traditionellen und hypomodernen Tokyo. Zunächst besuchen Sie den Asakusa Kannon Tempel mit den Nakamise Arkaden. Nur ein Steinwurf entfernt steht mit dem Skytree, das

zweithöchste Gebäude der Welt. In kürzester Zeit werden Sie auf die 350 Meter hohe Plattform befördert, von wo Sie einen einmaligen Blick weit über die Stadtgrenzen der Millionenstadt geniessen können. Anschliessend Stadtrundfahrt mit einem Zwischenstopp am Kaiserpalast. Am Abend geniessen Sie eine Bootsfahrt durch die Bucht von Tokyo, vorbei an der beeindruckenden Skyline.

10. Tag: Nikko. Ausflug nach Nikko. Mit dem Shinkansen ca. 50 Minuten in nördliche Richtung, danach weiter mit dem Bus. Erster Stopp sind die Kegon-Wasserfälle. Danach Weiterfahrt zum Toshogu Schrein. Anschliessend private Führung einer Sake-Brauerei. Danach geht es mit dem Zug zurück nach Tokyo.

11. Tag: Tokyo. Am Vormittag begleitet Sie die Reiseleitung in das Stadtviertel Ginza, das Sie danach auch gut auf eigene Faust entdecken können. Restlicher Tag zur freien Verfügung. Gemeinsames Abendessen im 42. Stock des Green Hill Towers.

12. Tag: Tokyo-Zürich. Morgens Transfer zum Flughafen und Direktflug mit Swiss nach Zürich.

Inbegriffene Leistungen: • Linienflüge Zürich-Frankfurt-Osaka mit Lufthansa und Tokyo-Zürich mit Swiss • Sämtliche Flughafentaxen (Stand Oktober 2017) • 10 Übernachtungen in guten Mittelklass- / Erstklasshotels • Halbpension • Alle erwähnten Besichtigungen und Transfers • Durchgehende, Deutsch sprechende lokale Reiseleitung • Reiseführer • Kundengeldabsicherung

Zuschläge: • Einzelzimmerzuschlag CHF 1'050.- - Auftragspauschale/Reisegarantie CHF 50.-

Einreisebestimmungen: Schweizer Staatsbürger benötigen einen Reisepass, der mindestens 6 Monate über das Rückreisdatum gültig sein muss.

Alle Preise pro Person in CHF bei Doppelbelegung. Mindestteilnehmerzahl: 10 Personen

Änderungen vorbehalten / Verlangen Sie unser Detailprogramm.



Reisedaten + Sofortpreise bei Buchung bis 30.11.17

von/bis	Sofortpreis	Normalpreis
09.03.-20.03.18	4970	5120
04.04.-15.04.18	5100	5250
12.05.-23.05.18*	5310	5460
02.06.-13.06.18	4790	4950
07.09.-18.09.18	4970	5120
29.10.-09.11.18	4970	5120

*Diese Reise findet in Begleitung einer Schweizer Reiseleitung (ab/bis Zürich) statt.

bischofberger
reisen
Ihr Rundreisen Spezialist

Dufourstrasse 157 - 8008 Zürich
Tel. 044 384 93 93
info@bischofberger-reisen.ch
www.bischofberger-reisen.ch

Weitere tolle Angebote auf:
www.bischofberger-reisen.ch

REISEGARANTIE



Nach der Vertreibung des ehemaligen US-Generals und CIA-Chefs David Petraeus von der ETH Zürich bleiben Fragen offen. Wer traf die Entscheidung, den Vortrag des prominenten Redners nach Drohungen links-extremer Studentenzirkel abzusagen? Wer



Freie Rede? Uni-Rektor Hengartner.

sind diese Krawallstudenten? Verteidigen die Schweizer Hochschulen die freie Rede? Oder werden sie den nächsten «unerwünschten» Gast ausladen, sobald die Gewaltlinke wieder mit Fackeln und Fäusten droht? Philipp Gut hat den Fall für unsere Titelgeschichte recherchiert und mit dem Rektor der Universität Zürich, Michael Hengartner, gesprochen. Das Titelbild stammt vom preisgekrönten amerikanischen Zeichner Michael Ramirez, zweifacher Pulitzerpreisträger in der Kategorie Editorial Cartooning. **Seite 16**

Ueli Schmitter kämpft für das Überleben kleiner Seilbahnen. Als die *Weltwoche* den Nidwaldner Bergbauern kontaktierte, zögerte dieser zuerst. Es gehe nicht um ihn, sondern um die Sache, gab er zu bedenken. Es klappte dann doch mit dem Treffen: Unser Reporter traf auf der Alp Brändlen oberhalb von Wolfenschiessen auf einen Mann mit gesunder Erdung und beachtlichem Weitblick. **Seite 34**

Elisabeth Badinter hat inzwischen eine Geheimnummer. Unser Mitarbeiter Jürg Altwegg kennt die grosse französische Intellektuelle seit mindestens dreissig Jahren, mehrmals hat er sie und ihren Mann, den früheren Justizminister Robert Badinter, in ihrer Pariser Wohnung am Rande des Jardin du Luxembourg besucht und interviewt. Weil der Anschluss nur noch Piepstöne von sich gab, meldete er sich über den Verlag. Drei Tage lang verschlammte die Pressestelle die Anfrage, doch als sie endlich weitergeleitet wurde, rief Elisabeth Badinter unverzüglich an und

nahm sich die nötige Zeit für ein Gespräch über den neuen Antisemitismus. **Seite 48**

Die Vorstellung, jemand könne ins Gehirn der Leute eindringen, die Zukunft voraussagen oder Kontakt mit Verstorbenen aufnehmen, trägt der Mensch seit je mit sich herum. Selbst überzeugte Skeptiker kommen ab und zu ins Zweifeln. Zum Beispiel, wenn sie Tobias Heinemann begegnen. Der erfolgreichste Gedankenleser der Schweiz schafft es, Geheimnisse von fremden Menschen zu nennen, beispielsweise deren Handy-PIN-Code. Daran sei nichts Übersinnliches, sagt er. Für



Erfolgreicher Gedankenleser: Tobias Heinemann.

all die Scharlatane, die sich Wahrsager, Hellseher oder Medium nennen, hat Heinemann bloss Verachtung übrig. Wie aber liest er Gedanken? Kulturredaktor Rico Bandle hat den faszinierenden Mann getroffen. **Seite 62**

Ihre Weltwoche

SCHLAFLOS?
ÜBERMÜDET?
GEREIZT?

Zeit für eine Auszeit.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.

SEEKLINIKBRUNNEN

Seeklinik Brunnen AG
Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 322.– (inkl. MwSt.)

Schnupperabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),

Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)

Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*),

Wolfgang Koydl, Hubert Mooser,

Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth,

Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Peter Hartmann, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Mark van Huisseling,

Hansrudolf Kamer, Peter Keller,

Wolfram Knorr, Christoph Landolt,

Franziska K. Müller, Matthias Matussek,

Daniela Niederberger, Linus Reichlin,

Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin,

David Schnapp, Hildegard Schwanager,

Sacha Verna (*New York*), Max Wey,

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),

Karin Erdmann

Bildredaktion: Martin Kappler,

Julia Dunlop (*Assistentin*)

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*),

Viola Antunovits, Renate Brunner,

Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser,

Oliver Schmuki, Dieter Zwicky

Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*),

Gabriel Lotti, Brita Vassalli

Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)

Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH

Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Druck: Print Media Corporation, PMC,

Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Toric Chronomètre
Bis ins kleinste Detail
in der Schweiz hergestellt
parmigiani.com

PARMIGIANI

FLEURIER



Welche, wenn nicht diese?

ASCONA GIOIELLI-OROLOGI HERSCHMANN | BASEL GÜBELIN | BERN GÜBELIN | INTERLAKEN KIRCHHOFER | KLOSTERS MAISSEN
LUGANO GÜBELIN | LUZERN GÜBELIN, LES AMBASSADEURS | ST. GALLEN LABHART-CHRONOMETRIE | ST. MORITZ GÜBELIN
ZERMATT HAUTE HORLOGERIE SCHINDLER | ZUG LOHRI | ZÜRICH GÜBELIN, LES AMBASSADEURS

Rückzug

Die Linke wird aggressiver und intoleranter. Warum? Weil ihr die Felle davonschwimmen.

Von Roger Köppel

Man muss ja vorsichtig sein mit solchen Ausdrücken und will es nicht übertreiben, aber ein kleiner kultureller Bürgerkrieg ist es schon, was sich auch in unseren Breiten abspielt. An der Frankfurter Buchmesse flippete die Linke aus, als sich der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, die Dachorganisation der Ausstellung, in einem Gnadenakt volkspädagogisch gemeinter Pseudo-Offenheit dazu entschied, «rechte bis rechtsextreme Verlage» zuzulassen.

Warum man mit diesem Brandzeichen ein paar kleinere Verlage versah, die tatsächlich ausserhalb des linken kulturellen Mainstreams publizieren, aber auch nicht rechter sind als andere Verlage links, wurde nicht näher begründet. Wohl aber gab die einladende Organisation die von ihr Eingeladenen gleich wieder zum Abschuss frei, indem sie in einer offiziellen Mitteilung ausdrücklich dazu aufforderte, sich «zu engagieren», «Haltung» gegen die Rechten zu zeigen, verbunden mit genauen Koordinaten ihrer Stände, die in der Folge denn auch prompt zertrümmert wurden, mit «Haltung», versteht sich.

Die Episode wirft ein bezeichnendes Licht auf die momentane, oder soll man sagen: die wahre Natur jener linken Kreise, die sich immer so benehmen, als hätten sie das alleinige Monopol auf Anstand, Offenheit, Toleranz und jene «aufklärerischen Grundwerte»; ich kann die Worte schon fast nicht mehr hören, auf die sie sich berufen, ohne sie selber ernst zu nehmen.

Dahinter steckt, das hat vor einem Jahr in dieser Zeitung der französische Schriftsteller Michel Houellebecq glasklar analysiert, die Verzweiflung der Linken darüber, dass sie die Herrschaft über den Zeitgeist verloren haben. Houellebecq benutzte das Bild eines schwerverwundeten, in die Ecke gedrängten Tiers, das hasserfüllt und wild um sich schlägt, am Boden liegend, zur Weissglut getrieben durch das instinktive Wissen, dass man den Kampf verloren hat.

Die rot-grünen Moraliserer reden von Vielfalt, aber wenn die Vielfalt da ist, würgen sie sie gewaltsam ab. Meinungsäusserungsfreiheit bedeutet für sie, dass man frei ist, eine rot-grüne Meinung zu äussern. Sie fordern Debatte, um sofort jedem das Wort zu verbieten, der mit einer anderen Meinung debattiert.

An der Buchmesse gab es beim *Spiegel* ein unabhängig lustiges Panel über Demokratie, Brexit und die bösen Rechten. Zwei linke Journalistinnen redeten mit einem linken Journalisten vor einem andächtigen linken Publikum darüber, dass es gar nicht gut sei, wenn Gleichgesinnte unter Gleichgesinnten mit Gleichgesinnten reden. Es war eine Realsatire, was den Beteiligten aber gar nicht auffiel.

Ich will es nicht verharmlosen. Die angeschossene Linke keilt heftig zurück. Am G-20-Gipfel vor ein paar Monaten verwüsteten linke Krawalltouristen einen Teil der Hamburger Innenstadt. In den USA wurden nach der Trump-Wahl mutmassliche Trump-Wähler auf offener Strasse verprügelt. Ein Anhänger des linksextremen Senators Bernie Sanders eröffnete auf einem Sportplatz das Feuer gegen republikanische Kongressmitglieder. Während der Sommerzeit erreichten uns Bilder, auf denen ein wütender Links-Mob die Statuen amerikanischer Südstaatengeneräle zerstörte. An den Unis stiegen linke Studenten mit Brandbomben gegen rechte Redner auf die Barrikaden.

Natürlich gab es auch den einen oder anderen dokumentierten Fall rechter Gewalt, doch wer es mir nicht glaubt, soll das renommierte Trump-kritische Magazin *The Atlantic* lesen, in dem vor ein paar Wochen schwarz auf weiss zu lesen war, dass die extreme Linke mehr Anhänger, mehr Gewaltbereitschaft und mehr Zerstörungskraft hat als die Prügler zur Rechten.

Trotzdem oder gerade deshalb wurde der amerikanische Präsident fast gekreuzigt, als

er in einer Ansprache rechte und linke Gewalt gleichermaßen verurteilte, was ihm seine Feinde prompt als Verharmlosung der Rechten auslegten. *Spiegel*, *Economist* und *New Yorker* zeigten Trump daraufhin in Ku-Klux-Klan-Kapuze als mörderischen Rassisten.

Was Trump wirklich gesagt hatte, spielte keine Rolle. Was zählte, war der Sinn, den man ihm in den Mund legen konnte. So gehen «Fake News»: Man muss nichts frei erfinden. Man nimmt etwas, um es so zu verdrehen, bis es den gewünschten Sinn ergibt.

Nervosität ist auch in der weniger erhitzten, langweiligen Schweiz zu spüren. Kürzlich verhinderten linke Studenten den Auftritt eines früheren US-Generals an der Zürcher ETH. Dieser Tage verbünden sich linksliberale Professoren und Intellektuelle im Protest gegen den Feuilletonchef der *Neuen Zürcher Zeitung*, der ihnen einen zu «rechten» Kulturteil macht. Ich habe diesen Kindergarten mit der *Weltwoche* schon vor bald zwanzig Jahren erlebt. Als wir begannen, neben linken Autoren auch wieder rechte Positionen zuzulassen, ohne uns laufend dafür zu entschuldigen, ging das Geschrei los.

Das alles ist, natürlich, ein Rückzugsgefecht. Wer es nötig hat, den anderen niederzubrüllen, zu demolieren, auszugrenzen oder am Reden zu hindern, gibt zu, dass ihm nichts Besseres mehr einfällt.

Die Linken sind mit ihrem Latein am Ende. Zwar habe ich an der Buchmesse jede Menge Bücher für Marx, gegen die Globalisierung, gegen die direkte Demokratie, gegen den Populismus und gegen Trump gesehen, aber es handelte sich um literarische Beschwörungen, um Sehnsüchte und Wünsche, die an der politischen Realität vorbeizielten.

Tatsache ist: Es gab den Brexit. Trump wurde gewählt. Die meisten linken Parteien stecken in der grössten Krise seit dem 20. Jahrhundert. In Scharen wenden sich die Leute ab. Man glaubt nicht mehr an offene Grenzen, segensreiche Völkerwanderungen, weise Eliten, internationale Konferenzen, künstliche Währungen und ständig mehr Steuern und Staat.

Die Realpolitik ist zurück, und realistische Politik ist immer konservativ, was nicht gleichbedeutend ist mit der Konservierung des Abgelebten, sondern die Bewahrung des Bewährten meint.

Die Leute wollen zurück zu dem, was funktioniert, zurück zum Überschaubaren, zum Vertrauten, am Ende: zurück zum Menschen, wie er wirklich ist und nicht so, wie ihn linke Überflieger-Ideologen haben wollen. Was Letztere wiederum zur Tobsucht treibt.



Monopol auf Anstand.

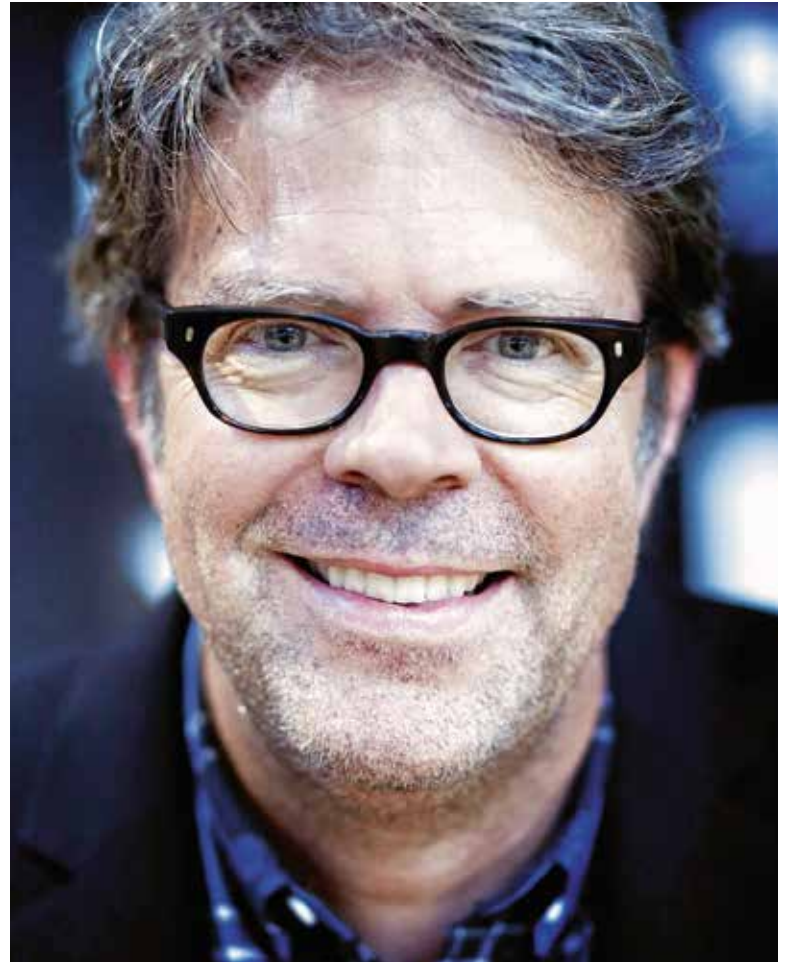
Wir machen
Ihren Venen
Beine.

Venenchirurgie. Eines der Fachgebiete
in Ihrer Privatklinik für Chirurgie
und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.



Ein Herz für Gondeln: Ueli Schmitter. Seite 34



«Bündel von Widersprüchen»: Jonathan Franzen. Seite 56

Titelgeschichte

- 16 **Campus-Tyrannie**
Radikale Studenten an unseren Unis
- 18 **Universität Zürich**
Der Vormarsch der Achtundsechziger
- 19 **«Nicht einschüchtern lassen»**
Michael Hengartner,
Rektor der Universität Zürich

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 11 Kommentar Präpotente Justiz
- 12 **Kopf der Woche** Xi Jinping,
der neue Kaiser von China
- 20 Mörgeli
Hurra, wir sind fast tolerant
- 20 **Bodenmann**
Mayday: Pirat kapert Downing Street
- 21 **Medien** Gefordert ist überfordert
- 21 **Die Deutschen** Felix Germanial!

Inland

- 26 **Parmelin im Gegenwind**
Was ist mit dem SVP-Magistraten los?
- 27 **Migration** Rosarote Wünsche
- 28 **Valentin Landmann**
WC-Deckel der EU steht über
der Schweizer Verfassung
- 30 **Fixerstübli im Bundeshaus**
Gerangel um das nächste Budget
- 31 **Staatliche Schnüffeleien**
Die Tücken der Transparenz-Initiative
- 32 **Swissinfo** Desinformation vom
internationalen Service der SRG
- 33 **Behörden** Immer mehr Parteilose
- 34 **Bergbauer gegen Bürokraten**
Ueli Schmitters Kampf für Seilbahnen
- 36 **Moral zum Nulltarif** Unerwartete
Ermahnung aus Strassburg
- 38 **Alain Pichard** Indoktrination statt
Bildung an der Schule
- 40 **Personenfreizügigkeit** Wie sich die
Schweiz grosse Probleme einhandelte

Interview

- 48 **Elisabeth Badinter** Die französische
Intellektuelle über die jüdischen
Opfer des islamistischen Terrors

Ausland

- 13 **China** Henry Kissinger über
eine historische Chance
- 44 **Sebastian Kurz** In acht Jahren
vom Studenten zum Kanzler
- 46 **Verschweizert Österreich?**
Das Wahlergebnis im Nachbarland
- 47 **Demokratie mangelhaft**
Andreas Gross über
Volksentscheide in der EU
- 50 **Unesco** Der Weltkulturschutz
treibt skurrile Blüten
- 51 **Trumps Woche** «Näher»
- 52 **Jacob Rees-Mogg** Die neue Hoffnung
der britischen Konservativen



FALCON
PRIVATE BANK

Ready for Agile Private Banking?

Where personal excellence meets
digital intelligence.



«Die Islamophobie wurde erfunden, um die Menschen einzuschüchtern, die nicht rassistisch und antisemitisch sein wollen.» *Elisabeth Badinter*: Seite 48

Kultur & Gesellschaft

- 22 **Wenn der Chef zu nahe kommt**
Claudia Schumacher über sexuelle Belästigung in der Medienbranche
- 42 **Murat und Hakan Yakin** Die neue Karriere der talentierten Brüder
- 54 **Ikone der Woche** «Nussknacker» am Zürcher Opernhaus
- 56 **Jonathan Franzen** Der brillante Erzähler in der Aula der Uni Zürich
- 60 **Krawall in Frankfurt** Matthias Matussek über die Buchmesse
- 61 **Martin Mosebach** Der deutsche Autor ist eine Klasse für sich
- 62 **Die Kunst der Manipulation** Tobias Heinemann, Gedankenleser
- 64 **Patchworkfamilie** Reto Hunziker über sein Scheitern als Stiefvater
- 68 **Harvey Weinstein** Wolfram Knorr über den gefallenen Film-Mogul

Rubriken

- 11 **Im Auge**
Hayden Kennedy, Kletterer
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf 1**
Daphne Caruana Galizia
- 41 **Nachruf 2**
Karl-Heinz Kipp
- 66 **Die Bibel** Der Weinstock
- 66 **Knorr** «Suburra»
- 67 **Knorrs Liste**
- 67 **Jazz** Erika Stucky
- 70 **Thiel** Schüleraufsatz
- 70 **Namen**
Überirdische Wunderfrauen
- 70 **Fast verliebt**
Verkappte Romantiker
- 71 **Unten durch**
Boxershorts
- 72 **Wein** Insoglio del Cinghiale Toscana IGT 2015
- 72 **Zu Tisch** «Restaurant de l'Hôtel de Ville», Crissier
- 73 **Auto** Porsche Panamera Turismo
- 74 **Darf man das?/Leserbriefe**

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Gütertransport Schweiz: Bald Drohnen statt LKW?

ab Montag, 23. Oktober 2017,
täglich um 17.35 Uhr

auf diesen Sendern:

TELE
B'ARN

TELE
M

TELE
ZURI

und unter:

www.fokus-kmu.tv

DER NEUE XF SPORTBRAKE

TREIBEN SIE JEDEN
TAG SPORT.



Der neue XF Sportbrake kombiniert praktische Alltagstauglichkeit mit dynamischem Fahrspass. Raffinierte Fahrdynamiksysteme sorgen für Leistung, wie sie nur ein JAGUAR leistet. Und mit bis zu 1'700 Liter Ladekapazität, intelligentem Allradantrieb, Luftfederung und einer breiten Palette an modernsten und hocheffizienten Motoren aus der Ingenium-Baureihe passt er perfekt zu einem vielseitigen, sportlichen und gepflegten Lebensstil.

**Starten Sie jetzt zu einer Probefahrt im neuen XF Sportbrake.
Ihr JAGUAR Fachmann in Ihrer Nähe freut sich auf Ihren Besuch.**

jaguar.ch

**WELCOME BONUS
CHF 5'000.-**



FREE SERVICE
4 Jahre/100'000 km

THE ART OF PERFORMANCE

Der Welcome Bonus ist gültig für alle XF Sportbrake Kaufverträge bis 27. Oktober 2017. Free Service: 4 Jahre oder 100'000 km. Es gilt das zuerst Erreichte.



VIP-Reise: Uhren, Wein und Semperoper Dresdens schönste Seiten

Faszinierende Uhren, hervorragende Weine und Verdis «Rigoletto» in der legendären Semperoper: Auf der zweitägigen Leserreise lernen Sie Sachsens traditionsreiche Landeshauptstadt in all ihren grossartigen Facetten kennen.

Speziell an Schweizer Uhrenliebhaber richtet sich diese zweitägige Exkursion nach Dresden. Am ersten Tag werden Sie in der traditionsreichen Uhrenmanufaktur Moritz Grossmann in Glashütte persönlich empfangen und tauchen ein in die Geschichte des uralten Handwerks.

1854 hatte Moritz Grossmann in Glashütte ein Atelier gegründet und technisch einmalige Uhrenmodelle entwickelt. Über hundert Jahre später übernahm die bayrische Uhrmacherin Christine Hutter das grosse Erbe. Unter ihrer Leitung ist das alte Handwerk heute mit modernster Technik neu interpretiert worden.

Nach dem Besuch des Uhrenmuseums Glashütte geniessen Sie Verdis «Rigoletto» in der

Semperoper, dem Dresdner Wahrzeichen und einem der schönsten und renommiertesten Opernhäuser der Welt.

Am zweiten Tag stehen ein Stadtrundgang und anschliessend auf dem Weingut Klaus Zimmerling eine Kunst- und Weingutführung mit Degustation auf dem Programm. Hier gedeihen auf verwittertem Granit Riesling, Grauburgunder, Weissburgunder, Kerner, Gewürztraminer und Traminer, und im Atelier entstehen aus Holzstämmen die überlebensgrossen Frauenskulpturen der Bildhauerin Malgorzata Chodakowska, die auch auf den Weinetiketten abgebildet sind.

Detailliertes Reiseprogramm:
www.weltwoche.ch/platinclub

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Reise Dresden «Moritz Grossmann, Glashütte» vom 1. bis 2. Dezember 2017

Leistungen:

- Privatflug Zürich—Dresden—Zürich
- 1 Übernachtung im 5-Sterne-Relais & Châteaux Hotel «Bülow-Palais»
- Alle Transfers vor Ort im Privat-Van mit Chauffeur
- Uhrenmanufaktur Moritz Grossmann: Führung inkl. Champagner-Empfang und Mittagessen
- Führung im Deutschen Uhrenmuseum Glashütte
- Semperoper: Giuseppe Verdis «Rigoletto»
- Abendessen nach der Vorstellung
- Dresden erleben: geführter Stadtrundgang
- Weingut Klaus Zimmerling: Kunst- und Weingutführung sowie Degustation

Teilnehmerzahl:

Max. 14 Personen. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt

Preis:

Mit *Weltwoche*-Abo: ab Fr. 3400.– p.P. im DZ
Für Nichtabonnenten: ab Fr. 3700.– p.P. im DZ

Buchung:

Melden Sie sich an über Telefon 044 250 85 85 oder per E-Mail: Anmeldung@balanx.ch

Veranstalter:

Balanx AG, Zürich

www.weltwoche.ch/platinclub



Befehlsempfänger der Justiz

Von Katharina Fontana — Mit der Nichtausschaffung eines kriminellen Deutschen desavouiert die Justiz den Volkswillen. Die Verantwortung trägt auch das Parlament.



«Pfefferscharfes» Gesetz: Schläger Clemens S.

Clemens S. kann sich freuen. Das Zürcher Obergericht hat letzte Woche entschieden, dass der vorbestrafte deutsche Schläger in der Schweiz bleiben darf, obschon die gesetzlichen Voraussetzungen für die Landesverweisung erfüllt sind. Das Freizügigkeitsabkommen gehe vor, so die Richter. Keinen Grund zur Freude haben dagegen all jene Schweizerinnen und Schweizer, die sich 2010 an der Urne für eine konsequente Wegweisung krimineller Ausländer ausgesprochen und der Ausschaffungsinitiative der SVP zum Durchbruch verholfen haben: Sie müssen sich belogen und betrogen vorkommen. Das Urteil lässt auch das eidgenössische Parlament schlecht aussehen: Sein angeblich so «pfefferscharfes» Ausschaffungsgesetz wurde von den Richtern schlicht desavouiert.

Das Urteil hat den Streit darüber, wer in der Schweiz eigentlich das Sagen hat, mit Wucht neu angefacht. Die Schuld nun bei den drei Zürcher Richtern Rolf Naef, Christian Prinz und Beat Gut zu suchen, wird der Sache indes nicht gerecht: Letztlich haben sie mit ihrem Urteil nachvollzogen, was das Bundesgericht schon 2015 vorgezeichnet hatte. Damals hielt eine der sieben Abteilungen fest, dass das Freizügigkeitsabkommen in jedem Fall einzuhalten sei und ein Bundesgesetz daran nichts ändern könne. Damit hebelte die entsprechende

Kammer bei der Personenfreizügigkeit die langjährige Schubert-Praxis aus, die es dem Parlament erlaubt, sich in einem Bundesgesetz bewusst über einen internationalen Vertrag hinwegzusetzen. Inwieweit dieses einschneidende Urteil vom Gesamtgericht unterstützt wird, darüber kann man bis heute nur mutmassen. Klar ist jedenfalls, dass in dieser Frage in Lausanne keine Einigkeit herrscht und nicht alle Bundesrichter bereit sind, sich derart einseitig am internationalen Recht auszurichten.

Die präpotente Haltung der Justiz ist aber nur das eine. Noch befremdlicher ist, wie wenig sich die Politiker gegen ihre Entmachtung zur Wehr setzen, wie bereitwillig sie sich von den Richtern bestimmen lassen. Im *Blick* etwa forderte der freisinnige Tessiner Ständerat Fabio Abate, immerhin Präsident der Kommission für Rechtsfragen, dass das Bundesgericht jetzt ein Grundsatzurteil zur Ausschaffung fällen müsse. Da muss man sich schon fragen, welch verqueres Staatsverständnis solche Politiker pflegen. Es kann doch nicht sein, dass am Ende ein kleines Gremium von fünf Bundesrichtern darüber entscheidet, ob eine von Volk und Ständen angenommene Verfassungsbestimmung und ein vom Parlament dazu erarbeitetes Ausführungsgesetz angewendet werden oder nicht. Das wäre schlicht eine Bankrotterklärung der schweizerischen Demokratie.

Dass die Parlamentarier so zurückhaltend sind, hat natürlich auch viel mit ihrem Unwillen zu tun, das hochumstrittene Thema Völkerrecht und Landesrecht selber anzugehen. Sicher, es mag bequem sein, das heisse Eisen an die Justiz weiterzureichen. Das ändert aber nichts daran, dass die Frage, welches Recht im Konfliktfall vorgeht, keine juristische, sondern eine eminent politische ist und durch die politischen Instanzen geklärt werden muss. Der Zeitpunkt dazu könnte nicht besser sein. Kommende Woche wird sich die ständerätliche Rechtskommission erstmals mit der Selbstbestimmungsinitiative der SVP befassen. Es wäre nun allzu billig, würden sich die Parlamentarier damit begnügen, die Volksinitiative schlechtzureden und der Grundfrage des Verhältnisses von Landesrecht und Völkerrecht einmal mehr auszuweichen. Letztlich geht es auch darum, in welcher Rolle sie sich sehen: als Vertreter des Volkes und als oberste Gewalt im Bunde, wie es in der Verfassung steht – oder als Befehlsempfänger der Justiz.

Romeo and Juliet

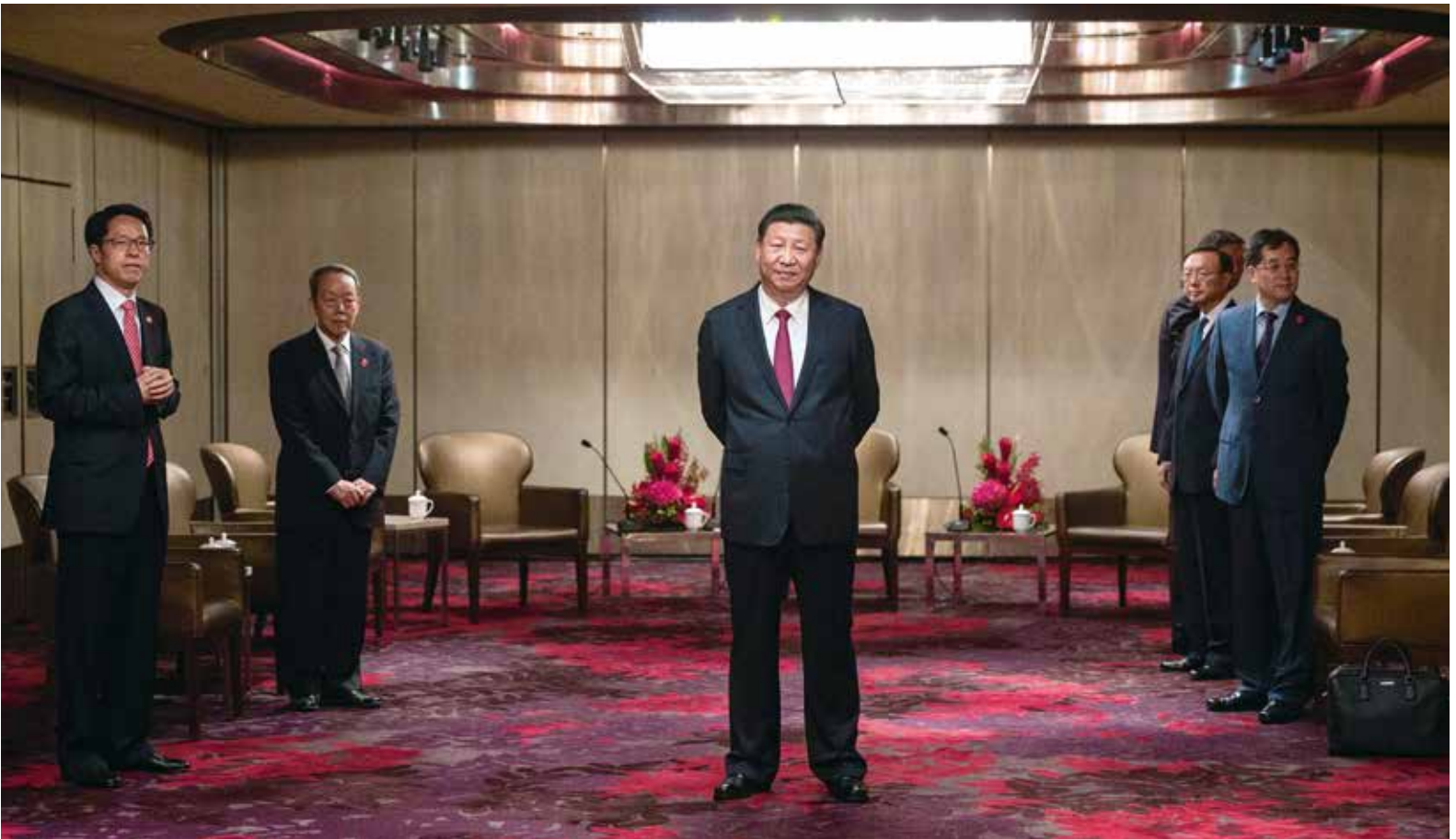


Hayden Kennedy, Kletterer.

Dies ist eine moderne amerikanische Variante des Shakespeare-Dramas, und sie spielt am Imp Peak in Montana, wo Romeo und Julia, das preisgekrönte Wunderkind des Alpinkletterns Hayden Kennedy, 27, und sein *girlfriend* Inge Perkins, 23, auch sie leidenschaftliche Bergsteigerin, sich im frühen Herbstschnee auf Ski vergnügen. Zwei Wochen zuvor hatte Kennedy in einem Blog gespenstisch prophetisch philosophiert, «wie flüchtig und vergänglich» er seine Euphorie des Kletterns erlebe, wie sinnlos, und: «Weshalb überleben die einen, und andere nicht?»

Die Lawine überrascht und begräbt die beiden auf rund 3000 Meter Höhe. Hayden kann sich befreien und beginnt, im 50 Meter breiten Kegel aus Eis und Schnee nach Inge zu suchen, die zwar ein Ortungsgerät in ihrem Rucksack bei sich trägt, aber sie hat es nicht eingeschaltet, und telefonisch Hilfe zu mobilisieren, ist unmöglich. Kennedy verzweifelt, entschliesst sich zum Abstieg, sechs Stunden zu Fuss bis in die Nacht hinein. Als die Rettungsmannschaft früh am andern Morgen aufbricht, liegt er tot in seiner Wohnung in Bozeman, er kann ohne Inge nicht leben. Er hat noch eine detaillierte Skizze mit den GPS-Koordinaten der möglichen Fundstelle gezeichnet und neben sein Bett gelegt. Tatsächlich stösst das Suchkommando nach einer Stunde auf Inges Leiche.

Der junge Hayden erkletterte jede Wand, und um Geld zu verdienen, hängte er Weihnachtsbeleuchtungen an Wolkenkratzer. Er versetzte 2012 die Szene erstmals in Aufregung, als er auf der ungeheuer schwierigen Südostroute des Cerro Torre in Patagonien alle Haken und Bolzen ausriss, die der Erstbesteiger Cesare Maestri 1970 in den Fels getrieben hatte – damit nicht ein Prestige-Trampelpfad wie auf den Mount Everest entstand. Der Vater lobte ihn in seinem *Alpinist Magazine* für die radikale Tat, dem Berg seine Ursprünglichkeit zurückzugeben, aber die chilenischen Behörden warfen ihn ins Gefängnis. Zuletzt hat er seinen Berufswunsch gefunden: tragische Ironie – er liess sich zum Rettungssanitäter ausbilden. Peter Hartmann



Geschick, Tempo, Entschlossenheit: Staatspräsident Xi Jinping.

Kopf der Woche

Chinas Kaiser

Von Graham T. Allison — Nie zuvor ist eine Nation so schnell gewachsen wie China in den letzten Jahrzehnten. Das Gleiche kann man über Xi Jinping sagen. Einst in der politischen Verbannung lebend, ist er zum mächtigsten Führer Chinas seit Mao aufgestiegen – und zur überraschendsten Figur auf dem internationalen Parkett.

Seit Mittwoch findet in Peking der 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas statt, der die Führer für die nächste Generation zu wählen hat. Nur wenige Ereignisse werden grösseren Einfluss auf die Weltpolitik haben.

Das Drehbuch des Parteitags ist nicht bekannt, aber man kann davon ausgehen, dass Xi Jinping nicht nur als Generalsekretär der Partei und Staatspräsident «wiedergewählt», sondern faktisch als Chinas Kaiser des 21. Jahrhunderts gekrönt werden wird.

Make China great again

Sämtliche Mitglieder des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros werden sich als loyale Xi-Anhänger erweisen. Zu ihnen zählt Xis enger Weggefährte Wang Qishan, der die Antikorruptionskampagne federführend betrieb, so dass Parteikader und wohlhabende Chinesen heutzutage wieder Angst (vor dem Gefängnis) haben müssen.

Üblicherweise treten chinesische Spitzenfunktionäre mit 68 ab. Wenn der 69-jährige Wang weiterhin dem Ständigen Ausschuss an-

gehört, wird Xi so lange an der Spitze der Partei stehen, wie es ihm gefällt – abgesehen davon, dass ein Nachfolger nirgendwo in Sicht ist. Das Ausland wird sich natürlich fragen: Wer ist dieser Xi Jinping? Das könnte man anhand von fünf Punkten beantworten.

Erstens: Xi wird zunehmend als mächtigster Führer Chinas seit Mao Zedong anerkannt. Selbst Deng Xiaoping stellt er in den Schatten, der die kommunistische Planwirtschaft abschaffte und den chinesischen Kapitalismus einführte, der seit dreissig Jahren für zweistellige Wachstumsziffern sorgt.

Zweitens: Xi ist heute der ambitionierteste Führer auf der internationalen Bühne. Lange bevor Donald Trump versprach, Amerika wieder gross zu machen, hat Xi das Gleiche für China in Aussicht gestellt. Bei seinem Amtsantritt 2012 verkündete er seine Vision vom «chinesischen Traum»: «Die grosse Verjüngung der chinesischen Nation». Zu diesem Zweck wurden vier revolutionäre Initiativen ergriffen: Die exportorientierte Wirtschaft sollte in Sachen Innovation und Produktion hochwertiger Güter die Num-

mer eins werden, gestützt auf die weltweit grösste Mittelschicht als Konsumenten, bei einem Wachstum von mehr als 6,5 Prozent. Die Streitkräfte sollten reorganisiert werden, so dass sie gegen einen modernen Gegner (wie etwa die USA) «kämpfen und gewinnen» können. Der Nationalismus und der Stolz auf die Wiederherstellung eines grossen China sollte betont und insbesondere die Vormachtstellung der Partei gestärkt werden. Jede einzelne dieser Initiativen würde die meisten Politiker überfordern – Xi hat alle vier Projekte gleichzeitig im Griff.

Drittens: Xi ist heute der überraschendste Politiker auf der internationalen Bühne. In einem Feld, zu dem Wladimir Putin, Kim Jong Un und Donald Trump gehören, mag das übertrieben klingen. Aber erinnern wir uns an 2012, als Xi zum Nachfolger von Hu Jintao gewählt wurde. Auch Xi, so glaubte man, werde ein farbloser, technokratischer Sprecher des neunköpfigen kollektiven Führungsgremiums sein. Das Geschick, das Tempo und die Entschlossenheit, mit der er das Regime zu einer Einmannherrschaft umgebaut hat, ist atemberaubend.

Nie zuvor ist eine Nation so stark, so schnell und in so vielen Bereichen gewachsen wie China in den letzten Jahrzehnten. Das Gleiche könnte man über Xi sagen, der, einst in politischer Verbannung lebend, zu einem allmächtigen Vorsitzenden aufstieg. Seine Entscheidung, die Politik Deng Xiaopings («Das Potenzial Chinas verbergen und den richtigen Moment abwarten») in ihr Gegenteil zu verkehren, hat die Welt völlig unvorbereitet getroffen.

Verfechter liberaler Werte

Von der neuen Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB), die deutlich mächtiger ist als die Weltbank, bis zu seinem massiven geökonomischen Masterplan («One Belt, One Road») mit 900 Infrastruktur- und Wirtschaftsprojekten (die veranschlagten 1,4 Billionen Dollar entsprechen zwölf Marshallplänen) verfolgt Xi ausgesprochen kühne Pläne. In dem Masse, wie die USA ihre traditionelle aussenpolitische Rolle aufgeben, ist Xi sofort zur Stelle, um das Vakuum zu füllen. Anfang 2017 schockierte er die Elite in Davos, als er sich als Verfechter der neuen liberalen Weltwirtschaftsordnung bekannte.

Viertens: Xi ist heute der erfolgreichste politische Führer weltweit. Nehmen wir nur Chinas Entwicklung in seinen ersten fünf Jahren: Xi hat eine Partei revitalisiert, von der viele im Westen glaubten, sie werde vom «unaufhaltbaren» Vormarsch der Demokratie überrollt werden; er hat für ein robustes Wirtschaftswachstum gesorgt, wo viele Beobachter Krise und Zusammenbruch erwarteten, und er hat Chinas Position im Ausland gegenüber allen Konkurrenten behauptet und seine Ansprüche durchgesetzt, vom Südchinesischen Meer bis zum Himalaya.

Und fünftens: Von allen Führern auf der internationalen Bühne wird Xi der einflussreichste sein. Nicht nur, weil er eine Nation mit einer Bevölkerung von 1,4 Milliarden regiert und eine Wirtschaft lenkt, die 2014 die USA überholte und nun die Nummer eins der Welt ist (gemessen an der Kaufkraftparität, die der Internationale Währungsfonds und die CIA für das beste Kriterium halten). Am Ende seiner zweiten Amtszeit könnte Chinas Wirtschaft um 40 Prozent grösser sein als die US-Wirtschaft.

Dann wird Peking das grosse Zentrum und er selbst der Mann sein, der einer nach Wachstum und Stabilität strebenden Welt als Vorbild dienen wird. China wird seine Machtposition als die «Sonne» wiedererlangt haben, um welche – wie in vergangenen Jahrtausenden – die asiatischen Nationen kreisen. Und Xi Jinping wird der moderne Kaiser von China sein.

Graham T. Allison, geboren 1940, lehrt an der John F. Kennedy School of Government in Harvard. Zuletzt ist von ihm «Destined for War. Can America and China Escape Thucydides's Trap?» (2017) erschienen.

© The Wall Street Journal

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Politik

Zwei grosse Träume

China brauche Frieden, um seine gigantischen Herausforderungen zu bewältigen, sagt Henry Kissinger. Er habe «nie eine bessere Chance» gesehen als heute, eine stabile Weltordnung zu etablieren.

Gemäss Henry Kissinger, dem besten Kenner Chinas in den USA, steht die Volksrepublik vor «zwei gewaltigen Herausforderungen». Erstens müsse sie ein signifikantes Reformprogramm durchlaufen, um ihren heute 1,4 Milliarden Bürgern eine wirtschaftlich stabile Zukunft zu gewährleisten. Zweitens sehe sich China «zum ersten Mal in seiner langen Geschichte von einem Land herausgefordert, das mit ihm auf Augenhöhe ist: den Vereinigten Staaten von Amerika».

Diese Analyse mag aus westlicher Sicht überraschend klingen. Doch Kissinger erinnert daran, dass China «während Tausenden von Jahren» sich selbst als «zentrales Königreich» angesehen habe – als Reich der Mitte. «Es ist nicht länger allein», so Kissinger unlängst im Interview mit Talk-Legende Charlie Rose auf CBS. «Die Herausforderung lautet: Wie fügt man sich in ein internationales System ein, in dem man nicht länger als einzigartig dasteht?»

Präsident Xi Jinping müsse versuchen, die chinesische Gesellschaft, die er geerbt habe, nach Jahrzehnten der Unruhe neu zu gestalten. Sein Ziel sei die «Verwirklichung von zwei grossen Träumen». Der erste soll schon bald, 2021, verwirklicht werden. «Dann wird China das Niveau der ärmeren

europäischen Staaten erreichen.» Der zweite Traum fokussiere auf das Jahr 2049, dem hundertjährigen Geburtstag der Gründung der Volksrepublik. «Gemäss Xis Vision wird China dann mindestens gleich stark sein wie die stärkste Nation der Welt.» Um dies

«Gemäss Xis Vision wird China 2049 mindestens gleich stark sein wie die stärkste Nation der Welt.»

zu erreichen, könne sich China keine Konflikte leisten. «Ich glaube, China strebt eine friedliche Weltordnung an, welche kompatibel ist mit chinesischen Werten und kompatibel mit der Koexistenz mit den USA, aber das wird ein steiniger Weg.»

Kissinger ist guter Hoffnung, dass die Rivalität zwischen den USA und China ohne gewalttätige Auseinandersetzung zu einer langfristigen Kooperation führen wird. Er habe «nie eine bessere Chance» gesehen als heute, eine stabile Weltordnung zu etablieren, sagt der 94-jährige Kissinger. Indessen zeigt er sich «besorgt», denn nie habe er eine Situation erlebt, in welcher sein Land, die USA, so gespalten gewesen sei und unfähig, einen gemeinsamen Nenner zu finden. *Urs Gehrig*



«Lebensfreude ist keine Altersfrage.»

Hans-Jakob Stahel
Leiter Unternehmenskunden
zum längeren,
selbstbestimmten
Leben



Personenkontrolle

Cassis, Thurnherr, Leuthard, Sommaruga, Baeriswyl, Burkhalter, Geiser, Vetsch, Wilders, Rühl, de Weck, Leuthard, Moscovici

Ignazio Cassis, Bundesratsneuling, tritt am 1. November offiziell sein Amt an. Das Warten verkürzt sich der Tessiner FDP-Bundesrat mit der Einarbeitung in die Aussenpolitik, fast politisches Neuland für den bisherigen Gesundheits- und Sozialpolitiker. Zu diesem Zweck hat ihm die Bundeskanzlei, die Stabsstelle des Bundesrates, an ihrem Amtssitz an der Bundesgasse speziell ein Büro zur Verfügung gestellt. Allerdings steht Cassis hier unter permanenter Aufsicht und Beeinflussung durch Bundeskanzler **Walter Thurnherr**. Schon geht in Bern das freche Gerücht um, der frühere Generalsekretär von CVP-Bundesrätin **Doris Leuthard** versuche, ganz im Interesse seiner früheren Chefin, den Tessiner sanft in Richtung politischer Mitte zu lenken. (*hmo*)

Simonetta Sommaruga, ehemalige Mitarbeiterin in einem Frauenhaus, kennt sich berufsbedingt mit häuslicher Gewalt aus. Letzte Woche präsentierte die sozialdemokratische Justizministerin verschiedene neue Massnahmen gegen Schläger und Stalker. Dabei wies sie darauf hin, dass die häuslichen Übergriffe seit einiger Zeit wieder spürbar zunehmen. Ergänzt wurden die bundesrätlichen Vorschläge durch allerlei statistische Angaben. So erfährt man, wie häufig Frauen und wie häufig Männer zu Hause drangsaliert werden, wie die Altersstruktur der Täter aussieht und welches ihre Motive sind. Angesichts dieser detaillierten Aufschlüsselung ist erstaunlich, dass ein Punkt keine Erwähnung fand: Mehr als dreimal so häufig schlagen ausländische Männer im Vergleich zu Schweizern zu Hause zu. (*fon*)

Pascale Baeriswyl, Katholikin, weiss, wie man künftige Chefs umschmeichelt. Die Basler Diplomatin, die unter **Didier Burkhalter** (FDP) zur EDA-Staatssekretärin aufrückte, schwärmt in der *Schweizer Illustrierten* bereits von ihrem neuen Chef, Bundesrat **Ignazio Cassis** (ebenfalls FDP). Sie habe bei der Bundesratsfeier mit ins Tessin fahren dürfen. Auf die Zusammenarbeit freue sie sich sehr, er bringe viele Kompetenzen und als Tessiner eine andere Mentalität in die Landesregierung. Und: «Wir sind beide Katholiken, und das verbindet.» Besonders imposant ist dieser gemeinsame Nenner aber nicht. Schliesslich bietet nicht einmal der Petersdom Platz für alle Katholiken. (*hmo*)



Erinnerungslücke: EU-Politiker Moscovici.



Charme-Offensive: Staatssekretärin Baeriswyl.



Böses Nachspiel: Economiesuisse-Chefin Rühl.

Thomas Geiser, Bedenkenträger, will die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) rückgängig machen. Der St. Galler Rechtsprofessor hat dafür zusammen mit Gleichgesinnten die Rasa-Initiative lanciert. Er engagiere sich nur aus Sorge um die Schweiz und als verantwortungsbewusster Staatsbürger, erklärte er sein Engagement gegenüber der *Weltwoche*. Der gebürtige Basler mit der fliegenden Haarpracht und dem struppigen Bart verfolgt mit Rasa aber auch ganz persönliche Interessen, die er allerdings nicht an die grosse Glocke hängt. Geiser ist Präsident der Stiftung Focal, die Weiterbildungskurse für Filmschaffende anbietet. Focal profitierte finanziell jahrelang vom EU-Programm Media. Als die Stimmbürger 2014 die MEI annahm, wurden die Verhandlungen für die weitere Teilnahme der Schweiz an diesem Programm sistiert. Und so



In eigener Mission: Rechtsprofessor Geiser.



Schlagseite: SP-Bundesrätin Sommaruga.

wurde aus dem bis dahin wenig bekannten Professor ein nationaler Bedenkenträger. (*hmo*)

Andrea Vetsch, Pazifistin, sah sich am Ende der Dienstagssendung von «10 vor 10» zu verbaler Abrüstung veranlasst. In einem zwanzig Minuten früher ausgestrahlten Hauptbeitrag sei im Zusammenhang mit der FPÖ «das Wort <rechtsextrem> offenbar mehrmals verwendet worden». «Dafür möchten wir uns entschuldigen», so Vetsch. Offenbar haben die Macher von «10 vor 10» gemerkt, dass diffamierende politische Kampfbegriffe in einer Nachrichtensendung nichts verloren haben. Allerdings: In demselben Beitrag wurden auch die AfD aus Deutschland und der islamkritische niederländische Politiker **Geert Wilders** als «rechtsextrem» gebrandmarkt. Bei ihnen entschuldigte sich niemand. (*fsc*)

Monika Rühl, Wirtschaftskapitänin bei Economiesuisse, hatte eine kleine Havarie: Ihre für Medienpolitik zuständige Fachabteilung empfahl den Parlamentariern ein Ja zum Gegenvorschlag der SVP zur Volksinitiative «No Billag». In Bern rieb man sich die Augen, hatte Economiesuisse doch bis vor kurzem von der Halbierung der Rundfunkgebühr, wie sie die SVP forderte, nichts wissen wollen. Der *Tages-Anzeiger* brachte in Erfahrung, dass daraufhin bei Verbandsdirektorin Rühl das Telefon gleich zweimal klingelte: Neben SRG-Generaldirektor Roger de Weck meldete sich auch die Medienministerin: Doris Leuthard (CVP) tadelte das unbotmässige Ausscheren von Economiesuisse. Dem Vernehmen nach ärgerte sich nun auch Monika Rühl über ihre Mitarbeiter und gab den Rüffel der Admiralität an die Verantwortlichen weiter. Für Economiesuisse könnte die Affäre ein böses Nachspiel haben. Wie am Dienstag bekannt wurde, will Leuthard die Billag-Gebühr für Private von 465 auf 365 Franken senken. Die Unternehmen müssten damit wohl stärker zur Kasse gebeten werden als im ursprünglichen Gebührentarif vorgesehen. (fsc)

Pierre Moscovici, Louis-de-Funès-Double, will offenbar nicht an seine österreichische Vergangenheit erinnert werden. Als in Wien 1999 das erste Mal die als rechtspopulistisch verunglimpften Freiheitlichen (FPÖ) in eine Regierung eintraten, setzte sich der damalige französische Europaminister besonders lautstark für Sanktionen gegen Wien ein, das die europäischen Werte bedrohe. Heute ist er als Wirtschafts- und Währungskommissar der EU noch näher an diesen Werten. Doch zum jüngsten Wahlsieg der FPÖ hörte man von ihm – nichts. Sollte er etwa klüger geworden sein? (ky)

Nachruf



«Die letzte aufrechte Person»: Caruana Galizia.

Daphne Caruana Galizia (1964–2017) — Wenn eine regimekritische Journalistin von einer Autobombe zerfetzt wird, dann denkt man an Tschetschenien, Pakistan oder Mexiko, doch nicht an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union. Doch es war in Malta, wo die Bloggerin und Journalistin ermordet wurde, ein Land, dessen Premierminister noch bis vergangenen Juni die Präsidentschaft der EU innehatte.

Jener Mann, Joseph Muscat, war das Objekt der Enthüllungen, die Caruana Galizia veröffentlichte. Er und seine Frau

sollen sich am lukrativen Verkauf maltesischer Pässe bereichert und Schmiergelder der regierenden Familie Aserbaidschans eingestrichen haben. So stichfest waren die Vorwürfe, dass sie vor vier Monaten eine Regierungskrise und Neuwahlen auslösten – die allerdings wieder von Muscats Labour-Partei gewonnen wurden. Die EU freilich hat sich jahrelang und bis heute nie kritisch über das zuweilen sehr dubiose Mitglied Malta geäußert.

Im Moment ist unklar, wer hinter dem Anschlag steckt. Sicher ist, dass sich die Journalistin nicht nur mit der Regierung anlegte, sondern auch mit Oppositionspolitikern. Ausserdem wies sie den Banken des Landes Geldwäscherei nach und beleuchtete Verbindungen zwischen der Online-Glücksspielindustrie auf Malta und der Mafia.

Ihr Sohn Matthew, der verzweifelt versucht hatte, seine Mutter aus den brennenden Trümmern des Autos zu befreien, warf dem Staat indirekt eine Beteiligung an der Tat vor. «Das geschieht, wenn die staatlichen Institutionen lahmgelegt werden», schrieb er auf Facebook. «Die letzte aufrechte Person ist oft ein Journalist. Was ihn zur ersten toten Person macht.» Der Staat und das organisierte Verbrechen seien «ununterscheidbar» geworden.

Zum selben Schluss war auch Caruana Galizia gekommen: «Überall sind Gauner. Die Lage ist verzweifelt», schrieb sie in ihrem letzten Blog. Eine halbe Stunde später war sie tot. Wolfgang Koydl

Exotisches aus dem Dorf.



Landwirtin Margrit Mathis ist eine von vielen lokalen Produzenten, die für Volg «Feins vom Dorf»-Produkte herstellen. Auf ihrem Hof erntet sie Jahr für Jahr über 1500 Kiwis, die im Volg Emmetten (NW) erhältlich sind. Entdecken Sie in jedem Volg andere «Feins vom Dorf»-Spezialitäten.



Volg. Im Dorf daheim. In Emmetten zuhause.




Campus-Tyrannie

Von Philipp Gut — Linke Studenten vertreiben unerwünschte Redner von Schweizer Hochschulen, mit gütiger Unterstützung der Verantwortlichen. Der jüngste Fall mit David Petraeus an der ETH Zürich beflügelt die radikalen Kreise. Spuren führen zum berüchtigten schwarzen Block.

Geben an Schweizer Hochschulen radikale Studenten den Ton an? Siegt die Gewalt über das Argument? Sind die Universitäten noch ein Ort des freien Denkens und Redens? Was ist ihnen die Redefreiheit wert? Sind die Verantwortlichen bereit, sie zu schützen? Oder geben sie klein bei, wenn gewaltbereite Gruppen mit Fackeln und Fäusten winken?



Das sind grosse Fragen, doch nach den Vorfällen nicht nur der letzten Wochen ist man genötigt, sie zu stellen. Ein linksstudentischer Pöbelhaufen diktiert offenbar die Agenda. Das jüngste Beispiel gibt zu reden, auch wenn die verantwortlichen Chefs lieber nicht darüber reden möchten. Die Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) in Zürich sagte einen Vortrag des ehemaligen US-Generals und CIA-Chefs David Petraeus im Auditorium Maximum («Audimax») ab, nachdem Studenten mit gewalttätigen Protesten gedroht hatten.

Die öffentlichen Verlautbarungen bleiben dürftig. Die ETH gibt Sicherheitsbedenken als Grund für die Absage an. Ironischerweise hatte Petraeus seiner an der ETH Zürich nicht gehaltenen Rede den Titel «Zwischen Sicherheit und Risiko» gegeben. Man sei zum Schluss gekommen, es sei nicht möglich, die Veranstaltung «während des Semesters unter vollem Betrieb» in den Räumen der ETH durchzuführen, so die Führung der Hochschule. Die «potenziell gewaltbereite Organisation», die zu einer nicht bewilligten Demonstration aufrief, sei nur «ein Element» in einer umfassenden Sicherheitsanalyse gewesen, wiegelt sie ab.

Hat es denn noch weitere Drohungen gegeben, haben weitere Gefahren bestanden, wenn die erwartete Studentengewalt nur «ein Element» unter vielen war?

Die Schweizer Schaufenster-Hochschule, in internationalen Rankings regelmässig als beste auf dem Kontinent ausgewiesen, streut kommunikativ Sand in die Augen der Betrachter: Sie sagte den Petraeus-Auftritt kurzfristig ab, weil sie Ausschreitungen der prostierenden Studentenschaft befürchtete. Punkt.

ETH-Präsident verwedelt

Den Entscheid traf der oberste Verantwortliche, ETH-Präsident Lino Guzzella. Im *Tages-Anzeiger* war zu lesen, die ETH habe in Rücksprache mit verschiedenen Stellen, darunter die Polizei, so entschieden. Dieser Darstellung widerspricht

der Sprecher der Zürcher Stadtpolizei, Marco Cortesi: «Die Stadtpolizei hat mit dem Entscheid, den Vortrag von Herrn Petraeus abzusagen, nichts zu tun», sagt Cortesi gegenüber der *Weltwoche*. Auch die Kantonspolizei war «nicht im Spiel», wie Sprecher Stefan Oberlin auf Anfrage bestätigt.

Die ETH verwedelt: Verantwortlich für die Absage ist einzig und allein sie. Doch hinstehen und sich erklären will ETH-Präsident Guzzella nicht. Eine an ihn gestellte Gesprächsanfrage der *Weltwoche* liess er durch Mediensprecherin Franziska Schmid abschlägig beantworten. Es gebe nichts weiter zu sagen. Auf der ETH-Homepage findet sich kein Hinweis auf die Streichung des Vortrags, auch nicht in Englisch, obwohl das Thema die englischsprachige Welt interessieren dürfte und die ETH sonst keine Gelegenheit auslässt, durch ausgedehnten Gebrauch der englischen Sprache ihre Internationalität zu demonstrieren. Auf einen Katalog schriftlicher Fragen antwortete die ETH ebenfalls nicht.

Auf Nachfrage macht Mediensprecherin Schmid am Telefon aber dennoch erstaunliche Aussagen: Die Medien kochten die Angelegenheit hoch, das sei alles doch gar nicht so wichtig,

Die Gewalt-Studis haben gegen die beste Hochschule des Landes einen Sieg eingefahren.

beschwichtigt sie. Schliesslich habe es sich nicht um eine Veranstaltung der ETH, sondern um die eines externen Partners gehandelt (nämlich des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung, SIAF).

Hoppla. Seit wann sind Gültigkeit und Garantie von Grundrechten wie der Meinungsäusserungs- und Redefreiheit an den Organisator gebunden? Hätte die ETH Petraeus nicht eingeladen, wenn sie ihn selbst eingeladen hätte? Lässt die Nonchalance, mit der die ETH-Spitze über den Vorfall hinweggleitet, darauf schliessen, dass ihr nicht bewusst ist, welches Signal sie mit dieser Absage aussendet?

Sicher ist: Die, die sie hören wollen, haben die Signale wohl vernommen. Verschiedene linksextreme Websites feiern den ETH-Rückzieher als «Erfolg». In ihrer Logik haben sie recht. Die Gewaltstudis haben gegen die beste

Hochschule des Landes einen Sieg eingefahren. Es steht 1:0 für die Chaoten. Auf der Strecke bleibt nicht gerade die Redefreiheit, das wäre zu hoch gegriffen, aber der Ruf der Hochschule als Hort unbedingter geistiger Freiheit, in dem Argumente und nicht das steinzeitliche Faustrecht entscheiden, ist angeschlagen. Quo vadis, ETH?

Bevor möglicherweise die nächste Schweizer Universität einen unerwünschten Redner abserviert, lohnt es sich, etwas genauer hinzuschauen. Wer sind die Studenten, die mit gütiger Hilfe des ETH-Präsidenten den kriegsgestählten General Petraeus in die Flucht geschlagen haben?

Die mutigen Kämpfer mit dem Slogan «Krieg dem Kriegstreiber» treten nur anonym auf. Sie verstecken sich hinter dem Label «Uni von unten». Die *Weltwoche* hat versucht, über einen Mittelsmann mit den Köpfen der Bewegung in Kontakt zu treten, bis Redaktionsschluss gingen sie nicht darauf ein. Die gewaltbereite Gruppe ist in der linksextremen Szene gut vernetzt. Im Vorfeld des geplanten Petraeus-Auftritts überflutete sie die ETH und die benachbarte Universität Zürich mit Flyern und Plakaten. Auf einer Baustelle beim Kunsthaus sprayten «Aktivisten» den Anti-Petraeus-Slogan («Krieg dem Kriegstreiber») an eine Wand.

«Widerstand lohnt sich»

Die Kampagne war aufwendig, aber aus Sicht der Drahtzieher hat sie sich ausbezahlt: «Der Vortrag von Ex-US-General David Petraeus an der ETH wurde abgesagt!», jubelten sie im Internet. «Wir begrüessen diesen Entscheid und leisten auch in Zukunft Widerstand gegen alle eingeladenen KriegstreiberInnen, SozialabbauerInnen und anderen Reaktionäre. Widerstand lohnt sich.» Dass es sich dabei nicht nur um ein paar studentische Wirrköpfe handelt, zeigt der Umstand, dass auch andere Organisationen die Vertreibung von Petraeus feiern. Es gibt Verbindungen von «Uni von unten» zu kommunistischen Verbänden und Parteien. Die Jubelmeldung landete auf der «antiautoritären, revolutionären» Internetseite *Barrikade.info*. Diese wiederum ist Teil des internationalen Netzwerks *Mutu*, zu dem neben dem Schweizer Ableger vierzehn «revolutionäre» Sites in Frankreich zählen.

Eine Plattform erhielt «Uni von unten» beim *Vorwärts*, der «sozialistischen Zeitung» der Partei der Arbeit (PdA). Die Kommunistische Jugend Schweiz (Wahlspruch «Viva la revo-



In die Flucht geschlagen: General Petraeus.



Ironische Pointe: ETH-Präsident Guzzella.



Kritische Fragen? Ex-Novartis-CEO Vasella.



«Opferbonus»: Historiker Tanner.

lución») verkündet auf ihrer Site: «Der angekündigte Protest hat Wirkung gezeigt.» Eher kurios mutet der Applaus der Tierrechtsgruppe Zürich an («Erfolg – aufgrund des angekündigten Protests wurde die Veranstaltung mit Petraeus abgesagt»).

Was hat die Attacke auf die Meinungsäusserungsfreiheit mit dem Recht von Tieren zu tun? Für die erklärermassen marxistischen Tierrechtler gehen Klassenkampf und «Tierbefreiung» Hand in Hand. Es gelte, die «bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse umzuwerfen, um eine befreite und solidarische Gesellschaft zu schaffen, deren Verwirklichung auch die Beendigung des Ausbeutungsverhältnisses gegenüber Tieren einschliesst», schreibt die Gruppe. Für sie ist der ehemalige US-General und Irakkriegsheld Petraeus ein idealtypischer Vertreter des «kapitalistischen» und «imperialistischen» Systems, das es zu stürzen gilt.

Verbindungen von «Uni von unten» bestehen laut Insidern zum schwarzen Block, der in Zürich und anderen Städten seit Jahrzehnten die Polizei auf Trab hält und für die regelmässigen Zerstörungen an den Nachdemonstrationen zum 1. Mai mitverantwortlich zeichnet.

Innerhalb der universitären Strukturen gibt es Verflechtungen mit der «kriPo», das Kürzel

steht für «kritische Politik», eine der offiziellen Parteien im Studentenparlament, die sich als «Sammelbecken an den Hochschulen Zürichs» für «verschiedene linke Ausrichtungen und Bewegungen» versteht (Motto: «den Kapitalismus hinter uns lassen»).

Klandestines Treffen in der «Oase»

Die Ursprünge von «Uni von unten» gehen auf das Jahr 2009 zurück. Das Vorbild der Gruppierung waren ähnlich orientierte Protestbewegungen in Österreich und Deutschland. In beiden Nachbarländern treten immer wieder Organisationen mit dem Namen «Uni von unten» in Erscheinung. Sie besetzen Lehrsäle und Gebäude und bekämpfen den angeblichen Bildungsabbau und die «neoliberale Ideologie». An der Universität Zürich veranstalteten sie im November 2009 einen Aktionstag im Rahmen einer internationalen linksstudentischen Kampagne «gegen die Zumutungen der Bologna-Reform, gegen die Verschulung des Lehrplans und gegen den Einfluss der Privatwirtschaft auf die Universitäten». Statt «Uni von unten» nennt sich die Bewegung auch «Unsere Uni» oder «Uni brennt». Im Frühjahr und Sommer 2010 publizierte sie zwei Ausgaben einer eigenen Zeitung mit einer Auflage von 6000

Exemplaren, die in der Druckerei der Berner Reitschule hergestellt wurde. Erhellend für das Selbstverständnis der Gruppe ist der Satz, die «Arbeit» werde «fortgeführt, bis die Bildung unseren Bedürfnissen – den Bedürfnissen aller – entspricht». Diese Gleichsetzung von Partikularinteressen mit dem Wohl aller kennt man von Lenin: Er legte die Sache der Arbeiterklasse und des russischen Volks in die Hände der Partei.

Eines der ersten Treffen von «Uni von unten» fand im Frühling 2009 in der «Oase», einem Aufenthaltsort am Historischen Seminar der Universität Zürich, statt. Die Wahl des Orts ist kein Zufall: Mediziner oder Atomphysiker sucht man unter den «Aktivisten» vergeblich, fast alle sind Geistes- und Sozialwissenschaftler, Historiker, Germanisten oder Politologen. Einer, der an dieser Versammlung dabei war, schätzt die Zahl der damaligen Teilnehmer auf

Verständnis für die Forderungen der Studenten äusserte der Zürcher Historiker Jakob Tanner.

20 bis 30. Darunter seien «extrem linke bis gewaltbereite linke Studenten» gewesen. Thema der klandestinen Zusammenkunft: wie gegen den angekündigten Vortrag von Novartis-CEO Daniel Vasella vorzugehen sei. Sollte man am Anlass teilnehmen und Vasella mit kritischen Fragen bombardieren? Eine Gegenveranstaltung organisieren? Oder den Auftritt stören und demonstrieren?

«Gebührender Empfang» für Vasella

Die radikalen Kräfte setzten sich durch. Auf Flugblättern rief «Uni von unten» dazu auf, Vasella einen «gebührende Empfang» zu bereiten. Aus Furcht vor gewalttätigen Ausschreitungen sagte der Veranstalter, das SIAF, den Auftritt von Vasella an der Universität Zürich ab. Die linken Studenten feierten die Verhinderung des Vortrags als Sieg gegen die Einflussnahme der Wirtschaft und der Konzerne auf die Universität.

Im November 2009 besetzten linksgerichtete Studenten für einige Tage den grössten Hörsaal der Uni Zürich, wie es Gesinnungsgenossen zuvor in Basel und auch in Bern getan hatten. Ihre Anliegen stiessen bei einem Teil der Professorenschaft auf Sympathie. «Interessante und wichtige Inputs» erhielten die Besetzer nach eigenen Angaben unter anderem von Gewerkschaftssekretär Johannes Gruber, von Kurt Wyss, freischaffender Soziologe und Gründer des Büros für Sozialforschung, sowie vom Basler Professor Ueli Mäder. Auch linke Professoren aus Deutschland und Grossbritannien reisten an. Über 200 «Lehrende und Forschende» in der Schweiz unterschrieben eine Erklärung, die der «Bewegung positiv gegenübersteht», wie eine Studentenzeitung aus Basel frohlockte. >>>

Politische Wissenschaften

Ehedem ging's an der Universität Zürich freisinnig und bürgerlich zu. Seit 1968 schlägt das Pendel deutlich nach links aus. Von Christoph Mörgeli

So wie Alfred Escher politisch und wirtschaftlich den jungen Bundesstaat beherrschte, wachte er als Erziehungsrat auch über die liberale Gesinnung der Professoren der Universität Zürich. Mit dem Aufkommen der Demokraten folgten mehrere Dozenten dieser Abspaltung, insbesondere der Sozialphilosoph Friedrich Albert Lange. Auch der Internist und Psychiater Gustav Huguenin war eine Leuchte der demokratischen Partei. Das imposante neue Kollegiengebäude eröffnete 1914 der demokratische Erziehungsdirektor und Ständerat Oscar Wettsstein, nebenamtlich Universitätsdozent für Publizistik.

Als erster Sozialist unter den Zürcher Ordinarien bekannte sich der Theologe Leonhard Ragaz. Der Pazifist erhob energisch Einspruch, als die Universität einen Dienstverweigerer nicht zum Studium zulies. Weil Ragaz seinen akademischen Dienst für eine Kirche des Bürgertums nicht mehr verantworten konnte, trat er 1921 als Professor zurück. Der deutsche Biochemiker Bonifaz Flaschenträger verlor 1946 Amt und Würden, da ihn die Nazis nach ihrem Einmarsch als Rektor vorgesehen hätten. Einzelne Dozenten wie der Staatsrechtler Dietrich Schindler, der Röntgenologe Hans Schinz oder der Kliniker Wilhelm Löffler wirkten in den folgenden Jahrzehnten im Zürcher Kantonsrat – selbstverständlich alle in der freisinnigen Fraktion. Im Kalten Krieg, namentlich beim Ungarnaufstand von 1956, gab sich die Studentenschaft ebenso antikommunistisch wie die Professoren.

Vormarsch der Achtundsechziger

Dies änderte sich allmählich nach der Studentenbewegung von 1968. Vorerst vermochte sich der Bündner Anatom Gian Töndury als Rektor mit seiner gewaltigen Stimme noch problemlos gegen den studentischen Lärm durchzusetzen. Der bürgerliche Rechtsprofessor Werner Kägi fühlte sich von der linken Herausforderung wie neu belebt; zu Kägis Glück wussten die Studierenden nichts über seine frontistische Vergangenheit. Ihren Höhepunkt erreichten die Unruhen 1971 mit der Besetzung des Lichthofs und der vorübergehenden Universitätsschliessung.



Linksumkehrt: Besetzung des Lichthofs, 1971.

Der Medizinhistoriker Erwin H. Ackerknecht – ein ehemaliger Trotzkiist, der 1933 unter Lebensgefahr aus Deutschland hatte emigrieren müssen – und dessen Freund Konrad Akert, später Rektor und freisinniger Kantonsrat, protestierten energisch gegen diese «Kapitulation». Sie forderten einzelne Unternehmen schriftlich auf, im *Zürcher Studenten* als «notorischem kommunistischem Lügenblatt» nicht mehr zu inserieren.

Auf dem Höhepunkt der studentischen Proteste trat der neue Erziehungsdirektor Alfred Gilgen sein Amt an. Unter widerlichsten Angriffen («Gilgen an den Galgen») hielt er einen ebenso mutigen wie festen Kurs: Lehrende und Dozierende mit extremistischem, undemokratischem Gedankengut liess er nicht zum Staatsdienst zu. Dies galt selbstverständlich nicht für «Linke» im Allgemeinen, wie in der NZZ unlängst faktenwidrig behauptet wurde: Sozialdemokraten waren innerhalb der Zürcher Bildungsdirektion unter Gilgen prominent und zahlreich tätig. Seit den siebziger Jahren äusserten sich einzelne Professoren politisch dezidiert links der Mitte. Der Sozialethiker Hans Ruh predigte das Konzept einer «ethischen Marktwirtschaft» und befürwortete ein bedingungsloses Grundeinkommen. In der noch stockbürgerlichen Gilde der Historiker gal-

ten die Vorlesungen zur Kolonialgeschichte des Schlossbesitzers Rudolf von Albertini («der rote Baron») als speziell fortschrittlich. Der Psychiater Ambros Uchtenhagen – Gatte der ersten gescheiterten SP-Bundesratskandidatin – vertrat progressive Ansichten in der ambulativen Behandlung und in der Drogenpolitik.

«Akademische Proteste»

Auf dem Höhepunkt der Jugendunruhen von 1980 verantwortete der Ethnologe Lorenz G. Löffler ein solidarisiertes Video über die Gewaltorgien der Opernkrawalle. Später versuchte der aus Italien stammende Neuropathologe Adriano Aguzzi, die Beförderung eines EU-kritischen Dozenten zu verhindern. In der Ära des technokratischen Bildungsdirektors Ernst Buschor eroberte mit dem Sozialhistoriker Jakob Tanner erstmals ein erklärter Marxist einen Zürcher Lehrstuhl. Zu Tanners linkem Netzwerk gehörten Philipp Sarasin und in der Folge auch dessen Partnerin Svenja Goltermann. Der Mediensoziologe Kurt Imhof vertrat demgegenüber das Gedankengut der gemässigten Sozialdemokratie. Auch der weltbekannte Ökonom Ernst Fehr gilt in seiner Zunft eher als Linksabweichler.

Im neuen Jahrtausend gelang es einigen linken Geisteswissenschaftlern, den ETH-Präsidenten Ernst Hafen in kurzer Zeit aus dem Amt zu ekeln. 2010 inserierten zahlreiche in- und ausländische Professoren gegen eine Wahlkampagne der Stadtzürcher

Im Kalten Krieg gab sich die Studentenschaft noch antikommunistisch.

SVP. Unter SP-Bildungsdirektorin Regine Aeppli entstand ein so genanntes Zentrum «Geschichte des Wissens», das ungeniert politische Wissenschaft betreibt. Ein «akademischer Protest» gegen die Entlassung einer stellvertretenden Institutsdirektorin bewirkte 2013 sogar den Rücktritt des amtierenden Rektors. Im Online-Magazin *Geschichte der Gegenwart* äussern sich Universitätsdozenten mit linkspopulistischem Weltbild regelmässig zur Tagespolitik. Mit dem Strafrechtler Daniel Jositsch stellt die Professorenschaft mittlerweile einen SP-Exponenten im Ständerat. Jedenfalls weiss der derzeitige Rektor Michael Hengartner (FDP), dass er seine Wiederwahl gefährdet, wenn er sich mit dem immer mächtigeren linken Flügel von Zürichs Alma Mater anlegt. ○

Verständnis für die Forderungen der Studenten äusserte der Zürcher Historiker Jakob Tanner, ehemaliges Mitglied der umstrittenen Bergier-Kommission. «Gerade weil die Ziele der Gruppierung durchaus ernst genommen werden sollten, glaubt Jakob Tanner, dass dieser Schritt [die Vertreibung von Vasella, die Red.] zu weit ging und kontraproduktiv sei», gab die *Zeit* die Meinung des linken Professors wieder. Wenn Vasella nicht in Zürich sprechen dürfe, trage er «einen Opferbonus nach Basel zurück», so Tanner. Als ob es darum ginge.

Zu teils tumultartigen Protesten kam es in der Folge bei weiteren Gastrednern an der Uni Zürich, so bei Bundesrat Ueli Maurer («Keine SVP an der Uni. Keine Plattform für Ueli Maurer»), beim amerikanischen Historiker und Publizisten Robert Kagan, bei Nestlé-CEO Peter Brabeck, beim ukrainischen Präsidenten

Die Verbindungen von «Uni von unten» zu den Autonomen hätten von Anfang an bestanden.

Petro Poroschenko oder bei der IWF-Vorsitzenden Christine Lagarde. Die Demonstranten besetzten den Eingang zum Vorlesungssaal, in dem Lagarde später doch noch auftreten sollte, und zündeten Rauchpetarden im Gebäude. Im Lichthof demonstrierten nicht nur linksextreme Studenten, sondern auch die Anführerin des schwarzen Blocks, Andrea Stauffacher. Die Verbindungen von «Uni von unten» zu den Autonomen hätten von Anfang an bestanden, heisst es in Polizeikreisen.

Zart-aggressive Gemüter

Die Radikalstudenten verwickeln sich in argumentative Widersprüche. Die Uni sei ein Ort der freien Debatte, an dem sich das bessere Argument durchsetzen müsse. Da könne es nicht sein, dass einer wie Maurer «seinen Stuss» erzählen könne, sagte ein «Uni von unten»-Mitglied zum *Tages-Anzeiger*. Man beklagt einen «hegemonialen Diskurs» und bedroht die freie Rede. Kurios? Verschoben? Verwirrt? Mag sein. Doch die teilweise gewalttätigen Proteste seien «überhaupt nicht harmlos», sagt Michael Hengartner, Rektor der Universität Zürich, im Interview (nebenan). Hengartner, der lange in den USA forschte, beobachtet dort Entwicklungen, die zunehmend auf Europa überzuschwappen drohen. Es herrscht eine Campus-Tyrannie gegen alles, was nicht in das Weltbild linkskorrekter Studenten passt. Was von ihrer eigenen Meinung abweicht, empfinden sie als Zumutung für ihr zart-aggressives Gemüt.

Es wäre eine ironische Pointe, wenn ausgerechnet ETH-Präsident Lino Guzzella, der Chef der renommiertesten Schweizer Hochschule, diesen Trend fördern würde.

Mehr zum Thema: Seite 60

Grundrechte

«Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen»

Michael Hengartner, Rektor der Universität Zürich, will die freie Rede verteidigen. Einen antiliberalen Geist an den Hochschulen spüre er aber nicht. Von Philipp Gut

Herr Hengartner, was haben Sie gedacht, als die ETH einen Vortrag von David Petraeus wegen Drohungen von Studenten absagte?

Ich habe es natürlich sehr bedauert. Die Meinungsfreiheit ist für Universitäten ein sehr hohes Gut. Solange das Gesetz nicht verletzt wird, ist es wichtig, dass auch unangenehme Rednerinnen und Redner sprechen können. Dies gilt auch dann, wenn sie keine Mehrheitsmeinung vertreten. Es ist wichtig, dass Studenten mit Ideen konfrontiert werden, die nicht ihre eigenen sind. Nur so kann man seine eigenen Überzeugungen und Werte immer wieder neu justieren. Im Fall Petraeus hat eine kleine radikale Minderheit einen Vortrag verhindert, den die Mehrheit gern gehört hätte – das finde ich nicht richtig.

Ein Aufschrei von Professoren und Studentenschaft war nicht zu vernehmen.

Der Vorfall hat durchaus eine kritische Diskussion innerhalb der Hochschule ausgelöst, aber wegen eines abgesagten Vortrags geht man nicht gleich auf die Strasse.

Auch die Universität wurde wiederholt Ziel linksextremer Angriffe. Geben die radikalen Studenten den Ton an?

«Uni von unten» ist eine anonyme Gruppierung, und wenn man schaut, wer dort aktiv ist, sind es mehrheitlich Leute von ausserhalb der Hochschule.

Ist Ihnen die Identität dieser Leute bekannt?

«Uni von unten» ist keine anerkannte studentische Organisation und sucht auch keinen Kontakt mit uns. Wer dahintersteht, ist nicht klar.

Wie kann man diesem Campus-Terror begegnen?

Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Wichtig sind ein gutes Sicherheitskonzept sowie geeignete Räumlichkeiten.

Die Universität ist eigentlich der Inbegriff freien Redens und Denkens. Wie erklären Sie dem Steuerzahler, dass er das Studium von Leuten finanziert, die Grundrechte mit Füßen treten?

Ich finde es nicht richtig, möchte aber nochmals betonen, dass die Gruppierung «Uni von unten» keine studentische Organisation ist.

Müsste man die Studenten bei der Immatrikulation nicht auf einen Kodex



«Kleine radikale Minderheit»: Hengartner.

verpflichten, der solche Angriffe auf die Meinungsäusserungsfreiheit untersagt?

Das ist eine mögliche Idee, aber ich weiss nicht, ob sie viel bringt. Das müsste eigentlich selbstverständlich sein. Sobald Sie physisch einen Vortrag zu behindern beginnen, verstossen Sie gegen die Hausordnung. Wir haben die Instrumente schon, um solche Aktionen zu verhindern.

Eine mögliche Sanktion könnte der Verweis von der Hochschule sein.

Wer gewalttätig wird, gegen den können wir relativ schnell vorgehen.

Ist der Ausschluss von Studenten möglich?

Bei unseren eigenen Studierenden, ja. Gegen externe wird es schwieriger, denen könnte man ein Hausverbot auferlegen.

Wie konnte sich dieser antiliberaler Geist an den Hochschulen ausbreiten?

Einen solchen antiliberalen Geist spüre ich nicht. Die Schweizer Hochschulen sind sehr offen und dürfen mit Recht stolz darauf sein. Die Universität Zürich allein hat weit über hundert anerkannte studentische Organisationen, die jährlich unzählige Veranstaltungen jeglicher Couleur durchführen. Dazu kommt eine grosse Anzahl an Veranstaltungen von universitären Instituten. In jeder Generation gibt es Leute, die radikale Positionen einnehmen. Die Frage ist, wie wir damit umgehen. In Amerika sehen Sie bereits, dass die freie Rede an Hochschulen eingeschränkt ist.

Harmlos ist die Sache also nicht?

Sie ist überhaupt nicht harmlos. Umso wichtiger ist es, dass die Schweizer Hochschulen sich weiterhin unbeirrt für Meinungs- und Redefreiheit einsetzen.

Hurra, wir sind fast tolerant

Von Christoph Mörgeli

Wir sind allgemein tolerant», frohlockte die *Neue Zürcher Zeitung*. Stimmt genau. Ich bin sogar gegenüber der NZZ «allgemein tolerant». «Argwohn gegen Fahrende und Muslime», lautet hingegen die Krankheitsdiagnose am Schweizer Volkskörper beim *Blick*. Wie gehen wir «Schweizer», also Angehörige von fast 190 Nationalitäten, mit andern Kulturen und Religionen um? Dies war die Fragestellung des Bundesamtes für Statistik im Auftrag von Alain Bersets Innendepartement.

3000 Personen wurden auf unser aller Kosten über den Prozentsatz ihrer Toleranz befragt. Ich war wie immer nicht darunter. Sonst hätte ich dem Befrager etwas Intolerantes geflüstert. Der Kommentar oblag dem Leiter der bundeseigenen Fachstelle für Rassismusbekämpfung: Die Einwohner unseres Landes «schwanken zwischen Offenheit und Toleranz». Eine umwerfende Erkenntnis. 36 Prozent fühlen sich durch Ausländer, Fahrende, Nichtweisse und Angehörige fremder Religionen «gestört». Hätte man die Männer entsprechend befragt, sie hätten sich im gleichen Ausmass von ihren Frauen gestört gefühlt. Und die Frauen stören sich zu hundert Prozent an irgendetwas bei uns Männern.

Jedes Tun hat ein Motiv. Wem soll diese Toleranzbefragung nützen? 33 Prozent empfinden Muslime als «Problem». Gibt's jetzt Entwarnung, weil dies nur etwa dem Wähleranteil der SVP entspricht? Wahrscheinlicher aber ist, dass dieses Drittel an Problembewusstsein den Bund veranlasst, die Ausgaben für Präventivkampagnen gegen Rassismus sofort zu verdoppeln. 66 Prozent finden, der Rassismus sei ein «ernstes gesellschaftliches Problem». Zu erwarten ist, dass diese Zweidrittelmehrheit den Bund veranlasst, die Ausgaben für Präventivkampagnen gegen Rassismus zu verdreifachen.

Selbstverständlich steuert SP-Bundesrat Alain Berset zu dieser unsinnigsten und unnötigsten aller Befragungen ein Vorwort bei. Darin werden wir Bürgerinnen und Bürger ein bisschen gelobt und ein bisschen getadelt. Wie wäre es, wenn sich Berset gelegentlich dem Scherbenhaufen seiner Rentenreform zuwenden würde? Der ansonsten beim Thema so feinfühligste *Tages-Anzeiger* schrieb übrigens über die Rassismusbefragung gar nichts. Dafür zwei Seiten lang über unsere albanischen Mitbürger, die dem Fussball nachrennen. Diese Anmerkung ist möglicherweise rassistisch. Vielleicht aber auch «allgemein tolerant».

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Mayday: Pirat kapert Downing Street

Von Peter Bodenmann — Das Ende der Ära Blair, Schröder, Hollande und Konsorten.



Wer hätte das je für möglich gehalten? Jeremy Corbyn.

Mehr Lohn und Gerechtigkeit: Die Menschen wollen die alten Schlager hören. David Cameron versprach – um seine Wiederwahl zu sichern – den Europagegnern eine Abstimmung über den Verbleib seines Landes in der EU.

In Brüssel wollte er Konzessionen herausholen, um mit diesen im Gepäck die Abstimmung zu gewinnen. Statt Würste gab es nur Brüsseler Würstchen.

Cameron verlor die Abstimmung, weil er – im Gegensatz zu Jeremy Corbyn – die Stimmung im Land falsch eingeschätzt hatte. Er musste gehen.

Die Erbschleicherin Theresa May setzte Neuwahlen an, um dank einem Wahlsieg gestärkt mit der EU verhandeln zu können. May verlor die Mehrheit. Sie konnte ihren Untergang vorerst nur verhindern, weil sie nordirische Fundamentalisten mit ins Boot nahm.

Die Regierung May hat kein Brexit-Konzept. Umgekehrt macht Corbyn, nachdem er Labour gekapert hat, laufend Boden gut. Die Kritiker in seiner Partei sind verstummt. Für grosse Teile der britischen Jugend ist der Alte – wie Bernie Sanders in Amerika – der neue Polit-Star. Die Mitte hat sich nach links verschoben.

Und selbst Teile des britischen Kapitals gehen inzwischen davon aus, dass es mit Corbyn leichter ist, einen halbwegs vernünftigen Deal mit der EU auszuhandeln. Denn ohne Deal

und ohne bilaterale Verträge will Corbyn nicht raus aus der EU.

Cameron politisch tot. May politisch bald tot. Und Corbyn vielleicht nächstens Premier. Wer hätte das je für möglich gehalten?

Anders sieht es mit der Sozialdemokratie in den Nachbarländern der Schweiz aus. Der *Parti socialiste* in Frankreich wurde von Mélenchon und Macron aufgegeben. Die Genossen müssen ihren noblen Sitz an der Rue de Solferino verkaufen. Und mit den Büros in jene Banlieue ziehen, die sie vernachlässigt haben.

In Deutschland ist die SPD bundesweit nur noch eine 20-Prozent-Partei. Martin Schulz ist gut gestartet, aber national als Teppichvorleger gelandet. Weil er sich – im Gegensatz zu Corbyn – nicht vom Erbe Blair-Schröder trennen konnte und wollte.

In Österreich liess der *Bähnli*-Manager Kern die SPÖ fast entgleisen. Nur abtrünnige Grüne retteten ihn und massakrierten so die eigene Partei. In Italien haben die Christdemokraten die Linke übernommen. Silvio Berlusconi steht schon wieder ante portas.

Politik ist das Bohren dicker Bretter und das Lernen aus Fehlern. In der Schweiz fordert niemand mehr, der Bundesrat solle gemeinsam mit Theresa May die EU Mores lehren. Immerhin.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Gefordert ist überfordert

Von Kurt W. Zimmermann — Was sagt ein Journalist, wenn er nicht mehr weiterweiss? Er sagt: «Jetzt ist die Politik gefordert.»

Nehmen wir zum Beispiel die Chaoten, die in Bern randalieren. «Jetzt ist die Politik gefordert», kommentiert der *Blick*.

Nehmen wir die Existenzsorgen der Bauern. «Jetzt ist die Politik gefordert», kommentiert die *Aargauer Zeitung*.

Nehmen wir die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank. «Jetzt ist die Politik gefordert», kommentiert der *Tages-Anzeiger*.

Und was ist mit dem Tunnel von Oberdorf nach Günsbrunnen? «Jetzt ist die Politik gefordert», kommentiert die *Solothurner Zeitung*.

Wir wollen uns heute nicht über Journalisten lustig machen. Darum verzichten wir auf weitere heitere Beispiele.

Wir wenden uns stattdessen anderen Instanzen zu. «Der Bundesrat ist gefordert», lesen wir ähnlich häufig. Gefordert ist er vom Waffenexport (SRF) bis zu den Unternehmenssteuern (*Der Bund*). «Das Parlament ist gefordert», lesen wir ähnlich häufig. Gefordert ist es vom Moorschutz (*Berner Zeitung*) bis zur AHV-Finanzierung (*Handelszeitung*).

«Gefordert» sind in der Presse permanent auch die Kantone, die Gerichte, der Stimmbürger und der Staat. Extra hübsch sind dabei die Multiplex-Forderungen. Zur wachsenden Staatsquote der Schweiz etwa wusste die *NZZ*: «Parteien, Regierung und Parlament sind gefordert.»

Nochmals: Wir wollen uns nicht über Journalisten lustig machen. Wir reden vom Medienwandel und vom Wandel journalistischer Kultur. Als vor rund zwölf Jahren die Leserzahlen der Zeitungen massiv einzubrechen begannen, mussten die Redaktionen einen neuen Daseinszweck ersinnen. Warum brauchte es ihre Blätter noch?

Die Medienbranche einigte sich als Daseinsberechtigung auf das Wortpaar «Einordnung und Orientierung».

Die Aufgabe von Journalisten war es nun, die laufenden Ereignisse in die grossen geopolitischen, historischen und soziologischen Zusammenhänge einzuordnen und so dem verwirrten Leser feste Orientierung zu bieten. Zeitungen mussten dadurch auf einmal unglaublich intelligent und intellektuell daherkommen. Als Folge davon explodierten die Kommentar- und Analysespalten. Das Problem war nur, dass all die unglaublich intelligenten und intellektuellen Kommentare und Analysen von den gleichen Journalisten geschrieben werden mussten, die zuvor ihrem normalen News-Handwerk nachgegangen waren. Wenn es die Journalisten überhaupt



Warum brauchte es ihre Blätter noch?

noch gab. Denn zugleich wurden, krisenbedingt, die Redaktionsbestände reduziert.

Dennoch las man noch nie so viele Kommentare und Analysen wie heute. Beim neuen Berufsideal der permanenten Einordnung und Orientierung muss täglich nachgelegt werden.

Mehr denn je

Wenn man als Kommentator aber ein Thema nicht durchdringt, und das ist natürlich häufig der Fall, dann flüchtet man in einen Kartentrick. Man verlangt von anderen, dass sie das Thema durchdringen. Man schreibt dann: «Jetzt ist die Politik gefordert.» Oder man schreibt: «Der Bundesrat ist gefordert». Oder man schreibt: «Das Parlament ist gefordert.»

Gefordert ist schnell, und so können Journalisten zumindest ein wenig verwedeln, wie überfordert sie oft sind. Die hochstilisierte Vorgabe nach dauernder Einordnung und Orientierung überfordert letztlich alle Redaktionen. Sie produzieren zwar mehr Kommentare denn je, aber notgedrungen auch mehr dürftige Kommentare denn je.

Ein letztes Beispiel aus dem eigenen Themenbereich. In der *NZZ* erschien ein Artikel, wonach die Schweizer Presse die zugewanderten Ausländer schlecht erreiche. Der wenig erstaunliche Kommentar der *NZZ* dazu: «Die Medien sind gefordert.»

Felix Germania!

Von Henryk M. Broder — Wenn man sonst keine Probleme hat.

Ach, was ist Deutschland doch für ein seltsames Land, gross und stark und von Menschen bevölkert, die entweder an Laktoseintoleranz oder Glutenunverträglichkeit leiden. Im Strassenverkehr gilt die Regel rechts vor links, im täglichen Leben ist es umgekehrt.



Wer am Abend des Tages, an dem in Österreich gewählt wurde, das Interview gesehen hat, das Claus Kleber, das Gesicht des ZDF, mit dem Wahlsieger Sebastian Kurz führte, der weiss auch, wie sehr Deutsche grollen können, wenn etwas nicht so gelaufen ist, wie sie es gerne gehabt hätten. Nur mit Mühe konnte Kleber die Fassung bewahren, während er von Kurz mit guter Laune erdrückt wurde. Sehr verstörend war auch das, was auf der Frankfurter Buchmesse passierte. Mitarbeiter des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, der die Messe organisiert, protestierten lautstark gegen die Anwesenheit eines «rechten» Verlags auf der Messe, dem der Börsenverein einen Stand vermietet hatte. Derweil linksliberale Advokaten der Meinungsfreiheit ellenlange Artikel schrieben, warum es das Beste wäre, die «Rechten» zu ignorieren und nicht über sie zu berichten. Was ist nur aus den Deutschen geworden? Ein Volk von inkonsistenten Bedenkenträgern und Jammerlappen, die sich selbst «Menschen, die schon länger hier leben», nennen.

Eine Staatssekretärin beim Regierenden Bürgermeister von Berlin, zuständig für bürgerschaftliches Engagement und Internationales, muss es erleben, dass ein ehemaliger Botschafter sie in einer Anrede als «jung» und «schön» bezeichnet. Die 38-Jährige ist «geschockt» und verwahrt sich gegen den einmal mehr zutage getretenen Sexismus in der Gesellschaft. In den sozialen Medien entbrennt eine heftige Debatte, wie man/frau mit solchen Diskriminierungen umgehen sollte.

Das Beste aber wäre beinahe untergegangen. Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagte in einer Rede über deutsche Leitkultur, er sei «bereit», über die Einführung eines muslimischen Feiertages in Deutschland nachzudenken, auf regionaler Ebene. Allerheiligen sei dort ein Feiertag, wo viele Katholiken leben. Und da, «wo es viele Moslems gibt», könnte man «auch mal über einen muslimischen Feiertag reden».

Kann man, tut man aber nur, wenn man sonst keine Probleme hat. Felix Germania!

Wenn der Chef zu nahe kommt

Sex gegen Karriere: So lautete das Versprechen von Filmproduzent Harvey Weinstein. Viele Frauen erleben im Beruf heikle Situationen mit Vorgesetzten. So auch ich. *Ein Erfahrungsbericht von Claudia Schumacher*

«Was für ein unglaubliches Schwein!», schrieb Michèle Binswanger, bekannteste Schweizer Gesellschaftsjournalistin, über Harvey Weinstein, als die *New York Times* gerade ihre Enthüllungsgeschichte über dessen übergriffiges Verhalten gegenüber Frauen veröffentlicht hatte. Da gab es noch keine Vergewaltigungsvorwürfe – die den Fall natürlich zu einem besonderen Härtefall machen –, es ging zu diesem Zeitpunkt um sexuelle Belästigung und Erpressung von Frauen mit Aussicht auf Karriereförderung. Binswanger schien aus allen Wolken zu fallen. Und ich dachte: «Ernsthaft? Was ist denn daran <unglaublich>?»

Schwein oder Nichtschwein, das ist bei Weinstein nicht mehr die Frage. Interessanter ist, was wir aus seinem Fall lernen. Und je mehr wir ihn zu einem unerhörten Einzelfall stilisieren, desto weniger lernen wir. Mini-Weinsteins lauern hinter jeder Ecke. Und Frauen, die zu Opfern ihrer Avancen werden oder aber mitspielen und sich Vorteile verschaffen, muss man auch nicht lange suchen. Es gibt sie – vermutlich – in jeder Branche. Aber es ist wie beim Thema Doping im Sport oder Korruption in Politik und Wirtschaft: Obwohl omnipräsent, kommt die gesellschaftliche Diskussion kaum über das Aufgeilen am Einzelfall hinaus.

Softpornografische Fotografien

«Wir könnten genauso gut Praktikantinnen in der Medienbranche zu ihren Erfahrungen befragen», kommentierte ich also Binswangers Kommentar. «Aber über solchen Dreck kann man ja leider erst reden, wenn man's <geschafft> hat.» Als mir daraufhin mehrere Frauen zustimmten, fragte ich mich selbst, wie lange wir noch warten wollten, um über die Situation in unserer eigenen Branche zu sprechen. Einige Frauen schrieben mir ihre Erlebnisse, eine wollte telefonieren – aber veröffentlicht sehen wollten sie ihre Geschichten nicht. Eine Journalistin schrieb: «Ein Medienjournalist, dem mehrere solcher Fälle bekannt waren, hat recherchiert. Ist aber daran gescheitert, dass die Frauen nichts sagen wollten. Was ja auch verständlich ist.» So läuft es auch bei den «me too»-Hashtags in den sozialen Medien ab. Auch Journalistinnen zeigen sich betroffen, aber es bleibt recht vage, warum – was ich natürlich sehr gut verstehen kann.

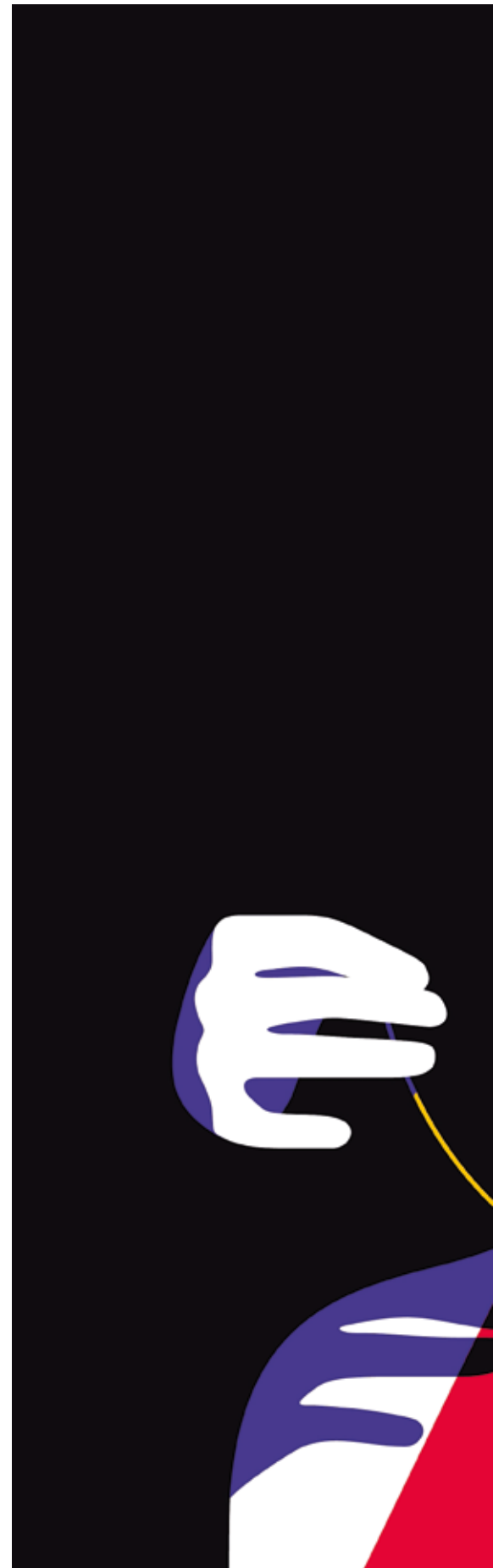
Wenn keine redet, ist aber niemandem geholfen. Ich arbeite seit zwölf Jahren im Journalismus; seit fünf Jahren in Festanstellungen. Vielleicht muss das an Sicherheit genügen. Auch auf die Gefahr hin, dem Vorwurf ausgesetzt zu werden, mich zu wichtig zu nehmen oder mir zu geil vorzukommen: Hier meine eigene Geschichte, die vielen anderen Frauen aufgrund ihrer Erfahrungen wohl bekannt vorkommen dürfte. Es soll hier bewusst nicht um Einzelfälle gehen, und niemand soll an den Pranger gestellt werden. Die Hexenjagd nach den Schuldigen lenkt nur vom eigentlichen Thema ab, das uns alle betrifft.

Keine für den Fahrstuhl

Es gab da diesen Tag vor zwei Jahren, als ich von einem Lokalradiosender zu meiner Arbeit und meinen Erfahrungen im Journalismus interviewt wurde – und ich mich wieder einmal mitschuldig machte. Denn ich wurde gefragt, ob ich schon einmal Anzügliches im Büroalltag erlebt hätte. Ich sagte einfach, nein, ich hätte keine Erfahrungen mit Sexismus gemacht. Und so hatte ich das Thema schnell abmoderiert. Eine Freundin rief mich danach an und gratulierte mir zu meiner «sexy Stimme» in dem Interview. Ich war stolz auf mich, hatte ich doch unkompliziert und umgänglich gewirkt und offenbar auch attraktiv: Wenn das nicht die ideale Arbeitnehmerin ist! Eine, die bei den entscheidenden Themen zu schweigen weiss.

In Wahrheit hätte ich da aber ein paar deftige Geschichten zu erzählen gehabt. Etwa die von dem Feuilletonisten, dem ich als Praktikantin unterstellt war, und der mich zu softpornografischen Fotografien überreden wollte. Oder die von dem Mitglied einer Chefredaktion, das mich massiv unter Druck setzte, mit ihm intim zu werden – wohlgerne auf sehr geschickte, manipulative und schlecht nachweisbare Art und Weise. So brüllte mich der Mann etwa hinter verschlossener Bürotür zusammen und drohte mir mit Entlassung, nur um dann wieder ganz weich zu werden – und mir bei ausgestreckter Hand die Chance zu geben, es «wiedergutzumachen»: Warum nicht heute Abend, nach der Arbeit, bei ihm zu Hause?

Auch immer eine Erzählung wert sind die Erlebnisse auf Partys mit Kollegen, wo Frauen schnell einmal fremde Hände an Körperstellen spüren, die sie bislang für privat hielten. Im ei-



Schwein oder Nichtschwein, das ist hier nicht mehr

nen oder anderen Medienhaus gibt es Frauen, die aus ebendiesem Grund an den Betriebsfesten nicht mehr teilnehmen. Und es gibt Magazine, die eigentlich sehr interessant sind und



die Frage.

für die man gerne schreiben würde – wüsste man nicht, dass dem Chefredaktor ein gewisser Ruf vorausseilt, junge Frauen anzugraben und ihnen im Fall einer renitenten Verweige-

runghaltung das Leben schwer zu machen. Die saftigsten Geschichten erlebt man als Praktikantin. Je weniger reale Macht, desto mehr glauben manche Männer offenbar an ihr

geschlechtseigenes Recht, Frauen auf ihren Körper zu reduzieren. Und über diesen Körper zu verfügen.

Wenn Sie ein Mann sind, denken Sie jetzt vielleicht, Sie würden es niemals so weit kommen lassen. Hätten jeder blöden Kuh, die Sie sexuell belästigen wollte, einfach ein: «Fick dich selber!» ins Gesicht geschleudert. Möglich. Ein Freund von mir, der Schauspieler ist, hat das in jungen Jahren einmal gemacht, als eine unattraktive, schmierige Theaterregisseurin ihm eine Rolle gegen Beischlaf anbot. Das Entscheidende hier ist aber, dass mein Freund trotzdem am längeren Hebel sass: Er ging dann einfach zum nächsten männlichen Regisseur. Zu den 99,9 Prozent der Regisseure, die männlich sind. Und dann konnten sie gemeinsam über den Vorfall lachen.

Was aber passiert mit einer Frau, die ungemütlich wird, wenn ihr ein Mann zu nahe

Was aber passiert mit einer Frau, die ungemütlich wird, wenn ihr ein Mann zu nahe kommt?

kommt? Die gilt als schwierig. Schreit sie auf, sobald sie einer anfasst, ist sie eine potenzielle Denunziantin. Wer weiss denn überhaupt, ob sie die Wahrheit sagt? Da muss ja jeder werte Herr um seinen Ruf fürchten, bei so einer. «Die stellen wir besser nicht bei uns an», denken die Herren in den Verlagshäusern der Zeitungen. «Das ist so eine, mit der man nicht einmal unverkrampft in einen Fahrstuhl steigen kann, ohne danach eine Vergewaltigungsklage am Hals zu haben. Die macht nur Ärger!» – So in etwa lassen sich die Befürchtungen der schweigenden Frauen zusammenfassen.

Rechts wie links

Das Verrückte ist, dass der Reflex, Frauen auf ihre Sexualität zu reduzieren, auch aus unvermuteter Ecke kommt. Harvey Weinstein war in der öffentlichen Wahrnehmung ein linksliberaler Frauenförderer. Das Links-rechts-Schema greift beim Thema sexuelle Belästigung noch weniger als bei vielen anderen Themen. Ich habe aus beiden politischen Ecken Angriffe auf mein Frausein erlebt; wobei ich sagen muss, dass ich die von Linken und von Feministinnen als besonders schmerzhaft erlebt habe – vielleicht, weil ich Angriffe von dort aus lange nicht habe kommen sehen; und dann noch stärker die Schuld bei mir selbst suchte. Der unerwartete Schlag trifft immer am härtesten.

Meine journalistische Laufbahn begann ich nach der Schule in einer Lokalredaktion. Von Tag eins an hatte eine dezidiert linke, feministische Feuilletonkollegin ein Problem mit meinem Aussehen. Es regnete spitze Sprüche über meine angebliche Naivität und geistige Einfachheit, gerne im Beisein des Chefs. Dabei

hatte ich an der Schule zu den Jahrgangsbesten gehört. Pikanterweise kam die feindselige Redaktorin ab Tag zwei meines Praktikums selbst deutlich aufwendiger gestylt zur Arbeit. Lippenstift, Accessoires – gewaschene Haare! Die Feministin reduzierte die Jüngere auf ihre Sexualität – und wollte gleichzeitig mit ihr konkurrieren. Etwas, das ich häufiger beobachtet habe: Frauen, die sich am stärksten am Aussehen anderer Frauen aufhängen, sind oft Feministinnen beziehungsweise Frauen, die ihr eigenes Aussehen scheinbar vernachlässigen und eine klassische Weiblichkeit rigoros ablehnen – um dann aber jeder anderen giftig zu begegnen, die sie als attraktiver empfinden.

Was aber passiert, wenn ältere Kolleginnen die Mentorinnenrolle verweigern? Klar: Sie überlassen die jungen Dinger den Männern.

Mich verunsicherte das Verhalten der älteren Redaktorin, deren Anerkennung ich mir eigentlich wünschte. Also tat ich etwas, was ich später auch bei anderen jungen Journalistinnen sah: Um nicht weiter auf meine Optik reduziert zu werden, gab ich mir redliche Mühe, hässlich zu sein. Es folgten Jahre der äusserlichen Vernachlässigung in dem Wunsch, doch auch ein bisschen als Intellektuelle durchzugehen.

Allerdings ist das ein schlechter Hütchenspielertrick, der niemanden täuscht. Eine junge Frau bleibt eine junge Frau, ob nun hübsch hergerichtet und sportlich oder mit ein paar Pfunden mehr und in schrulliger Kleidung: Es wird immer Männer und Frauen am Arbeitsplatz geben, die sie auf ihre Sexualität reduzieren, Männer, die sie belästigen, und solche, die sie ins Bett ziehen wollen.

Demütigung und Selbstzweifel

Wenn man als junge Journalistin den gleichaltrigen, männlichen Journalisten davon erzählt, heisst es schnell: «Hab dich nicht so. Dein Aussehen ist auch ein Riesenvorteil. Und überhaupt wirst du gefördert, weil du eine Frau bist.» Und dann steht man da, mit dem Praktikum oder mit der Stelle, die der männliche Kollege auch gerne hätte, aber nicht bekommen hat. Und man fragt sich selbst: «Werde ich nur wegen meines Aussehens gefördert?» Den Demütigungen im Berufsleben folgen häufig ernste Zweifel an den eigenen Fähigkeiten.

Gerade während des Studiums hatte ich mir grosse Mühe gegeben, schlecht auszusehen. Aber als ich mit Studienkollegen ein Campusmagazin gründete – ein Kraftakt, der mir den Schlaf raubte – und anschliessend von der zusammengerufenen Redaktion zur Chefredaktorin gewählt wurde, musste ich online in den Kommentarspalten zu den ersten Artikeln lesen, ich sei eine «Alibifrau». Das kam noch ein paarmal. In der Regel von linken Studentenvertretern, die irgendwie in ihrem Stolz verletzt waren, weil unser Magazin – anders als ihre Hochschulpolitik – ohne studentische Subven-

tionen auskam. Wenn es darum geht, Frauen ihre Intelligenz und ihre Fähigkeiten abzusprechen, ist man links wie rechts gerne zur Stelle.

Mit männlichen Lesern haben Journalistinnen übrigens eine spezielle Beziehung: Mitunter sind sie galant, schicken sogar Geschenke – aber schreibt man etwas, was ihnen missfällt, ist ein Reflex gewiss: Sie lassen die Journalistin in Leserbriefen und Kommentaren wissen, dass das Ausmass ihrer Dummheit unermesslich sei und dass sie ihren Job doch gewiss nur deshalb habe, weil sie mit jedem Vorgesetzten schlafe. Während gegen die Aussagen männlicher Journalisten argumentiert wird, werden Journalistinnen auch von dieser Seite aus gerne auf ihre Sexualität reduziert.

Natürlich gibt es Vorgesetzte, für die es tatsächlich ein Sport ist, junge Kolleginnen mit nach Hause zu nehmen. Und es gibt Journalistinnen, die an diesem Spiel durchaus interessiert sind.

Nett bleiben

Als mich der erwähnte Feuilletonist für seine Nacktfotografien gewinnen wollte – er ein Mensch bürgerlich-liberaler Gesinnung –, erzählte ich angewidert einer anderen Praktikantin davon. Sie sagte mir daraufhin leicht bedrückt, dass der das offenbar häufiger ma-

Dann gab sie dem Gespräch eine überraschende Wendung: «Mich hat er nicht gefragt.»

che, sie habe dasselbe von einer früheren Praktikantin gehört. Dann gab sie dem Gespräch eine überraschende Wendung: «Mich hat er nicht gefragt», sagte sie mit einer Schnute, «vielleicht bin ich nicht hübsch genug.» Dass es Frauen gibt, die an dem Spiel nicht teilnehmen können und andere darum beneiden, da unfreiwillig drinzustecken, ist auch eine komische Tatsache.

Auch wenn ich mich vor dem Feuilletonisten nicht auszog, blieb ich nett zu ihm. Und das, obwohl er mir im Büro schräg gegenüber sass, mit offenem Hosenladen, und obwohl er einen chauvinistischen Spruch nach dem anderen klopfte. Ich ahnte, dass er – sofern ich freundlich bliebe – am ehesten geneigt sein würde, mich einmal einen grösseren Text schreiben zu lassen.

Natürlich ist der Mann in dem Spiel nicht immer der Täter und die Frau nicht immer das Opfer. Ich hatte Mentoren, die mir eines Tages mit Begehrlichkeiten und auch mit Gefühlen entgegentraten, die nicht mehr rein professionell waren. Aber auch ich selbst bin in meinen ersten Berufsjahren bei mindestens zwei meiner Vorgesetzten in romantische und erotische Träumereien verfallen. Es gibt etwas auf der archaischen Mann-Frau-Ebene, was sich auch im noch so zivilisierten Alltag nicht leugnen lässt

und was die meisten kreativ schaffenden Frauen – wozu ein Teil der Journalistinnen gehört – sich wünschen: Sie wollen verstanden werden. Gefühlt werden. Oder, wie es so schön in der Bibel heisst: erkannt werden. Das Erkanntwerden hat eine erotische Komponente, seit es Männer und Frauen gibt. Um es noch problematischer auszudrücken: Der Mensch will von anderen Menschen begriffen werden. Frauen wollen von Männern begriffen werden, und Männer wollen Frauen begreifen.

Schummrige Grauzonen

Ist man ehrgeizig und nimmt das Schreiben ernst, dann versteht einen vielleicht mit etwas Glück ein guter Vorgesetzter eines Tages besser als jeder andere. Was einen Rattenschwanz an Problemen nach sich ziehen kann. Wer dann am Ende der Täter und wer das Opfer ist, sollte die Situation ins Körperliche kippen, schwimmt mitunter in einer schummrigen Grauzone.

Haben sich die Zeiten geändert während meiner zwölf Jahre im Journalismus? Der Ekel-Feuilletonist mit den Nacktfotografien und dem offenen Hosenstall wurde gefeuert. Gleichzeitig habe ich von einem älteren Journalisten gehört, der sich nach einer intensiven Mentor-Schützling-Beziehung zu einer jungen Frau nie wieder auf ein solches Modell eingelassen hat. Es hatte zu viele Gerüchte gegeben. Was schade ist, denn er soll ein hervorragender Mentor gewesen sein.

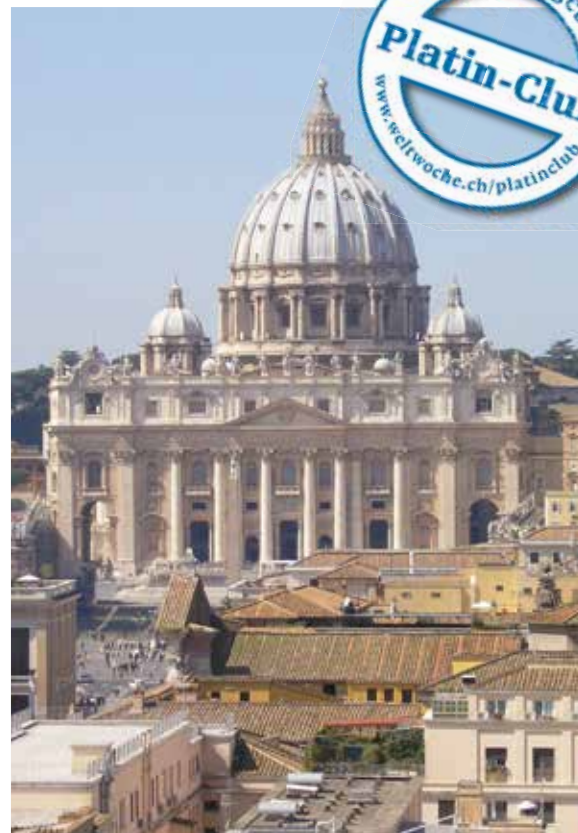
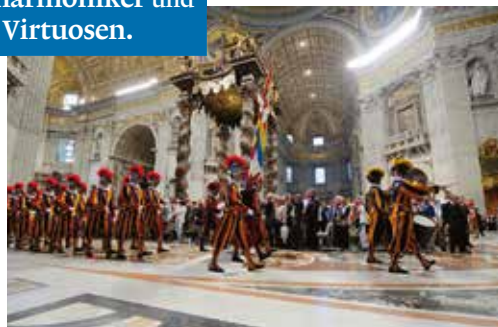
Wenn man im Jahr 2017 schaut, wie viele ältere Journalistinnen gnadenlos ins Schöne gephotoshoppte Profilbilder auf Facebook von «sich» zeigen, um sich besser zu vermarkten, oder wenn man Artikel für Frauen um die fünfzig liest, die mit Fotos von zwanzig- bis dreissigjährigen Frauen bebildert werden, dann scheint mir keine richtige Entspannung eingekehrt zu sein. Auch junge Journalistinnen, die sich den Feminismus nobel – und nicht zuletzt sehr vermarktungsrelevant – auf die Fahnen schreiben, sind mitunter die, welche die vulgärsten Texte schreiben und am stärksten mit ihrer Sexualität kokettieren. Zeig als junge Frau – metaphorisch gesprochen – in Texten deine Muschi und mach ein bisschen einen auf infantil-treudoof dabei, dann wirst du auf jeden Fall gefördert. Das Erfolgsrezept ist ebenso simpel wie sicher.

Die gute Nachricht? Viele Kollegen – in manchen Häusern die meisten – sind anständig. Und es ist wohl auch nicht naiv, daran zu glauben, dass es immer mehr werden, die für ihre Frauen und Töchter an einer besseren Zukunft arbeiten.

Die Frauen entdecken währenddessen die Solidarität. Eine Veränderung der Atmosphäre ist spürbar, die schon vor dem Women's March einsetzte. Man schaut aufeinander, unterstützt sich gegenseitig – und hat begriffen, dass es genug Platz für verschiedene Frauen mit unterschiedlichen Ansichten gibt; im Büro ebenso wie im Feminismus. ○



Erleben Sie in Rom die Wiener Philharmoniker und die Wiener Virtuosen.



Exklusive Leserreise: «Musica Sacra a Roma»

Ewige Stadt und Schweizergarde

Erleben Sie die Wiege der abendländischen Kultur auf unvergleichliche Weise. Zu den Höhepunkten unserer 7-tägigen Reise zählen die Konzerte der «Musica Sacra», der geschlossene Abend in den Vatikanischen Museen und der persönliche Empfang bei der päpstlichen Schweizergarde.

Das «Festival Internazionale di Musica e Arte Sacra» in Rom und im Vatikan begeistert sein Publikum seit 2002 jedes Jahr mit Kirchenmusik auf höchstem Niveau. Ob Mozarts «Requiem in D-moll», Beethovens Messe in C-Dur oder Haydns Schöpfung – vor der Kulisse der Ewigen Stadt werden die sakralen Meisterwerke zum unvergesslichen Erlebnis.

Ergänzt wird die exklusive Kunst- und Kulturreise durch ein facettenreiches Ausflugsprogramm. Auf den Spuren der alten Römer tauchen Sie ein in die faszinierende Geschichte der italienische Metropole von der Antike über das Mittelalter bis in die Neuzeit. Sie logieren im luxuriösen 5-Sterne-Hotel «Boscolo Exedra» an zentraler Lage.

Reiseprogramm (Auszug):

1. Tag: Anreise nach Rom

Exklusivbesuch der Vatikanischen Museen.

2. Tag: Die Schweizergarde

Trajansmärkte und Campo d'Fiori; Termin bei der Schweizergarde und Abendessen mit einem Schweizergardisten.

3. Tag: Roms Altstadt

Spanische Treppe, Piazza Navona und Fontana di Trevi; Papstbasilika Sankt Paul; Heilige Messe im Petersdom mit dem Palatina-Klassik-Vokal-Ensemble.

4. Tag: Papstsegen

Sonntäglicher Papstsegen; «Scarpinata Romana» von der Engelsbrücke zum Pantheon; Mozarts «Requiem in D-moll»

5. Tag: Ewige Stadt und Konzert

«Künstlerisches und antikes Rom» mit Villa Borghese, Forum Romanum und Kolosseum (fakultativ); Wiener Philharmoniker und Wiener Virtuosen in der Basilika Sankt Paul (inklusive).

6. Tag: Trastevere und kulinarisches Rom

Historisches Viertel jenseits des Tibers; Weinprobe und Imbiss in einer Enoteca

7. Tag: Rückflug nach Zürich

Detailliertes Reiseprogramm und Anmeldeformular unter www.weltwoche.ch/platinclub.

Platin-Club-Spezialangebot

7-tägige Kulturreise «Musica Sacra a Roma»

Reisetermin:

2. bis 8. November 2017

Leistungen:

- Flug Zürich-Rom-Zürich (inkl. Gebühren)
- 6 Übernachtungen mit Frühstück im 5-Sterne-Hotel «Boscolo Exedra»
- 1 Aperitif, 2 Abendessen, 1 Weinprobe mit Imbiss
- Heilige Messe mit Konzert im Petersdom
- 4 Konzerte in den Basiliken von Rom
- Ausflug «Vatikanische Museen exklusiv»
- Ausflug «Die Trajansmärkte»
- Besuch der Schweizergarde
- Ausflug «Altstadt und Basilika Sankt Paul»
- Sonntäglicher Papstsegen (bei Anwesenheit)
- Ausflug «Scarpinata Romana und Pantheon»
- Ausflug «Volkstümliches Trastevere»
- Qualifizierte, deutschsprechende Reiseleitung

Preis:

Für Weltwoche Abo: ab Fr. 2980.– p. P. im DZ;
Für Nicht-Abonnenten: ab Fr. 3280.– p. P. im DZ;
Einzelzimmerzuschlag: CHF 660.–
Ausflug «Künstlerisches und antikes Rom»: Fr. 145.–

Buchung:

Reservieren Sie unter Telefon 091 752 35 20 oder per Email an info@mondial-tours.ch

Veranstalter:

Mondial Tours MT SA, 6600 Locarno

www.weltwoche.ch/platinclub



Was ist mit Guy Parmelin los?

Kein anderer Bundesrat wurde innerhalb so kurzer Zeit derart oft von der parlamentarischen Oberaufsicht gerüffelt.

Von Hubert Mooser



Zusatzschlaufen: Verteidigungsminister Parmelin.

Es war alles vorbereitet: Die Walliser Organisatoren für eine Olympia-Kandidatur «Sion 2026» hatten sich im Berner «Schweizerhof» bereits eingemietet, die Tischvorlagen waren vorbereitet, die Transparente lagen griffbereit. Der Präsident des Kandidaturkomitees, Jean-Philippe Rochat, wartete bloss noch auf den erlösenden Anruf aus dem Bundeshaus Ost, dem Sitz von Bundesrat Guy Parmelin. Doch an diesem 11. Oktober bekam Rochat kein grünes Licht aus der Zentrale des VBS.

Stattdessen verdichtete sich am frühen Nachmittag die Gewissheit, dass der Bundesrat den Olympia-Express von Guy Parmelin auf eine Zusatzschleife geschickt hatte. Rochat gab sich trotzdem locker und twitterte in die Welt hinaus: «Es handelt sich um ein wichtiges Dossier, und es war uns bewusst, dass eine solche Entscheidung Zeit nehmen kann.» Aber für alle stand ausser Zweifel, dass «Sion 2026» und auch der Sport- und Verteidigungs-

minister selber mit einem raschen Entscheid der Landesregierung gerechnet hatten.

Erst jetzt, im zweiten Anlauf, mit einem etwas modifizierten Antrag, brachte Parmelin das Geschäft über die Runden. Brav hielt er in seinem neuen Antrag, wie vom Gesamtbundesrat verlangt, explizit und detailliert fest, dass die Beteiligung des Bundes maximal eine Milliarde Franken betragen werde. Aber der Imageschaden war längst angerichtet. Nachdem Parmelin zuvor schon mit seinem Grossprojekt, der Beschaffung von dreissig bis vierzig neuen Kampffjets für neun Milliarden Franken sowie einem System zur bodengestützten Fliegerabwehr, aufgelaufen war, musste er auch beim vergleichsweise harmlosen Kandidaturdossier «Sion 2026» nachbessern. Das bestärkt Partei, Parlament und Öffentlichkeit nicht gerade in der Überzeugung, mit Parmelin an der Spitze des VBS komme alles gut.

Parmelins Umfeld markiert *courant normal*: Es sei in der Schweiz nicht möglich, Ausgaben in der Höhe von einer Milliarde Franken in einem Lauf durchzubringen, hört man im Umfeld des Verteidigungsministers über die Zusatzschleife mit dem Dossier «Sion 2026». Es gehe dabei halt immer auch um Machtspiele in der Landesregierung.

Bei ihm schauen Kollegen genauer hin

Es geht vor allem ums Geld. Bei Parmelins Projekten akzentuiert sich der Verteilungskampf, weil diese heftig umstritten sind: Neun Milliarden für neue Kampffjets, eine Milliarde für Olympische Spiele in der Schweiz, das bedeutet zehn Milliarden weniger Geld für andere Geschäfte. Das geht in Bern nicht ohne Reibereien über die Bühne.

Dass dieser Verteilungskampf bei Parmelin häufig mit einem Reputationsschaden einhergeht, ist aber teilweise selbstverschuldet. Das

zeigte auch «Sion 2026» wieder. Parmelin war offenbar dermassen davon überzeugt, dieses Geschäft durchzubringen, dass er es auf die Liste der Vorankündigungen zu den Bundesratsgeschäften setzen liess. Mit dieser Liste informiert die Bundeskanzlei die Medien am Vorabend jeder Bundesratssitzung über eine Reihe von meistens unbestrittenen Geschäften. Als der Bundesrat tags darauf über das Olympia-Geschäft nicht informierte, war es für alle schnell einmal klar, dass Parmelin gescheitert war, entsprechend war auch das Echo in den Medien.

Parmelin hätte aufgrund früherer Erfahrungen wissen können, dass die Bundesräte gerade bei ihm jedes Geschäft etwas genauer anschauen. Kein anderer Bundesrat stand innerhalb so kurzer Zeit derart häufig im Fokus der parlamentarischen Obergrenze, also der Geschäftsprüfungskommission (GPK) von National- und Ständerat. Parmelin sei, meint ein GPK-Mitglied scherzend, fast schon die Raison d'être der GPK.

Überzeugende Argumente fehlen

Er bekam einen Rüffel der Geschäftsprüfer, weil er die Beschaffung des Luftabwehrsystems Bodluf auf Eis legte. Bei der Vorlage zur steuerlichen Privilegierung von landwirtschaftlichen Grundstücksverkäufen legte er seine persönlichen Interessen nicht offen und stand deswegen erneut unter Beschuss von Medien und GPK. Blind vertraute er im Dezember 2016 den schweren Anschuldigungen seiner Armeechefs und seines Rechtsdienstes gegen den Oberfeldarzt und suspendierte diesen Knall auf Fall. Später wurde bekannt, dass die Untersuchungen des VBS weder militärstrafrechtlich noch arbeits- und disziplinarrechtlich relevant waren.

Bei der Privatisierung der bundeseigenen Waffenschmiede Ruag hat sich der Verteidigungsminister mit dem Verwaltungsrat völlig zerstritten. Das Zerwürfnis ist dermassen

Parmelin macht es seinen Gegnern im Bundesrat etwas leicht.

gross, dass die Ruag inzwischen in der Person des früheren Berner FDP-Gemeinderates Alexandre Schmidt einen Berater anstellen musste, der die Beziehung zwischen der Ruag und dem Eigner, also der Eidgenossenschaft, verbessern und pflegen soll. Der Bundesrat selber hat am 28. Juni schon beschlossen, die Arbeiten an der Teil- oder Vollprivatisierung der Ruag auf Eis zu legen. Das alles hat den Waadtländer Bundesrat offenbar etwas verunsichert.

Parmelin macht es seinen Gegnern im Bundesrat, die bloss darauf lauern, ihm in die Parade zu fahren, auch etwas leicht. Er orientiere

sich zu stark an den Wünschen seiner Klientel und zu wenig an den politischen Realitäten im Bundesrat, betonen die Vertreter anderer Departemente gegenüber der *Weltwoche*. Deshalb fehlten ihm bei harten Auseinandersetzungen im Gremium häufig überzeugende Argumente. Gegen die heftigen Einwände von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP), die eine fundamentale Gegnerin ist von Olympischen Spielen in der Schweiz, fand Parmelin jedenfalls kein probates Mittel. Er habe sich auf seine Positionen versteift, sagen bundesratsnahe Kreise. Das Dossier sei mit den Organisatoren so ausgehandelt worden und müsse nun rasch in dieser Fassung beschlossen werden, drängte er im Bundesrat.

Andere finden, Parmelin sei es bisher nicht gelungen, den Geschäften seinen eigenen Stempel aufzudrücken.

Liegt es am Personal? Seine derzeitige Generalsekretärin, also die eigentliche Stabschefin, Nathalie Falcone, gilt zwar als solide Handwerkerin. Aber anders als zum Beispiel Alain Bersets Generalsekretär Lukas Bruhin oder der frühere Generalsekretär im Departement von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard, Walter Thurnherr, kann Falcone den Geschäften keinen matchentscheidenden politischen Dreh geben. Es fällt auf: Gerade dort, wo es um die finanzielle Tragweite der Projekte geht, ist Parmelin häufig unpräzise – egal, ob es um neue Kampffjets oder Olympische Spiele geht. Das macht es den Gegnern leicht, seine Vorlagen zu zerpfücken.

Eine andere zentrale Figur im Team Parmelin ist Informationschef Urs Wiedmer, vormals Moderator beim Schweizer Fernsehen. Er gilt als der Berater mit dem grössten Einfluss, auch wenn er diesen gerne kleinredet. Zum engeren Kreis gehört weiter Militärberater Dominique Andrey. Mit anderen Worten: Zwei von drei wichtigen Gefolgsleuten, Falcone und Wiedmer, fehlt das Flair für militärische Belange und somit auch für eine kritische Beurteilung der aus den Bundesämtern gelieferten Geschäfte und Dossiers, wie Kritiker meinen. Und Parmelin selber galt vor seiner Wahl in den Bundesrat als Sozial- und nicht als Sicherheitspolitiker.

Das Olympia-Dossier ist jetzt aber doch noch unter Dach und Fach. Nun steht die zweite Runde zur Beschaffung neuer Kampffjets an. Damit ist Parmelin schon einmal gescheitert. In den letzten Tagen war er deshalb bei den Bundesräten Alain Berset (SP), Johann Schneider-Ammann (FDP) und Ueli Maurer (SVP) auf Goodwilltour. Noch im Oktober will er im Bundesrat einen neuen Anlauf nehmen. Er werde die vom Bundesrat verlangten Zusatzberichte beibringen, versprach er beim Hausbesuch den Kollegen. An seinen bisherigen Plänen von dreissig bis vierzig neuen Kampffjets, so der Tenor in Bern, wolle Parmelin kein Jota ändern. Jedenfalls bis jetzt nicht. ○

Bundeshaus

Cassis' Geschoss

Ist der neue FDP-Bundesrat ein Opportunist? Hintergründe der kuriosen Pro-Tell-Story.



Ignazio Cassis.

Der frisch gewählte FDP-Bundesrat und designierte Aussenminister Ignazio Cassis ist noch nicht im Amt, und schon gehen die Wogen hoch. Nicht nur in den Medien. Bern scheint nervös. Der Grund: Cassis war wenige Tage vor seiner Wahl der Vereinigung Pro Tell beigetreten, die für ein freiheitliches Waffenrecht einsteht. Am Montag dieser Woche gab er schon wieder

den Austritt aus der Organisation. Verschiedene Medien hatten seine Pro-Tell-Mitgliedschaft kritisiert. Brisanz erhielt die Geschichte durch den Umstand, dass Pro-Tell-Vertreter die Verschärfung des Schweizer Waffenrechts via Brüsseler Bande ablehnen und im Konfliktfall eine Konfrontation mit der EU in Kauf nähmen, bis hin zum Austritt aus dem Schengen-Vertrag.

Das Hin und Her wirft Fragen auf: Ist Cassis ein Opportunist? Wie kam es zu seiner Volte? Recherchen der *Weltwoche* zeigen: Noch am Sonntagabend, nachdem der *Sonntagsblick* die Geschichte weitergetrieben hatte, blieb Cassis gelassen. Die Lage änderte sich am Montag um 11.36 Uhr. Um diese Zeit ging ein anonymes Massenmail an die «lieben Waffenfreunde», Betreff: «Save BR/CF Ignazio Cassis» («Rettet Bundesrat Cassis»). Darin wurde um Unterstützung für Pro Tell und «unseren neuen Bundesrat» ersucht, der bereits im Feuer der Kritik stehe.

Von dieser E-Mail-Botschaft erfuhr auch die Bundeskanzlei, die Burkhalter-Nachfolger Cassis bis zu seiner Amtseinstellung unter ihre Fittiche genommen hat. Im Bundesrat sieht man es nämlich nicht gern, wenn gewählte, aber noch nicht aktive Mitglieder des Gremiums von aussen eine achte Stimme vernehmen lassen. Die Bundeskanzlei nahm am Montag eine Lagebeurteilung vor und riet Cassis, Abstand von seinen freiwilligen und unfreiwilligen Waffenfreunden zu nehmen. Wenn er sich nicht distanzieren werde, werde er instrumentalisiert und der Respekt vor den Institutionen leide, so die Bundeskanzlei.

Dieser Argumentation beugte sich Cassis. Am Montag, 17 Uhr, rief er den Pro-Tell-Geschäftsführer an, um seinen Austritt bekanntzugeben. Wer ihn kennt, der weiss: An den Werten einer liberalen Schweiz, die ihre Unabhängigkeit im Ernstfall mit Waffen verteidigt, hält er fest. *Philipp Gut*

WC-Deckel der EU steht über Schweizer Verfassung

Der Beamtenapparat der EU erlässt eine Unzahl von Regeln in allen nur denkbaren Bereichen. Laut Bundesgericht hat internationales Recht Vorrang vor der Schweizer Verfassung. Der Bundesrat will das verstärken. *Von Valentin Landmann und Doriano Strologo (Illustration)*

Die EU ist eine riesige Gesetzgebungsmaschine. Es ist eine praktisch reine Exekutivgesetzgebung. Das EU-Parlament hat keine Gesetzgebungskompetenzen. Die Gesetze, Verordnungen, Richtlinien et cetera entstehen im gewaltigen Beamtenapparat der Kommissionen. Neben den Kommissionen kann der Ministerrat mitreden. Dieser besteht jedoch ebenfalls aus Exekutivmitgliedern der EU-Regierungen.

Schon lange bemängeln EU-Staaten mangelnde Demokratie bei der EU-Gesetzgebung. Der Beamtenapparat der EU ist eine Blackbox, die praktisch unendlich Gesetze absondert.

Die EU kümmert sich um alles. Sie regelt zum Beispiel auch sanitäre Anlagen, insbesondere Toilettenschüsseln, Toilettensitze und Toilettendeckel. Es gibt neben den Konformitätsvorschriften für Bauprodukte auch EU-Kriterien für die umweltorientierte öffentliche Beschaffung von WCs und Urina-

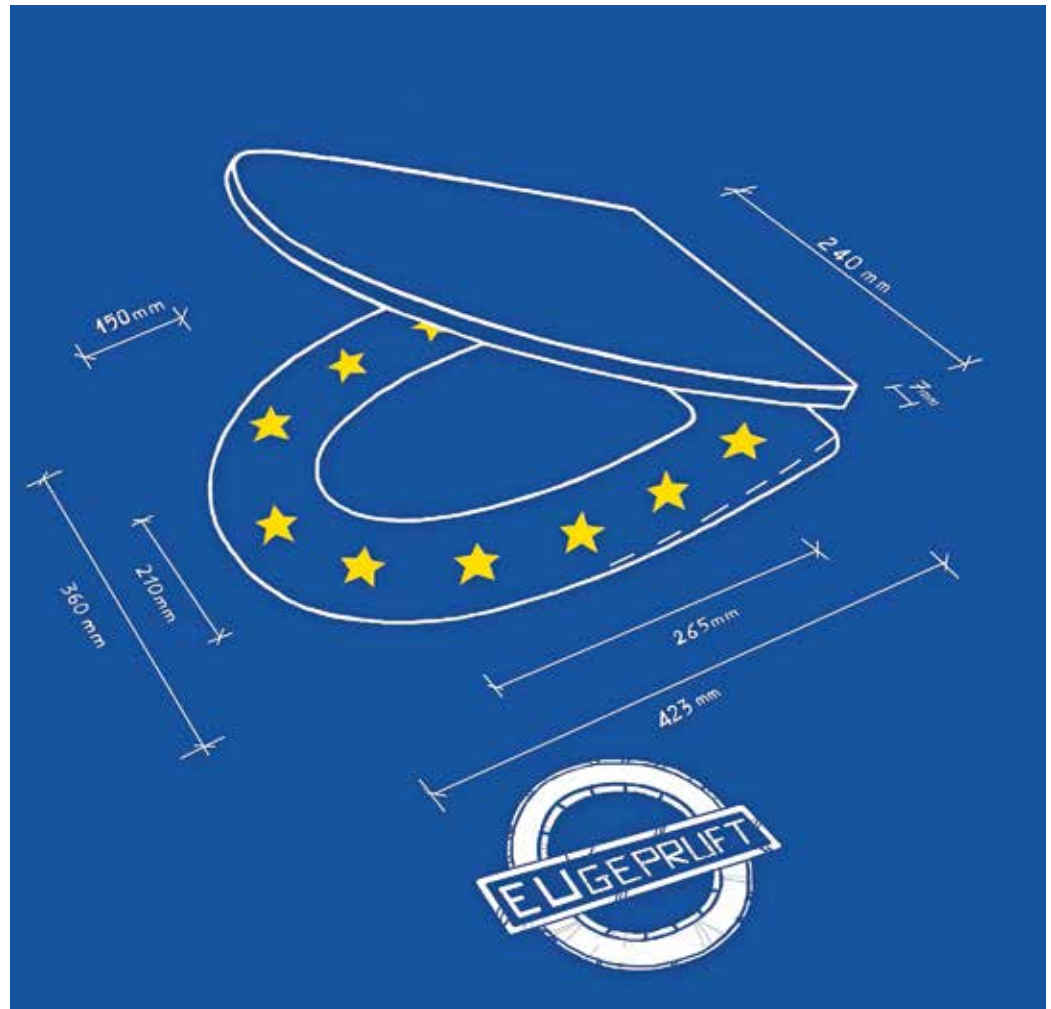
Wir mussten geeignete nichtbrasilianische Därme für unsere Nationalwurst finden.

len. Vorbildlich sind Definitionen wie etwa: «Diesbezüglich bezeichnet der Ausdruck <WC-Becken> einen Sanitärausstattungsgegenstand zur Aufnahme und zum Ausspülen von menschlichem Urin und menschlichen Fäkalien und zur Ableitung in eine Entwässerungsanlage.» Die Schweiz hat mit der EU ein Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen abgeschlossen (21. Juni 1999).

Wo der Laie recht hat

Die EU-Toilette ist für die Schweiz an sich kein Problem. Es sitzt sich bestens auf dem EU-Klo, und das Bewusstsein, auf einem konformen Klo zu sitzen, entspannt. Wussten Sie aber, dass die EU-Klo-Norm nach neuerer Rechtsprechung des Bundesgerichtes wie alle anderen Bestimmungen des EU-Rechts, denen wir uns angeschlossen haben, über der schweizerischen Verfassung steht?

So verhält es sich auch auf anderen Gebieten: Erinnern Sie sich noch an die Sache mit den Cervelat-Häuten? Ein EU-Beschluss verbot den Import von brasilianischem Fleisch in den



Fundamentale völkerrechtliche Grundsätze.

EU-Raum, und wir mussten geeignete nicht-brasilianische Därme für unsere Nationalwurst finden. Mit suboptimalen Wursthäuten können wir leben. Es gibt Schlimmeres. Hätten Sie aber geglaubt, dass das Importverbot für Rinderdärme, ebenfalls gemäss neuerer Rechtsprechung des Bundesgerichtes, über unserer Verfassung steht wie alle anderen EU-Vorschriften, etwa betreffend Steckbohnen, Roaming-Gebühren und so weiter, und auch – was besonders aktuell ist – das Freizügigkeitsabkommen?

Wie konnte es so weit kommen?

Der Begriff des Völkerrechts lässt sich sehr unterschiedlich definieren. Man kann ihn auf hehre Grundsätze wie fundamentale Menschenrechte beschränken, welche die Völkergemeinschaft steuern sollen. Natürlich gehören

diese hehren Grundsätze in die Verfassung oder in eine noch höherstehende Regelung. Aber man kann unter Völkerrecht auch viel mehr, zum Beispiel eben alles Völkervertragsrecht, subsumieren. Diesfalls gehören dazu alle zwischenstaatlichen Regelungen von Dingen, bei denen die Vertragspartner eine solche Regelung als nötig ansehen: Strompreise, Flughafenengebühren, Zustellung von Bussenverfügungen, Farbgebung von Autobahnschildern et cetera. Der Laie hat recht, wenn er findet, derlei gehöre nicht in die Verfassung und erst recht nicht auf eine noch höhere Stufe. Schliesslich muss man doch unterscheiden.

Lange Zeit wurde in der schweizerischen Lehre und Praxis nicht unterschieden. Es galt, dass nicht nur das gesamte Völkervertragsrecht, sondern sogar das Völkerrecht im Sinne der hehren

Grundsätze über einem normalen schweizerischen Gesetz, aber unter dem Verfassungsrecht steht. Dann entstand in der bundesgerichtlichen Rechtsprechung das, was man unter Fachleuten als «Schubert-Praxis» bezeichnet: Man ging davon aus, dass das Völkerrecht dem Gesetzesrecht grundsätzlich vorgeht. Ausnahmsweise, wenn die Bundesversammlung bewusst ein völkerrechtswidriges Gesetz erlassen hatte, so war dieses (spätere Gesetz) für das Bundesgericht massgebend. Fundamentale internationale Menschenrechtsgarantien gingen jedoch dem Bundesgesetz stets vor.

Damals war von Bundesgesetzen die Rede, aber noch kaum vom Vorrang des Völkerrechts vor dem Verfassungsrecht.

Bei völkerrechtswidrigem Verfassungsrecht, das aufgrund einer angenommenen Volksinitiative zustande kommt, galt und gilt

Es ist, als ob zwei Hälften einer Zange unsere direkte Demokratie zerquetschten.

eigentlich auch heute noch: Wenn die neue Verfassungsnorm keinen Weg zur völkerrechtskonformen Umsetzung im Gesetz offenlässt, so muss der völkerrechtliche Vertrag neu ausgehandelt beziehungsweise an das neue Verfassungsrecht angepasst werden. Oder die Schweiz muss den betreffenden Vertrag kündigen. Natürlich steht für Volk und Stände auch der Weg offen, die Verfassungsnorm wieder zu ändern.

Krasse Praxiswandlung

Im Oktober 2012 änderten drei Personen (die Mehrheit der Besetzung einer bundesgerichtlichen Kammer, hier die zweite staatsrechtliche Kammer) die Schweizer Verfassung: In einem grundlegenden Entscheid befand das Bundesgericht, dass jedes Völkervertragsrecht auch unserer Verfassung vorgehe. An sich kann ein Gericht die Verfassung nicht ändern. Das Problem war und ist, dass die Verfassung hier keine ausdrückliche Regelung enthält. Einerseits sieht sie vor, dass die Schweiz sich an völkerrechtliche Verträge hält, andererseits bestimmt sie, dass Verfassungsinitiativen nur dann unzulässig sind, wenn sie fundamentalen völkerrechtlichen Grundsätzen widersprechen. Sonst muss eben das Völkervertragsrecht angepasst werden.

Mit der Schubert-Praxis konnten wir vernünftig leben. Mit der neuen Praxis hingegen werden alle alten Grundsätze in den Papierkorb geworfen: Jetzt stehen plötzlich EU-WC- und EU-Urinal-Regelungen über der schweizerischen Verfassung, ebenso wie alle anderen Detailregelungen, denen wir uns angeschlossen haben. Die zweite staatsrechtliche Kammer des Bundesgerichts hat es nicht bei einem Entscheid bewenden lassen, sondern diese neue Extrempraxis mehrfach bestätigt, so gerade

auch für das Freizügigkeitsabkommen. Dieses steht über der schweizerischen Verfassung, auch wenn wir ausdrücklich und nachträglich eine Verfassungsbestimmung einführen, die bestimmte Regeln des Freizügigkeitsabkommens etwas einschränkt. (Der grundlegende Entscheid ist BGE 139 I 16. Für das Freizügigkeitsabkommen: BGE 142 II 35, ebenso 2C – 108/2016 vom 7. September 2016.)

Es ist erstaunlich, dass diese krasse Praxiswandlung erst kürzlich angesichts eines Entscheids des Obergerichts Zürich vom 22. August 2017 ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist. Der Entscheid hob, gestützt auf die bundesgerichtliche Praxis, die Landesverweisung gegenüber einem Deutschen auf, der wegen Angriffs verurteilt worden war. Der öffentliche Aufschrei war riesig, sogar parteiübergreifend.

Meines Wissens verleiht kein anderes Land der Welt dem Völkervertragsrecht einen derart umfassenden Vorrang gegenüber sogar der innerstaatlichen Verfassung wie die Schweiz nach dieser neuen Rechtsprechung.

Dazu kommt, dass das Schweizerische Bundesgericht die Verträge der Schweiz mit der EU grundsätzlich nach der Praxis des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) auslegt, obwohl wir diesen ausdrücklich nicht mit der Kompetenz zur Entscheidung in Streitfällen betrauen wollten. Der Europäische Gerichtshof hat nach seinen Statuten die Aufgabe, die Gemeinschaft zu stärken, also im Zweifel immer für die Gemeinschaft zu entscheiden. Das Bundesgericht weicht von der Rechtsprechung des EuGH nur ab, wenn «besonders schwerwiegende Gründe» das verlangen, also praktisch nie.

Besonders folgenreich wird diese neue Praxis, wenn man bedenkt, dass Bundesverwaltung und Bundesrat beabsichtigen, mit der EU ein umfassendes Rahmenabkommen zu schliessen, das die sogenannte dynamische Rechtsübernahme enthält. Neuerdings wird es als «Konsolidierungsabkommen» bezeichnet, da die automatische Rechtsübernahme allen kommenden EU-Rechts der Bevölkerung unheimlich zu werden beginnt. Der Inhalt ist aber grundsätzlich gleich.

Es ist, als ob zwei Hälften einer Zange unsere direkte Demokratie zerquetschten: Wirkt die Praxis des Bundesgerichtes über den totalen Vorrang des Völkervertragsrechts zusammen mit einer dynamischen, also automatischen Rechtsübernahme von der EU, so ist kein Widerspruch mehr möglich. Jede von der EU übernommene Regelung, und sei sie noch so sehr eine Detailregelung, steht dann über der schweizerischen Verfassung. Und die Bremse durch den Schutz der Rechte des Bürgers in der schweizerischen Verfassung fällt vollkommen weg.

Dies sehen nicht einmal EU-Länder vor: In Deutschland geht eine EU-Regelung ins deutsche Parlament. Erst dieses macht sie zum

Gesetz für Deutschland. Und der Parlamentsbeschluss ist mit der Verfassungsgerichtsbeschwerde anfechtbar.

Die uferlose Übernahme von EU-Regeln in Kombination mit der neuen bundesgerichtlichen Praxis des Vorrangs des Völkervertragsrechts hat ganz konkrete Auswirkungen und kann die Rechte der Bürger wesentlich verletzen. Ein Beispiel ist der EU-Haftbefehl. Er wird uns schmackhaft gemacht, weil er eine effizientere Auslieferung von «Schurken» ermöglicht. Aber was heisst es, wenn wir den EU-Haftbefehl dem Inlandhaftbefehl gleichstellen?

Wir müssten gemäss EU-Haftbefehl auch ausliefern, wenn

- das geltend gemachte Delikt in der Schweiz nicht strafbar ist,
- der Betreffende bereits in der Schweiz verurteilt und bestraft ist,
- der Betreffende ein sofortiges urkundliches Alibi liefern könnte,
- der Betreffende Schweizer ist.

Der Schutz der Verfassung für Bürger vor Auslieferung würde dann nicht mehr spielen.

Aufschrei und Widerspruch

Einziges Mittel gegen dieses verheerende Zusammenspiel ist die Selbstbestimmungsinitiative der SVP. Diese will eigentlich nur den Zustand, wie er vor 2012 in der bundesgerichtlichen Praxis bestand, wiederherstellen und in der Verfassung fixieren. Wesentliches, fundamentales Völkerrecht soll auch der schweizerischen Verfassung vorgehen, nicht jedoch jedes beliebige Völkervertragsrecht.

Es ist erstaunlich, wie viel Aufschrei und Widerspruch dieser Vorstoss erzeugt hat: Die Schweiz werde nicht mehr als Vertragspartner akzeptiert werden, man werde international isoliert werden, Minderheiten würden gettoisiert werden, die Schweiz würde alle Menschenrechte mit Füßen treten. Seltsam! Wenn wir uns an die Zeit vor 2012 erinnern, können wir sicher nicht feststellen, dass die Schweiz international isoliert war, die Minderheiten unterdrückt und die Menschenrechte geächtet wurden.

Und wer einmal einen Blick in die schweizerische Verfassung wirft, wird feststellen, dass speziell alle grundlegenden Menschenrechte in Kapitel 7 der Verfassung eingehend aufgeführt sind, so, wie man es besser wohl nicht machen kann. Wir haben die Verfassung revidiert und neu bestätigt. Wir sollten uns hüten, diese Verfassung praktisch zugunsten noch unbekannter internationaler Regeln in den Papierkorb zu werfen. Weder muss die EU-Kloschlüssel-Norm über der Verfassung stehen, noch müssen wir sämtliches Recht der EU übernehmen, ohne es anzuschauen.

Valentin Landmann ist Rechtsanwalt mit eigener Kanzlei in Zürich und Buchautor.

Fixerstübli im Bundeshaus

Das Nein zur Altersreform 2020 bescherte dem Bund ein unerwartetes Plus von 442 Millionen Franken. Der Spardruck ist dahin und das Gerangel um das kommende Budget in vollem Gange.

Von Peter Keller



Kürzung der Kürzung: FDP-Nationalrat Wasserfallen.

Nichts ist verführerischer in der Politik als ein paar hundert Millionen Franken, die scheinbar vom Himmel fallen. So ist es nun nach der Abstimmung zur Altersvorsorge 2020 geschehen. Als Folge der Ablehnung verbleibt ein Teil der Mehrwertsteuer, der eigentlich der AHV zukommen sollte, in der allgemeinen Bundeskasse. Konkret sind es 17 Prozent eines Mehrwertsteuerprozentes. Das tönt nach wenig, ergibt aber unter dem Strich ein Plus von 442 Millionen Franken – statt der zuvor im Budget 2018 vorgesehenen schwarzen Null.

Es ist, als würde man im Fixerstübli eine Runde Gratscherin offerieren. Da glänzen die Äuglein, und los geht das Gerangel. Der Bundesrat prescht vor. Er will dem Bahninfrastrukturfonds den Maximalbetrag zukommen lassen und dafür 295 Millionen Franken zusätzlich einschiessen. Der Rest ist für den Schuldenabbau vorgesehen. Er möchte, so der Bundesrat in schönstem PR-Deutsch, den Überschuss «zukunftsorientiert» einsetzen.

Dann bringt sich die nicht so auffällige, aber bestens vernetzte Bildungslobby ins Spiel. Sie bekämpft die vom Bundesrat vorgesehenen Kürzungen, wobei der Begriff irreführend ist: Das Finanzdepartement nimmt vor allem eine längst fällige Teuerungskorrektur vor. Im vergangenen Jahrzehnt wuchsen die jährlichen Ausgaben im Bereich Bildung und Forschung von 4,714 Milli-

arden (2006) auf 7,133 Milliarden Franken (2016). Ein Teil der Erhöhung war politisch gewollt, der Rest ein Geschenk der Finanzkrise: Seit 2008 ist die Teuerung viel tiefer ausgefallen, als die Finanzexperten des Bundes angenommen haben.

Bestens vernetzte Bildungslobby

Der Bildungsbereich (wie auch die Landwirtschaft oder die Entwicklungshilfe) bekam Teuerungszulagen, die ihm faktisch gar nicht zustanden. Während Jahren gingen die eidgenössischen Finanzhüter von einer Teuerung von einem Prozent und mehr aus, während die Preise (insbesondere wegen des tiefen Ölpreises) sogar ins Minus tendierten. Der Bildungsbereich profitierte massiv: 73 Millionen Franken (2013), 165 Millionen (2014), 218 Millionen (2015), 240 Millionen (2016).

Nun hat der Bundesrat für das kommende Jahr eine Korrektur vorgesehen, die diese Mitnahmen teilweise ausgleichen will. Der Widerstand formierte sich prompt. Netzwerk Future, eine mit Politikern und Vertretern der Hochschulen und Forschungseinrichtungen bestückte Lobbyorganisation, wehrt sich gegen die Kürzung von 187 Millionen Franken im Teuerungsbereich und legt eigene Vorschläge vor, die eine substanzielle Kürzung der Kürzung verlangen. Als Briefträger von Netzwerk Future fungierte der Präsident des «Politikerteams», FDP-Nationalrat Christian

Wasserfallen, der praktischerweise in der zuständigen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) sitzt, Leader seiner Delegation ist und den Verband der Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen Schweiz (FH Schweiz) präsidiert.

Netzwerk Future kann sich auf eine verlässliche Zahl politischer Kombattanten verlassen: Neben Christian Wasserfallen gehören dem «Politikerteam» der Lobbyorganisation noch dreizehn weitere Nationalrätinnen und Nationalräte an, die gleichzeitig Mitglieder der WBK sind: Jonas Fricker (Grüne), Rosmarie Quadranti (BDP), Kathy Riklin (CVP), Matthias Aebischer (SP), Christine Bulliard-Marbach (CVP), Fathi Derder (FDP), Christoph Eymann (FDP), Andrea Gmür (CVP), Maya Graf (Grüne), Géraldine Marchand-Balet (CVP), Martina Munz (SP), Felix Müri (SVP) und Mathias Reynard (SP). Das nennt man effizientes Networking: Die vierzehn Mitglieder stellen die Mehrheit der 25-köpfigen Kommission. Wasserfallen ist allerdings der Einzige dieser Gruppe, der seine Mitgliedschaft im Register der Interessenbindungen ordentlich auflistet.

Überschuss soll in die AHV

Zwar dürfte sich Finanzvorsteher Ueli Maurer langfristig freuen über das Nein der Schweizer Bevölkerung zur Reform der Altersvorsorge (sie hat strukturelle Mehrausgaben in Milliardenhöhe verhindert), doch für das kommende Budget macht ihm die Ablehnung zu schaffen: Das zusätzliche Plus von 442 Millionen nimmt den Druck von den Sparmassnahmen, die für einen schuldenbremsenkonformen Haushalt nötig sind. Es ist absehbar, dass die Linke den Sparbeitrag bei der internationalen Zusammenarbeit nicht hinnehmen wird. Dazu kommen neue Begehrlichkeiten: Bundesrat Johann Schneider-Ammann liebäugelt mit einem «Aktionsplan» zur Stärkung der digitalen Kompetenzen in Bildung und Forschung. Bei einem Plan allein soll es nicht bleiben, der Volkswirtschaftsminister möchte hierfür bis zu 200 Millionen Franken via WBK-Kommission eintreiben.

Keine Sparmassnahmen, dafür Mehrausgaben: Die Mehrheit der nationalrätlichen Finanzkommission hat bereits vorausgesehen, worauf das Gerangel um das Budget 2018 hinauslaufen wird. Sie will deshalb dem Fixerstübli namens Bundeshaus das Gratscherin gleich wieder entziehen. Die 442 Millionen Franken sollen dorthin fließen, wo sie auch die bürgerlichen Politiker haben wollen: in die AHV. ○

Schnüffeleien

Die Transparenz-Initiative will Licht in die angeblich düstere Schweizer Polit-Finanzierung bringen. Vereine und Privatleute sollen gezwungen werden, Einblick in ihre Finanzen zu geben. Das führt kaum zu mehr Demokratie, sicher aber zu mehr Bürokratie. *Von Alex Reichmuth*

In der Schweiz haben Parteien und Politiker keine Pflicht, Auskunft über ihre Geldgeber zu geben. Das will die Initiative «für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» ändern. Sie wurde letzte Woche mit fast 110 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Hinter dem Anliegen stehen die Parteien SP, Grüne, BDP und EVP sowie mehrere NGOs, etwa Transparency International.

Die Initiative verlangt, dass nationale Parteien ihre Erfolgsrechnung und ihre Bilanz offenlegen müssen. Die Parteien haben zudem die Pflicht, alle Spender zu nennen, die sie mit mehr als 10 000 Franken unterstützen. Weiter müssen Kandidaten für das nationale Parlament Einblick in ihre Finanzen geben und grosse Geldgeber nennen, sofern sie insgesamt über 100 000 Franken für ihren Wahlkampf ausgeben. Auch gibt es Offenlegungspflichten für Komitees und Kampagnen-Organisationen im Vorfeld von Abstimmungen. «Wir wollen, dass mit offenen Karten gespielt wird», forderte SP-Nationalrätin und Mitinitiantin Nadine Masshardt anlässlich der Einreichung der Initiative. «Den Nebel durchleuchten», titelte die linke *Wochezeitung*.

Glaubt man solchen Voten, ist die Schweiz ein Reich der Finsternis, in dem dunkle, finanziell potente Mächte den Volkswillen manipulieren und lenken. Auch mehrere ausländische Gremien sehen die Schweiz offenbar als Bananenrepublik: Die Staatengruppe des Europarats gegen Korruption (Greco) rügte das Land in den letzten Jahren mehrfach wegen angeblich fehlender Transparenz in der Polit-Finanzierung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeichnete das Bild der Schweiz als europäischer Dunkelkammer.

Milizsystem durch und durch

Das Anliegen scheint auf Sympathie zu stossen. Erste Umfragen melden hohe Zustimmungsraten. Wer gegen die Initiative argumentiert, muss sich rechtfertigen, warum er angeblich «etwas gegen Transparenz hat». In der Tat ist die Partei- und Polit-Finanzierung in der Schweiz liberaler geregelt als im übrigen Europa. Allerdings unterscheidet sich auch das hiesige System markant, prägt doch der Milizgedanke die Schweizer Politik durch und durch: Im Parlament sitzen nicht Berufspolitiker, die vom Staat besoldet sind, sondern Interessenvertreter mit Verbindungen zu Wirtschaft und Verbänden. In der Schweiz kann die Stimmbere-

völkerung zudem mittels Initiative und Referendum jederzeit in den Gesetzgebungsprozess eingreifen – im Gegensatz zu anderen Ländern, wo das Volk alle paar Jahre seine Vertreter wählt, sonst aber keine Kontrolle hat. Die direkte Demokratie stabilisiert den Kurs des Landes: Das Volk pflegt weltfremde Konzepte frühzeitig zu stoppen und zeigt eine starke Tendenz zum Vernünftigen und Machbaren. Im Ausland staunt man, dass die Schweizer Stimmberechtigten sogar über Steuervorlagen entscheiden, die sie selber betreffen – und das erst noch verantwortungsvoll.

Die Vorstellung, in der Schweiz könne man das Stimm- und Wahlvolk «kaufen», ist abwegig. Denn hat ein Kandidat für ein politisches Amt zwar viel Geld, aber wenig Glaubwürdigkeit, fällt er durch. Überzeugt eine Sachvorlage inhaltlich nicht, geht eine Abstimmung verloren, auch wenn die Mittel ungleich verteilt sind. So resultierte im Februar ein Nein zur Unternehmenssteuerreform III, obwohl die Befürworter viele Millionen Franken für ihre Kampagne aufgewendet hatten. Umgekehrt gelingt es immer wieder Einzelgängern, politisch Einfluss zu nehmen: Der Bergbauer Armin Capaul brachte die Unterschriften für seine Hornkuh-Initiative auch ohne viel Geld zusammen. Und der Kleinunternehmer Thomas Minder ging mit seiner Abzocker-Initiative gar als

Sieger vom Platz, obwohl er im Abstimmungskampf die ganze Wirtschaft samt ihren teuren Kampagnen gegen sich hatte.

Flut von Fragen

Es bleibt unklar, warum eine Regelung der Parteien- und Politikerfinanzierung in der Schweiz zu einer «besseren» Demokratie führen soll. Ein beträchtliches Plus an Bürokratie wäre bei einem Ja zur Transparenz-Initiative hingegen so gut wie sicher. Der Verfassungstext ist zwar rund formuliert. Doch seine Umsetzung würde zu einer Flut schwer beantwortbarer Fragen führen: Welche Geldzahlungen erfolgen, um damit einen Wahlkampf zu finanzieren, und welche aus anderen Gründen? Welche Aufwendungen von Vereinen und Verbänden sind Teil einer Abstimmungskampagne und welche Teil sonstiger Öffentlichkeitsarbeit? Und wie kann verhindert werden, dass Geldgeber ihre Zuwendungen über mehrere Mittelsmänner tätigen, um die Offenlegungslimite von 10 000 Franken zu unterlaufen?

Das Parlament würde in einen mühsamen Gesetzgebungsprozess verwickelt. Am Ende sähen sich Private mit Schnüffeleien des Staates in ihren Finanzangelegenheiten konfrontiert. Freuen könnten sich nur die Juristen: Sie bekämen jede Menge Futter, um sich zu streiten – gegen Bezahlung fetter Honorare. ○



Freuen könnten sich nur die Juristen: Initianten vor dem Bundeshaus in Bern.

Schweiz durch die rote Brille

Mit Millionen an Steuer- und Gebührengeldern soll der internationale Service der SRG das ausländische Publikum über die Schweiz informieren. Tatsächlich betreibt *Swissinfo* eher politisch gefärbte Desinformation. Von Florian Schwab

Gemessen am Budget, ist *Swissinfo.ch* eine der wichtigsten Nachrichtenseiten der Schweiz im Internet. Die jährlichen Aufwände betragen 18,6 Millionen Franken (2016), unter anderem für 85 Vollzeitstellen. Der Bund subventioniert das Unternehmen mit knapp 50 Prozent des Jahresbudgets. Dafür verpflichtet sich *Swissinfo* in einer Leistungsvereinbarung der Förderung «der Präsenz der Schweiz und des Verständnisses für deren Anliegen im Ausland». Insbesondere soll die Plattform den Auslandschweizern «eine freie Meinungsbildung im Hinblick auf die Ausübung ihrer politischen Rechte in der Schweiz» ermöglichen.

Tendenziöser Faktencheck

Wer als unkundiger Ausländer die Website besucht, dem vergeht allerdings rasch die Freude an der Schweiz. Zu den wichtigsten Artikeln in der letzten Woche gehört ein Beitrag, in dem *Swissinfo* vor der grassierenden Gewalt von Schweizer Eltern gegen ihre Kinder warnt: «Eines von fünf Kindern in der Schweiz leidet unter schweren Körperstrafen durch seine Eltern.» In einem anderen Artikel wird die Homophobie thematisiert: Der Zugang zu Samenspender-Datenbanken sei für heterosexuelle Eltern reserviert. Daher «wenden sich LGBTTIQ-Personen [Homosexuelle und andere sexuelle Minderheiten, Anm. d. Red.] immer häufiger an Fruchtbarkeits-Kliniken in anderen europäischen Ländern». Immerhin werde die Schweiz ihren «Rückstand schon bald aufholen».

Düster sieht es laut *Swissinfo* für die Schweizer Medien aus. Den Kauf der Zehnder-Medien durch Christoph Blocher kommentierte der Kanal alarmiert: «Zusammen mit seiner *Basler Zeitung* und der *Weltwoche*, die seine isolationistische Vision der Schweiz teilt», habe «Blocher nun die Millionenschwelle punkto Leserzahlen überschritten». Vor einem Jahr, als Bundesrat Ueli Maurer (SVP) beim internationalen Medienangebot der SRG den Rotstift ansetzen wollte, kommentierte dies *Swissinfo*-Direktor Peter Schibli gegenüber der spanischen Zeitung *El País* mit den Worten: «Für diese Politiker hat eine weltoffene Schweiz keine Priorität, weil es Nationalisten sind.»

Selbst mit seinem Kernauftrag, der politischen Information der Auslandschweizer, nimmt es *Swissinfo* in puncto Überparteilichkeit nicht so genau. Anlässlich der Nationalratsdebatte zur Volksinitiative «No Billag»

fertigte *Swissinfo* einen sogenannten Faktencheck an, in dem Argumente der Gegner und der Befürworter überprüft wurden. Die geäußerten Argumente wurden strikt an den Positionen der SRG gemessen. Die *NZZ* brandmarkte in einem Interview mit dem neuen SRG-Generaldirektor Gilles Marchand diesen «Faktencheck» als «tendenziös». Marchand widersprach nicht. Auch das eher SRG-freundliche Medienportal *Medienwoche* kommentierte, hier habe es *Swissinfo* an «Fingerspitzengefühl» fehlen lassen.

Noch problematischer als die teilweise politisch gefärbten Berichte in den Schweizer Amtssprachen sind die *Swissinfo*-Angebote in Fremdsprachen wie Englisch, Spanisch und Arabisch. Hier hat *Swissinfo* nämlich so gut wie ein Monopol auf Schweizer Onlinenachrichten. Journalisten bei internationalen Zeitungen oder Autoren für Onlinequellen wie Wikipedia greifen häufig auf das internationale SRG-Angebot als einzige verfügbare Quelle in der jeweiligen Sprache zurück. Die Folgen davon liessen sich jüngst beim Bergsturz von Bondo beobachten. Während *Swissinfo* hier im deutschsprachigen Angebot ausgewogen berichtete und beispielsweise den Bündner Kantonsgeologen zu Wort kommen liess, der einen Zusammenhang mit dem Klimawandel eher bezweifelte, wurde

dieser Beitrag den Lesern in englischsprachigen Medien vorenthalten und dafür die Version verbreitet, der Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und dem Bergsturz gelte bei Schweizer Behörden als ausgemachte Tatsache.

Sprachlich ähnlich abgestuft war auch die Analyse der Abstimmungsergebnisse zur Reform der Altersvorsorge 2020. Während *Swissinfo* hier im deutschsprachigen Angebot relativ neutral berichtete, konnten spanischsprachige Leser leicht den (im Interesse der politischen Linken begründeten) Eindruck gewinnen, es sei dem Schweizer Souverän hauptsächlich um ein Nein zur Erhöhung des Frauenrentenalters gegangen.

Sperspitze sozialistischer Bewegungen

Viele Beiträge auf *Swissinfo* befassen sich mit der Aktualität in Lateinamerika, wo die Plattform sich häufig als Sperspitze sozialistischer Bewegungen gibt. Jüngst verglich *Swissinfo* Argentinien unter dem demokratisch gewählten Präsidenten Mauricio Macri mit einer Militärdiktatur. Und der Genfer Professor Jean-Pierre Gontard, der nach Erkenntnissen der *Weltwoche* als Geldkurier für die marxistische Farc-Guerilla fungierte, darf ohne jeden Hinweis auf seine problematische Rolle die Geschehnisse in Kolumbien kom-



«Sachgerecht und ausgewogen»: Chefredaktorin Bieler, Direktor Schibli.

mentieren. Anlässlich des Todestags von Che Guevara veranstaltete der spanischsprachige Kanal von *Swissinfo* vor zwei Wochen regelrechte Che-Guevara-Festspiele. Immer wieder kommen linke Geisteswissenschaftler zu Wort, die die Schweiz als Unterstützerin rechter Diktatoren in der lateinamerikanischen Geschichte karikieren oder sich gar zur Behauptung versteigen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sei immer ein «Instrument schweizerischer Interessen»

Anlässlich des Todestags von Che Guevara veranstaltete der spanische Kanal regelrechte Guevara-Festspiele.

gewesen. In den letzten Jahren hat sich das spanische Angebot von *Swissinfo* besonders in die internationalen Tätigkeiten von Schweizer Rohstoffhändlern verbissen.

Auf Anfrage der *Weltwoche* äussert sich die *Swissinfo*-Spitze, bestehend aus Chefredaktorin Larissa Bieler und Direktor Peter Schibli, wie folgt: Der Kanal habe «nicht die Aufgabe, die Schweiz publizistisch zu bewerben». Wie «alle Unternehmenseinheiten der SRG» berichte man «sachgerecht und ausgewogen über die Schweizer Politik, das System der direkten Demokratie, den Förderalismus, Wirtschaft sowie Wissen und Technik, Gesellschaft und Kultur in der Schweiz». Auch beim umstrittenen Faktencheck zur Volksinitiative «No Billag» seien «die Qualitätskriterien eingehalten» worden. Der überschwängliche Artikel über Che Guevara sei nur auf Spanisch erschienen, weil «in dieser Community ein spezifisches Interesse am Todestag Che Guevaras bestand». ○



Politik

Parteilos ist nicht problemlos

In vielen Behörden steigt der Anteil der Parteilosen stark an. Dies vor allem in Exekutiven von kleineren und mittleren Gemeinden. Was viele bejubeln, hat aber handfeste Nachteile. Von Karl Spühler

In manchen Zürcher Gemeinden, aber auch in Kommunen anderer Kantone finden sich bis zur Hälfte, bisweilen sogar mehr Parteilose in den Behörden. Sie obsiegen bei Wahlen nicht selten gegen von den Parteien vorgeschlagene und unterstützte Kandidaten, die ebenso ausgewiesen oder gar noch qualifizierter sind. Offenbar ist der Wahlkörper mancherorts der Ansicht, Parteilose seien bei ihrer Behördentätigkeit unabhängiger und mehr sachbezogen als Mitglieder einer politischen Partei.

Austausch und Sachwissen

Es gibt triftige Gründe, die gegen Parteilose sprechen. Zuerst das Argument der Sachlichkeit. Diese hängt weitgehend mit dem Sachwissen zusammen. Ein parteiloses Behördenmitglied mag dieses kraft seiner Ausbildung und seines Berufes haben. Aber kennt es auch die politischen Gesamtzusammenhänge? Wo holt es diese Kenntnisse? Bedarf es nicht der Unterstützung und Hilfe? Trifft es die nötigen Wertungen ganz allein? Oder lässt es sich von beliebigen Dritten beraten und verletzt dabei allenfalls das Amtsgeheimnis?

Ein Parteiloser ist zwar formell unabhängig, steht jedoch bei der Meinungsbildung im leeren Raum. Ganz im Gegensatz zum Behördenmitglied, das nicht parteilos ist. Ein solches handelt zwar auch weitgehend selbständig, sein Sachwissen hat es aber zum schönen Teil aufgrund der Tätigkeit in einer politischen Partei, aus deren Veranstaltungen, Vorträgen, Beratungen, Versammlungen, Grundsatzpapieren. Zu seiner Meinungsbildung

Oft ist die Weltanschauung bei einer wilden Kandidatur nicht hinreichend bekannt.

kann das Parteimitglied zudem Auskünfte bei Spezialisten seiner Partei einholen. All dies erhöht die gewünschte Qualität der Behördentätigkeit.

Alsdann ist das Element der Verantwortlichkeit zu bedenken. Wem ist der Parteilose verantwortlich? Er kann sich für die nächste Wahlperiode wieder selbst portieren. Er ist

keiner Partei verantwortlich und daher auch nicht so demokratisch verankert. Das Parteimitglied entscheidet als Behördenmitglied regelmässig nach den Grundsätzen, nach welchen sich die Partei dem Wahlkörper gegenüber zur Verantwortung stellt.

Das bedeutet nicht etwa Kadavergehorsam. Es bedeutet vielmehr, was man etwas altertümlich Treu und Glauben nennt. Dieses Element ist einem Parteilosen weit fremder. Anzuführen ist weiter das Argument der Stabilität. Das gilt prioritär für das Finanzwesen, die bauliche Entwicklung und die Transparenz des behördlichen Handelns. Ein Parteiloser kann nach seiner Behördentätigkeit einfach verschwinden (vorbehaltlich der Verantwortlichkeitsansprüche und strafrechtlicher Konsequenzen), dies im Gegensatz zu einem Behördenmitglied, das einer Partei



Karl Spühler.

weiterhin angehört und ihr Rechenschaft schuldig bleibt.

Schliesslich kann man auch mit der Weltanschauung argumentieren. Entscheidend ist, dass wir eine freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie sind. Diese Ordnung ist auf Gemeindeebene besonders stark ausgebildet. Naturgemäss ist ein einer Partei angehöriges Behördenmitglied besser als ein isoliertes einzelnes Behördenmitglied in das freiheitlich-demokratische Geschehen integriert. Denn innerhalb der Parteien finden ständig Diskussionen und die Beschlussfassung von Abstimmungsparolen statt.

Weltanschauung offenlegen

Dazu gehört auch, dass die Wahlberechtigten ein legitimes Interesse haben, zu wissen, was für eine Weltanschauung eine Kandidatin oder ein Kandidat hat. Neben persönlichen Momenten wie Verwandtschaft oder Freundschaft dürfte die Weltanschauung das stärkste Element der Entscheidung bei der Wahl in eine Behörde sein. Nur ausnahmsweise ist die Weltanschauung bei einer sogenannten wilden Kandidatur hinreichend bekannt.

Karl Spühler ist emeritierter Professor der Universität Zürich und ehemaliger Bundesrichter. Er ist seit Jahrzehnten Mitglied der SVP.

Bergbauer gegen Papiertiger

Teure Zertifikate, endloser Papierkram: Viele Schweizer Gondelbahnen stehen vor dem Aus. Ueli Schmitter aus Nidwalden will das verhindern. Fast tausend Verbündete unterstützen sein Anliegen.

Von Alex Reichmuth
und Herbert Zimmermann (Bild)



«Jeder ist bedroht, sobald er sanieren muss»: Ueli Schmitter in seiner Gondel oberhalb von Wolfenschiessen NW.

Ueli Schmitter ist gerade von einer Reise nach Österreich zurück. Was der Betreiber einer kleinen Seilbahn dort gehört hat, macht ihn wütend. «Schreiben Sie ruhig: «Ich schäme mich für die Schweiz.»» Schmitter hat erfahren, dass in Österreich die Existenz der kleinen Seilbahnen gesichert ist – ganz anders als bei uns. Denn solche Anlagen, die höchstens acht Personen je Fahrtrichtung befördern, würden dort gesetzlich nicht wie grosse Seilbahnen behandelt, sondern als sogenannte Seilmaschinen. Damit sei für ihren Betrieb weit weniger Bürokratie nötig als bei grossen Seilbahnen. «Die EU-Staaten handhaben das alle so», konstatiert Schmitter, «nur die Schweiz nicht.»

Vor zehn Jahren musste die Schweiz die Seilbahngesetze der EU übernehmen. Bundesbern hat aber, anders als andere Staaten, alle Anlagen in den gleichen Topf geworfen – von der kleinen Holzgondel bis zur grossen Drehkabine. «Und ich glaubte bislang, die EU sei schuld an unserer Misere», sagt Schmitter. Dabei seien es Schweiz Politiker gewesen, die die Kleinseilbahnen schlicht vergessen hätten.

Schnell und ökologisch

Ueli Schmitter ist keiner, der sich schnell entrustet. Er strahlt eine Ruhe und Zufriedenheit aus, die typisch ist für Bergbewohner. Doch wenn es um Seilbahnen geht, ist er um deutliche Worte nicht verlegen. Denn Seilbahnen sind seine Passion.

Schmitter ist Bauer auf Brändlen, einer stotzigen Alp oberhalb von Wolfenschiessen im Kanton Nidwalden. Hier wurde er geboren, hier ist er aufgewachsen, und hier lebt und arbeitet er zusammen mit Frau und Kindern. Es gibt keine Strasse, die zum Hof hinaufführt. Nur eine Seilbahn, die mit zwei Vierergondeln zu den Kleinsten ihrer Art gehört. Mit ihr gelangen Ueli Schmitter und seine Familie ins Tal – um einzukaufen, um zur Schule zu gehen, um sonstige Besorgungen zu machen. Mir den Gondeln werden sogar Tiere transportiert. Auch mancher Wanderer und Gleitschirmflieger benutzt sie.

Die Luftseilbahn ist nicht nur der Lebensnerv von Schmitters Existenz. Der Bergbauer interessiert sich auch brennend für die Technik dieses Transportmittels. Er verbringt viel Zeit mit Tüfteln und Schrauben. Schmitter will seine Bahn im Schuss halten. «Eine gutgepflegte Seilbahn muss weniger schnell saniert werden», sagt er.

Seilbahnen sind ein ideales Transportmittel. Ihr Bau ist mit weitaus weniger Aufwand und Kosten verbunden als der Bau von Bergstrassen. Sie befördern Menschen und Material schnell und auf ökologische Art. Sie funktionieren selbst dann einwandfrei, wenn es meterhoch geschneit hat. In der Schweiz haben Kleinseilbahnen eine lange und grosse Tradition. In keinem anderen Alpenland gibt es so

viele von ihnen. Insbesondere in den Kantonen Nidwalden, Uri und Tessin wurden im letzten Jahrhundert zahlreiche Gehöfte mit Seilbahnen statt mit Strassen erschlossen.

Heute sind in der Schweiz noch über 200 Kleinseilbahnen in Betrieb – zum Vorteil von Bauern, aber auch von Wanderern und Ausflüglern. Doch die Zahl ist schon deutlich gesunken. Im Kanton Nidwalden etwa gab es einst 40 Anlagen. Jetzt sind noch 24 in Betrieb. Und in den nächsten Jahren könnten noch viel mehr Kleinseilbahnen verschwinden. Nicht weil man sie nicht mehr braucht, sondern weil die Bahnen kaputtreguliert werden.

«Wird eine Kleinseilbahn saniert, müssen die Betreiber rasch mehrere zehntausend Franken für Sicherheitsnachweise aufwenden», rechnet Ueli Schmitter vor. Professionelle Prüfer bekämen dann jeweils den Auftrag, seitenweise Berichte zu schreiben. Seit das neue Seilbahngesetz 2007 in Kraft getreten ist, seien viel umfangreichere Nachweise als früher notwendig. Die Kosten dafür brächten viele Betreiber in Not. «Dieses Geld fliesst wohlverstanden nicht in die Sicherheit der Anlage, sondern nur in den Nachweis», betont Schmitter. Er schätzt, dass der Papierkram mittlerweile ein Drittel des Aufwands bei Sanierungen ausmacht.

«Keine Abstriche bei der Sicherheit»

Schmitter will nicht falsch verstanden werden: «Die Sicherheit der Gondeln hat oberste Priorität, da gibt es keine Abstriche.» Bei kleinen Seilbahnen Sorge solide und bewährte Technik dafür, dass die Passagiere keine Gefahren fürchten müssten. Zeigten sich Mängel, würden die Betreiber rasch für Abhilfe sorgen – schon aus Eigeninteresse: Sie seien ja oft selber die intensivsten Nutzer ihrer Anlagen.

Bei den Behörden habe aber ein Denken Einzug gehalten, das den tatsächlichen Gefahren nicht gerecht werde, beklagt Schmitter. So

Seilbahnen funktionieren selbst dann einwandfrei, wenn es meterhoch geschneit hat.

würden die Behörden etwa verbieten, dass Passagiere die Gondeln selber steuern und verriegeln können – so, wie es bei vielen Kleinseilbahnen noch der Fall ist. Kabinen dürften sich während der Fahrt nicht öffnen lassen, laute das Argument. «Das ist doch Unsinn», sagt Schmitter. Wanderer etwa seien auch selber dafür verantwortlich, dass sie in den Bergen nicht abstürzten – ebenso Autolenker, dass sie nicht während der Fahrt rausspringen.

Die Schreibtischtäter ortet der Bergbauer insbesondere beim Interkantonalen Konkordat für Seilbahnen und Skilifte (IKSS). Die Institution ist in fast allen Kantonen mit der Kontrolle von Anlagen beauftragt. Das IKSS falle

durch einen «falschen Eifer» und willkürliche Entscheidungen auf, sagt Ueli Schmitter. Damit gefährde das Gremium die Existenz zahlreicher Seilbahnen.

Gefährlicher Investitionsstopp

Gilles Déléze, Präsident des IKSS, weist die Vorwürfe zurück. Die Kontrollstelle nehme ihre Aufgabe angemessen und gemäss den geltenden Gesetzen wahr. Man strebe immer einvernehmliche Lösungen mit den Seilbahnbetreibern an. In manchen Fällen aber gelinge das leider nicht. Déléze bestreitet nicht, dass die Bürokratie für den Betrieb von Gondeln zugenommen hat. Das IKSS arbeite darum derzeit ein neues Reglement aus, das gewisse Vereinfachungen für Kleinseilbahnen bringen soll. Er warnt aber vor zu hohen Erwartungen seitens der Betreiber. Denn an der Existenznot vieler Kleinseilbahnen seien nicht bürokratische Hürden schuld. Der Grund sei vielmehr deren hohes Alter: «Um alte Anlagen in Betrieb zu halten, ist nun einmal ein grösserer Aufwand nötig. Das ist wie bei Oldtimern auf der Strasse.»

Ueli Schmitter überzeugen solche Argumente nicht. Der behördliche Übereifer sei potenziell für jeden Kleinanlagenbetreiber ein Problem: «Jeder ist bedroht, sobald er sanieren muss.» Deshalb verwundere es nicht, dass in den letzten zehn Jahren in Nidwalden keine einzige Kleinseilbahn mehr erneuert worden sei. Inzwischen bekämen Betreiber, selbst wenn sie sanierungswillig seien, auch kaum mehr Offerten von Seilbahnproduzenten. «Sobald diese erfahren, dass das IKSS bei einer Erneuerung mitredet, ziehen sie sich wegen der finanziellen Unsicherheiten zurück», so Schmitter. Wenn aber nicht mehr investiert werde, gebe es bald keine Kleinseilbahnen mehr.

Um auf die Notsituation aufmerksam zu machen, hat Schmitter im letzten Juni zusammen mit Gleichgesinnten den Gönnerverein Freunde der Kleinseilbahnen gegründet. Inzwischen sind dem Verein 900 Privatpersonen und Firmen beigetreten. Die Sympathisanten kommen aus allen Regionen der Schweiz, ja sogar aus dem Ausland. Schmitter ist überrascht: «Dass wir so kurz nach der Gründung schon fast tausend Mitglieder haben, hätte ich nie erwartet.» Das Wohlwollen, das kleine Seilbahnen bei vielen Leuten geniessen, ist eine Chance für Ueli Schmitter und andere Gondelbetreiber. Dank öffentlichem Druck könnte es gelingen, die Bürokraten zurückzudrängen.

Doch noch ist es nicht so weit. Ueli Schmitter hat Sorgen: In nicht allzu ferner Zukunft muss er bei seiner eigenen Seilbahn wohl die Steuerung ersetzen, ein zentrales Teil. Dann steht eine Gesamterneuerung der Anlage an. Er könnte in die Bredouille kommen. Denn ob Schmitter all die Nachweise und Zertifikate bezahlen kann, die dann fällig werden, steht in den Sternen. ○



Funktionierende Tradition: Bundesgericht, Lausanne.

Moral zum Nulltarif

Der Europarat fürchtet um die Unabhängigkeit der Schweizer Richter und fordert die Abschaffung der Mandatssteuern. Die Parteien wollen davon nichts hören. Auch die linken nicht, die Strassburg sonst immer zujubeln. Von Katharina Fontana

Mit Staatsverträgen ist es so eine Sache. Welche Konsequenzen sie genau haben, erfährt man mitunter erst im Nachhinein. Exemplarisch zeigt sich dies bei der Europaratskonvention gegen Korruption. Durch den Beitritt zum Staatsvertrag wurde die Schweiz 2006 Mitglied der Staatengruppe gegen Korruption (Greco) und wird seither regelmässig einem Länderexamen unterzogen. Dass sie diesen Examen je einmal nicht genügen könnte, davon war vor dem Beitritt zur Konvention nie die Rede. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament gingen wie selbstverständlich davon aus, dass die Schweiz die Standards der Korruptionsbekämpfung problemlos erfüllen würde.

Wenig später folgte dann die Ernüchterung. 2011 kam die Greco zum Schluss, dass die Schweiz im Bereich der Parteienfinanzierung erhebliche Defizite aufweise und unbedingt Transparenz schaffen müsse. Innenpolitisch sorgte die unerwartete Ermahnung

aus Strassburg für Protest bei den bürgerlichen Parteien und für helle Freude bei den Linken, die durch die Greco-Kritik Aufwind für ihre Forderung nach einer staatlichen Parteienfinanzierung spürten. 2014 beschloss dann der Bundesrat in einer seltenen Anwendung von Widerstandsgeist, am gelten-

Nun haben sich die Korruptionsbekämpfer eines neuen Themas angenommen.

den System festzuhalten und die Situation auszusitzen. Seither wird die Schweiz von der Antikorruptionsbehörde regelmässig gerügt und ein ums andere Mal eindringlich zum Handeln aufgefordert. Hoffnungen setzt die Greco nun in die jüngst eingereichte Transparenzinitiative, die die Parteien zur Offenlegung ihrer Finanzen zwingen will und die hauptsächlich von links-grünen Kreisen un-

terstützt wird. Ob das Anliegen an der Urne angenommen wird, muss sich allerdings erst noch weisen.

Einzigartiges System

Nun haben sich die Korruptionsbekämpfer eines neuen Themas angenommen. Und auch hier könnte es erneut zu Problemen kommen. So richtete die Greco in ihrem letzten Evaluationsbericht den Blick unter anderem auf die Korruptionsprävention in der Justiz, genauer: in den eidgenössischen Gerichten. Und dabei stiess sie auf so einiges, was ihr recht eigentümlich vorkam. Dazu muss man wissen, dass die Schweiz ein Justizsystem besitzt, das in Europa in vielerlei Hinsicht einzigartig ist. Während es in anderen Ländern unvorstellbar wäre, dass Richter einer Partei angehören oder sich der Wiederwahl durch eine politische Behörde stellen müssen, ist gerade das in der Schweiz Tradition: Die Sitze am Bundesgericht, am Bundesstrafgericht

und am Bundesverwaltungsgericht werden nach Parteienproporz besetzt, und die Richter werden alle sechs Jahre durch die Vereinigte Bundesversammlung wiedergewählt. Zudem haben sie – mehr oder weniger freiwillig – ihrer Partei einen Teil des Lohns abzuliefern.

Es kostete die Schweizer Seite einige Mühe, die Greco davon zu überzeugen, dass das hiesige Wahlsystem zwar singuläre Züge hat, aber gut funktioniert – was sich auch daran zeigt, dass bis anhin noch kein Richter aus politischen Gründen nicht wiedergewählt wurde. Dennoch hält die Antikorruptionsbehörde die Verbindung zwischen Richtern und Politik für zu eng, ortet einen subtilen Druck auf die Justiz und legt der Schweiz mehrere Änderungen nahe. So schlägt sie etwa vor, dass sich die Bundesrichter künftig keiner Wiederwahl mehr stellen müssen. Während die meisten Anregungen eher unverbindlich tönen, wird die Greco in einem Punkt allerdings sehr deutlich: bei den Mandatssteuern. Diese stünden in einem klaren Widerspruch zur Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter. Die Schweiz müsse diese Praxis unbedingt aufgeben, verlangt die Behörde kategorisch.

Die Mandatssteuern sind auch hierzulande umstritten und werden vielfach als Ämterkauf kritisiert. Für die Parteien allerdings

sind die Beiträge der Richter höchst willkommen, wobei unterschiedlich zugegriffen wird. Bei der CVP werden die Bundesrichter eingeladen, einen Beitrag im Umfang von rund 2000 bis 6000 Franken pro Jahr an ihre Partei zu leisten. Die Abgabe sei aber freiwillig, teilt die CVP mit. Auch bei der FDP setzt man auf Freiwilligkeit, dort will man sich zur

Die Antikorruptionsbehörde hält die hiesige Verbindung zwischen Richtern und Politik für zu eng.

Höhe der Beiträge, die üblicherweise entrichtet werden, indes nicht äussern. Bundesrichter der SVP haben 2 Prozent des Gehalts – der Jahreslohn liegt bei knapp 360 000 Franken – abzuliefern. Doppelt so teuer wird es für die Sozialdemokraten: Sie müssen eine Abgabe von 4 Prozent leisten, während es bei den Grünen zwischen 3 und 6 Prozent des Nettolohns sind. Am stärksten zur Kasse gebeten werden die Grünliberalen: 8 Prozent haben sie im ersten Amtsjahr an die Partei abzuführen, anschliessend sinkt der Beitrag auf 4 Prozent.

Erklärungsnotstand der Linken

Für die Forderung der Greco, bei den Richtern auf die Mandatssteuern zu verzichten,

hat man bei den Parteien kein Gehör, wie entsprechende Anfragen zeigen. Dass CVP, FDP und SVP keine Veranlassung sehen, auf den Aufruf zu reagieren, überrascht nicht. Die bürgerlichen Parteien pflegen den Europarat nicht zu überhöhen und seine Anliegen nüchtern zu betrachten. In einem gewissen Erklärungsnotstand ist man dagegen bei der SP und bei den Grünen, die jeweils nichts auf die Strassburger Institution, die «Hüterin der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit», kommen lassen. Bei den Mandatssteuern ist das nun plötzlich anders. Die Verteilung der Richtersitze nach Parteienproporz sei in der Schweiz bewährte Praxis, dazu gehörten auch Abgaben, sagt SP-Mediensprecher Michael Sorg. Ein Abhängigkeitsverhältnis, wie es die Greco postuliere, entstehe dadurch nicht. Bei den Grünen scheint man im Abkassieren bei den Richtern eher ein Problem zu sehen. Die Mandatssteuern stellten aber einen erheblichen Beitrag an die Finanzierung und damit an die Unabhängigkeit der Partei dar, betont Generalsekretärin Regula Tschanz. Dass die SP und die Grünen so argumentieren, ist durchaus nachvollziehbar. Es zeigt aber auch: Wenn es ums Geld geht, hat das Verständnis der Linken für die Forderungen des Europarats schnell einmal ein Ende. Moralisiert wird nur, wenn es einen nichts kostet. ○

Das Radio mit Herz

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein breiter Musik-Mix täglich bei Radio Central. Jetzt Reinhören!

Digitalradio
DAB+



RadioCentral

www.radiocentral.ch

Zweifel unerwünscht

Mein Sohn wagte es im Gymnasium, die Theorie vom menschengemachten Klimawandel anzuzweifeln. Es folgten Krisensitzungen und Elterngespräche. Die heutige Schule verwechselt Bildung mit Erziehung und, ja, Indoktrination. *Von Alain Pichard*

Une éducation publique deviendrait contraire à l'indépendance des opinions.

Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet (1743–1794)

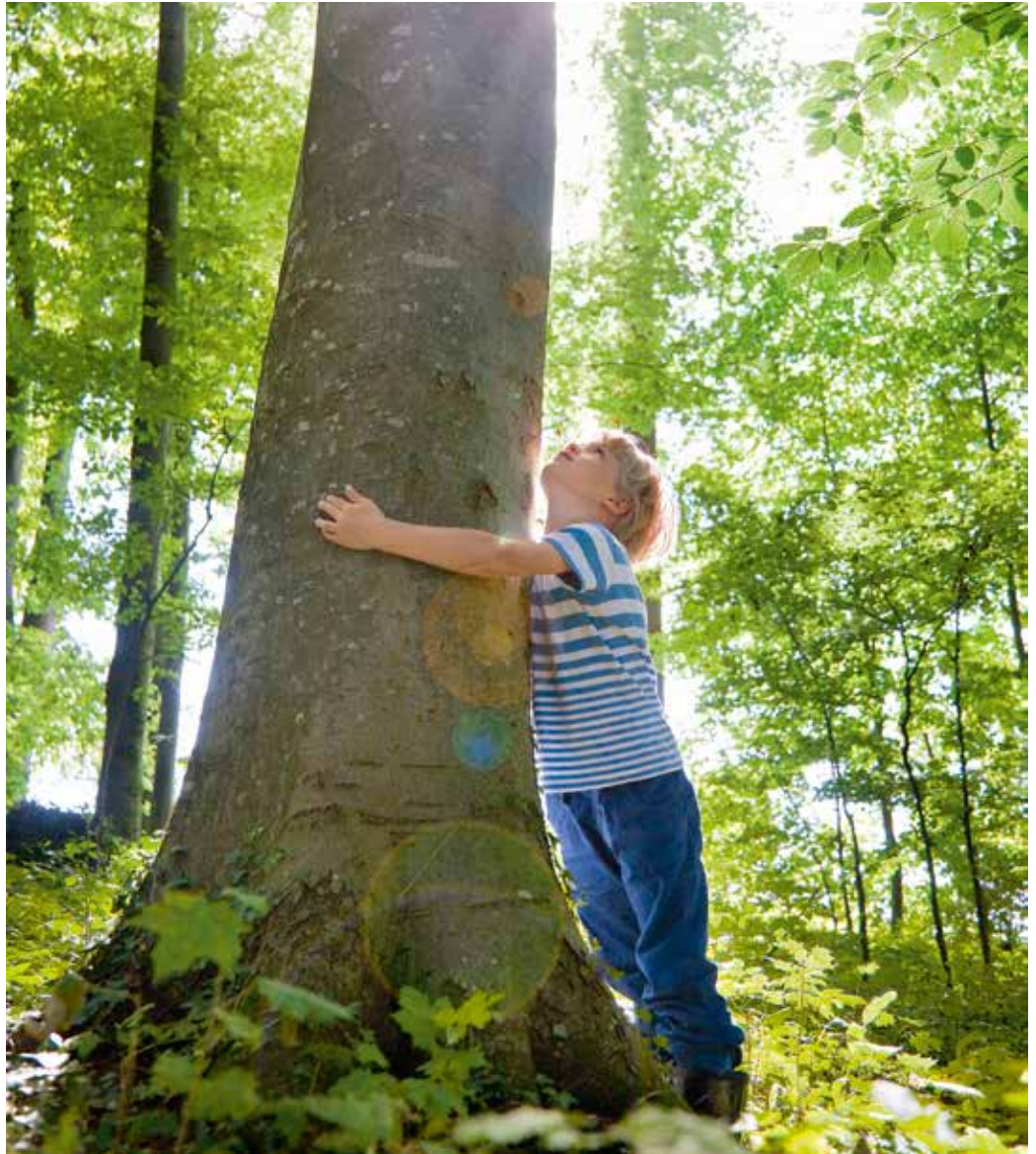
Es war an einem Maitag vor vier Jahren. Mein sechzehnjähriger Sohn kam wieder einmal wütend aus dem Unterricht des Gymnasiums Biel-Seeland nach Hause. Sein Geografielehrer gab der PAM-Klasse (PAM steht für Physik und Anwendungen der Mathematik) eine Lerneinheit zur drohenden Klimakatastrophe. Mein Sohn erklärte seinem Lehrer, dass die Temperaturen in den letzten fünfzehn Jahren nicht mehr gestiegen seien, und dies, obwohl der CO₂-Ausstoss in diesem Zeitraum um 75 Prozent zugenommen habe.

«Und heute», schnaubte er missmutig, «habe ich ihm die Forschungsergebnisse der Nasa als Beweis mitgebracht, worauf der Lehrer meinte, vielleicht stagniere das Klima ein bisschen...»

Die Renitenz meines Sohnes in Sachen «Klimaunterricht» kommt nicht von ungefähr. In der fünften Klasse musste er den Film von Al Gore «Eine unbequeme Wahrheit» über sich ergehen lassen, zusammen mit sechzehn Klassenkameraden, alle zwischen zehn und zwölf Jahre alt. Pikant: Nur drei von ihnen brachten Deutsch als Muttersprache mit. Während die vielen Migrantenkinder deshalb kaum etwas verstanden, fragte er mich zu Hause immerhin, was CO₂ sei.

Ich hiess ihn, ein kleines Feuer im Garten vorzubereiten. Wir wogen die zu verbrennende Holzmasse, zündeten das Feuer an, fingen den einen Teil des Rauchs auf einer Glasplatte ab und wogen anschliessend die Asche. «Das ist jetzt alles in der Luft?», erkannte er. Mein Sohn wurde so mit der Zeit ein Klimaskeptiker, und das mit dreizehn Jahren. Er vernetzte sich mit anderen Kritikern und konfrontierte seine verutzten Eltern immer wieder mit den neusten Erkenntnissen der kritischen Klimaforschung.

An jenem Maitag war der inzwischen gestandene Gymnasiast allerdings bereits in der Lage, anständige Texte zu schreiben. Deshalb beschloss er, selber Initiator einer Schülerzeitung, in die Stapfen seines Vaters zu treten, und schrieb seinen ersten Artikel für eine richtige Zeitung. Er entschied sich für die *Weltwoche*, in welcher auch Henryk M. Broder, sein Vorbild, Kolumnist ist. In seinem Artikel war unter anderem zu lesen: «Ich merke, wie dieser



Bäume umarmen und zu ihnen flüstern.

Ökounterricht ohne wissenschaftlichen Background immer mehr das Gegenteil dessen bewirkt, was er eigentlich will.»

«Ein Ort kritischen Denkens»

Die Reaktion im Gymnasium war furchterregend. Es folgte eine mehrstündige Lehrerkonferenz, in der die Wogen hochgingen. Der Direktor der Schule rief mich noch am selben Abend persönlich an und meinte: «Jetzt wird es gefährlich!»

Wir Eltern erhielten eine Vorladung und mussten bei der Schulleitung mit unserem sechzehnjährigen Sünden antreten.

Meine Frau hatte den klugen Gedanken, sich schnell noch die Leitideen der Institution

auszudrücken, wo es unter dem Punkt «Kritikfähigkeit» heisst: «Unsere Schule ist ein Ort kritischen Denkens. Die Schülerinnen und Schüler lernen, Argumente abzuwägen, unterschiedliche Positionen einzunehmen und Selbstverständliches zu hinterfragen. Die Lehrenden sind Vorbilder in dieser Haltung.»

Damit war das Thema erledigt. Man ermahnte meinen Sohn lediglich noch, das Gespräch zu suchen und nicht einfach an die Presse zu gehen. Und ja, natürlich, die *Weltwoche*, das sei ja wirklich nicht eine Zeitung für ihn.

Nicht nur mein jüngster Sohn, sondern auch unsere beiden anderen Zöglinge durften die Segnungen dieses neuzeitlichen Umwelt-

unterrichts genießen. So musste sein älterer Bruder im Naturkundeunterricht der vierten Klasse im Wald Bäume umarmen und zu ihnen flüstern.

Ausserdem erhielt ich von einer Lehrerin auch noch einen mahnenden Brief, fortan das Pausenbrot nicht mehr in Alufolie zu verpacken. Diese «Schandtat» ist mir übrigens tatsächlich passiert. Mir war am Morgen die Plastikfolie ausgegangen.

Der Älteste durfte zu angeblichen Zitaten aus der «Weissagung der Cree» Bilder malen: «Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.»

Immerhin, unser zweiter Sohn hatte als Einziger der drei Burschen eine besondere Erfahrung in seinem Grundstufen-Naturkundeunterricht gemacht. Er hatte eine männliche Lehrperson und durfte bei dieser – auch das ein pädagogisches Alleinstellungsmerkmal – so etwas wie einen Stromkreis basteln.

Ich muss hier einschieben, dass der Schreiber dieser Ereignisse (wie übrigens heute auch sein Sohn) keineswegs der Meinung ist, dass es keinen Klimawandel gibt. Für mich als Biologielehrer, der sich durchaus auch Sorgen um die Umwelt macht, der auch wahrnimmt, dass sich unser Klima verändert, stehen angesichts dieser Entwicklung aber ganz andere Werte zur Diskussion. Dabei geht es um Wissenschaftlichkeit, um Zweifel, um Forschungsgeist, vor allem aber geht es um Bildung.

Letzthin geriet mir wieder einmal die BNE-Charta in die Hände. BNE heisst «Bildung für Nachhaltige Entwicklung». Mitunterzeichnet wurde sie von einem gewissen Beat Zemp, Präsident des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz. Herr Zemp und die anderen Unterstützer machen sich Sorgen um die Umwelt. Vor allem der Wachstumszwang unseres auf Ausbeutung der Umwelt beruhenden Wirtschaftssystems ist Herrn Zemp ein Dorn im Auge. Das gilt natürlich nicht für das Wachstum der Löhne, die der Lehrerverband zurzeit wieder tüchtig anmahnt.

Viele Mitglieder von Thinktanks diverser Umweltverbände drängen in den florierenden Bildungsmarkt. Deshalb steht in dieser Charta auch: «Zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung ist es von zentraler Bedeutung, BNE im Lehrplan 21 entsprechend zu berücksichtigen.»

Über den Begriff der Nachhaltigkeit kann man allerdings auch füglich streiten. So schrieb der Autor Dirk Maxeiner: «Es mag eine kosmische Kränkung sein, aber das Leben ist nicht nachhaltig. Natur ist Anarchie, Revolution, Chaos, Katastrophe. Natur ist ständige Veränderung und Anpassung an neue Umstände, ihr Erfolgssprinzip heisst Evolution, also permanente Veränderung. [...] Hätte sich

die Natur vor ein paar Millionen Jahren entschieden, nachhaltig zu sein, dann dominierten heute noch die Dinosaurier auf unserem Planeten.»

Manchmal lohnt sich ein Blick über die Grenzen. In Frankreich wie auch in der Romandie unterscheidet man zwischen *instruction* und *éducation*, also zwischen Bildung und Erziehung. Diese Haltung geht auf den Aufklärer und liberalen Denker Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet (1743–1794) zurück, der schon vor über 200 Jahren mahnend schrieb: «*L'école doit se borner à l'instruction* (Die Schule soll sich auf die Bildung beschränken).»

Erziehung ziele auf das Ganze, auf den Menschen als solchen; *l'instruction*, also der Unterricht, sei progressiv, gehe von Element zu Element, erziehe natürlich dadurch, aber nicht den Menschen als Ganzes («*parce qu'une éducation publique deviendrait contraire à l'indépendance des opinions*»). Durch den Unterricht soll der Schüler befähigt werden, sich zu



entwickeln und autonome Entscheidungen zu fällen.

Die Absicht, mit Unterricht zu indoktrinieren, lehnte Condorcet, ein Revolutionär der ersten Stunde, ab. Man sollte diesen famosen libertären Geist auch an den pädagogischen Hochschulen des deutschsprachigen Raums einmal hervorheben und ihn mit den angehenden Lehrkräften diskutieren.

Der Marquis de Condorcet hat im französischen Sprachraum denselben Rang wie Pestalozzi oder Humboldt bei uns. Seine unbeugsame Haltung gegen die Tyrannei des Denkens und gegen die Indoktrinierung brachte ihn auch in Opposition zu den wilden Revolutionären um Robespierre und kostete ihn schliesslich das Leben.

Heute würde er sagen: «Gesinnung zu erzeugen, ist keine Aufgabe einer öffentlichen Schule und darf deshalb auch kein Lehrplanziel sein. Wird die Bekundung des guten Willens zudem noch als Kompetenz gehandelt, als prüfbar und messbar Kompetenz bewertet, dann enden wir bei einem Erziehungsbegriff mit totalitärem Anspruch.»

Pikant: In der Westschweiz ist die Kompetenzorientierung im Lehrplan bei weitem nicht so dominant enthalten wie in seiner deutschen Variante. Beim Durchforsten der Homepage von Education 21, einem Ableger der Agenda 21, kann einem hingegen der kalte Schauer den Rücken hinunterlaufen. Derart offensichtlich ist hier der Versuch, kleine Kinder mit ideologiebehafteter Weltrettungsprosa in Naturmenschen zu verwandeln.

Umkehr der pädagogischen Werte

Und was noch schlimmer ist: Auf der Strecke bleiben in der Regel Naturexpeditionen, Morgenspaziergänge, Vogel- und Wiesenblumenbestimmung, physikalische Experimente, Neugier und Forschergeist. Meine Söhne haben in der Unterstufe nie eine Blumenwiese betreten, keine Pflanzen bestimmt, keine Tiere im Klassenzimmer gehalten. Sie wurden mit Arbeitsblättern und Dok-Filmen bombardiert, mit Unterricht, der keine offene Lösungsstrategie zulässt, weil er mit massiven Glaubenssätzen behaftet ist.

Es ist eine Perversion von Unterricht, die sich da abspielt, eine Umkehr aller pädagogischen Werte. Und es ist zutiefst antiwissenschaftlich, denn die Wissenschaft ist immer der letzte Stand des Irrtums, Zweifeln und Kritik sind Pflicht. Deprimierend ist auch, wenn man sieht, dass es offensichtlich Geld gibt, um die vielen lehrenden Menschen aus dem realen Unterricht wegzulocken, damit sie solche Lernprogramme in die Welt setzen und mit einem aktiven Lobbying deren Implantierung in den Unterricht vorantreiben, während die Praxis unter einem chronischen Geldmangel leidet.

Ein Trost dabei ist die Erfahrung, dass solche scholastischen Unterrichtsmethoden sich in der Regel als wirkungslos erweisen. Je älter die Kinder werden, desto mehr wehren sie sich gegen Bevormundung und Indoktrinierung. Heute studiert mein ältester Sohn in London am Imperial College Electrical and Electronic Engineering und ist glücklich. Zu einem meiner Geburtstage schenkten mir die Söhne eine Kiste Bier mit einer Karte: «Erst wenn die letzte Ölplattform stillgelegt und die letzte Tankstelle dichtgemacht hat, wirst du merken, dass man bei Greenpeace kein Bier kaufen kann.»

Alain Pichard ist Lehrer und Gemeindepolitiker (GLP) in Biel.



Wo liegt die Schweiz? Staatssekretär Jakob Kellenberger, Bundesräte Jean-Pascal Delamuraz und René Felber (v. l.), 20. Mai 1992.

Sie hatten falsche Zahlen auf ihrer Seite

Bundesrichter und Oberrichter stellen die Personenfreizügigkeit mit der EU über die Bundesverfassung. Wie sich eine eingeschüchterte Schweiz 1998 grosse Probleme einhandelte.

Von Christoph Mörgeli

Niemand in der Schweiz wollte ursprünglich den freien Personenverkehr mit der EU. Weder der Bundesrat noch das Parlament, weder die Wirtschaftsverbände noch die Gewerkschaften. Das Volk stimmte der Personenfreizügigkeit anno 2000 zwar zu, erteilte ihr aber nach einigen Jahren Erfahrung am 9. Februar 2014 eine Abfuhr. Doch Brüssel verhandelte 1994 bis 1998 in einer Position der Stärke, während die Schweizer Unterhändler fortwährend nachgaben. Denn sie drängten mit allen Fasern in die EU. Auch die Landesregierung bekräftigte 1993 den Beitritt als strategisches Ziel; neben der SP beschlossen dasselbe auch die FDP und die CVP. Detaillierteste Einblicke in die seinerzeitige Verhandlungsführung bietet der frühere Staatssekretär Jakob Kellenberger in seinem 2014 erschienenen Buch «Wo liegt die Schweiz? Gedanken zum Verhältnis CH–EU».

Um das Ergebnis der sieben Abkommen zu beurteilen, welche die sogenannten Bilateralen I ausmachen, müssen wir ins Jahr 1992 zurückblicken. Im Vorfeld der Jahrhundertabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) kam es nicht nur zu Spannungen im Bundesrat, sondern auch innerhalb der Schweizer Verhandlungsdelegation. Da sich Kellenberger mit den Bundesräten René Felber und Jean-Pascal Delamuraz besser verstand als sein Chef Franz Blankart, setzte er sich durch. Der Appenzeller war und ist ein glühender Anhänger der EU als «Friedens-, Sicherheits- und Wertegemein-

schaft». Er befürwortete den Vollbeitritt der Schweiz und beurteilte den EWR wegen der fehlenden Mitbestimmungsrechte als unbefriedigend. Dank Kellenberger stand in der bundesrätlichen Botschaft, dass der EWR lediglich als Vorstufe zum EU-Beitritt taugen könne. Als die Landesregierung im Mai 1992 das Beitritts-gesuch in Brüssel einreichte, war dies abstimmungstaktisch möglicherweise ungeschickt, aber immerhin ehrlich.

Als Bittsteller in Brüssel

Jakob Kellenberger distanziert sich deutlich von den damals üblichen Drohungen vor den verheerenden wirtschaftlichen Folgen eines EWR-Neins, die ja dann prompt nicht eintrafen: «Nach vier Jahren hatten Wirtschaftsverbände ihre liebe Mühe mit konkreten Beispielen für solche Nachteile.» Als falsch erwies sich auch das zweite «Angstargument», die EU sei nicht mehr zu bilateralen Verhandlungen bereit. Doch nach geschlagener Schlacht mochten die Verlierer des 6. Dezembers 1992 kaum einige Wochen zuwarten. Sie rutschten als Bittsteller gewissermassen auf den Knien nach Brüssel. Der Bundesrat musste seinem Volk beweisen, dass er sich um rasche Milderung der vorausgesagten Nachteile bemühte. Dabei erwies sich sein überhastetes Begehren als psychologisch ungünstig. Die Verhandlungen zu den Bilateralen I begannen nach zweijähriger Vorbereitungszeit Ende 1994 unter der Leitung von Staatssekretär Kellenberger gemäss EU-

Mandat auf fünf Gebieten, nämlich Personenverkehr, Agrarhandel, Forschung, technische Handelshemmnisse und öffentliches Auftragswesen. Erst etwas später folgten die beiden Dossiers über den Land- und den Luftverkehr. Der politische Abschluss der Verhandlungsrunden konnte in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember 1998 in Wien gefeiert werden. Ob es für die Schweiz wirklich etwas zu feiern gab, darf in der Rückschau bezweifelt werden.

Auf Schweizer Seite setzte die Wirtschaft die Verhandlungsprioritäten. Die Zusammensetzung des Verhandlungsmenus bestimmte Brüssel aber ganz massgeblich mit. Es ging um gegenseitige Marktzugangserleichterungen, wobei die Grössen der damit erschlossenen Märkte sehr unterschiedlich erschienen und die Schweiz in die Defensive drängten. Was die von der EU speziell forcierte Personenfreizügigkeit betraf, sollten die Zahlen bald zeigen, dass deren Vorteil für die Schweiz in keinem Verhältnis zu jenem der EU stand. Neben der Personenfreizügigkeit verlangte die EU auch Liberalisierungen im Landverkehr und in der Landwirtschaft. Das Ja des Schweizer Souveräns zur Alpeninitiative erregte 1994 bei den EU-Unterhändlern höchstes Misstrauen gegenüber der direkten Demokratie – sie befürchteten, die hiesige Bevölkerung könnte später missliebige Verträge wie die Personenfreizügigkeit per Volksabstimmung aus dem Vertragsbündel aussondern. Darum setzte die EU die «Guillotineklausel» durch, die hierzulande

mittlerweile als Ärgernis, ja als Skandal beurteilt wird: Kündigt eine Vertragspartei ein Abkommen, treten alle sieben Abkommen sechs Monate nach Kündigung ausser Kraft.

Zu Recht betont Kellenberger, dass eine Verhandlung nur zum Erfolg führt, wenn sie scheitern darf. Doch die Bilateralen I durften im Klima einer wirtschaftlichen Depression und eines ausgeprägten EWR-Katzenjammers unter keinen Umständen scheitern. Der Bundesrat gewährte der EU beim Personenverkehr deutliche qualitative Verbesserungen bis hin zur fast völligen Inländergleichbehandlung. Unter keinen Umständen wollte man bei der Arbeitslosen-

Die Regierung opferte sogar die Weinbezeichnung der Waadtländer Gemeinde Champagne.

versicherung die Verhandlungen «ausgerechnet an einer sozialen Frage scheitern lassen». Die Landesregierung war auch zu weitgehenden Zugeständnissen im Landwirtschaftsabkommen bereit und opferte sogar die Weinbezeichnung der kleinen Waadtländer Gemeinde Champagne. Man ermöglichte Unterhändler Kellenberger nicht einmal, den Schweizer Trumpf beim Landverkehr mit den Begehren beim Flugverkehr zu verknüpfen. Zudem wurde ausserhalb des bilateralen Pakets auf Wunsch der EU ein Amtshilfeabkommen abgeschlossen – und zwar ohne die geringste Gegenforderung.

Panikartige Konzessionsbereitschaft

Ende 1997 befürchteten Politik und Wirtschaft in der Schweiz ein Scheitern und forderten panikartig noch mehr Konzessionsbereitschaft. Unser Land verzichtete auf die 40-Tonnen-Limite und erreichte mit 325 Franken pro Lastwagen bei weitem keinen kostendeckenden Transitpreis. In der schriftlichen Wegleitung zur Abstimmung wurden den Bürgerinnen und Bürgern bei der Personenfreizügigkeit «geringe Wanderungsbewegungen» prophezeit: «Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste des Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet.»

Mit solchen Falschaussagen gingen die Befürworter am 21. Mai 2000 mit 67 Prozent Ja-Stimmen ins Ziel. Über solch fahrlässige oder gar vorsätzliche offizielle Täuschungsmanöver vernehmen wir von Staatssekretär Kellenberger keine Silbe. Umso mehr ärgert ihn das seinerzeitige Abstimmungsplakat der Gegner: Es zeigte ein EU-Krokodil, das die Schweiz verschlingt. Zu einer solch drastischen Bildsprache mussten die Befürworter mit ihren Apfelbäumchen nicht greifen. Sie hatten die falschen Zahlen auf ihrer Seite.

Jakob Kellenberger: Wo liegt die Schweiz? Gedanken zum Verhältnis CH–EU. NZZ Libro. 256 S., Fr. 41.90

Nachruf



Schillernde Karriere: Unternehmer Kipp.

Karl-Heinz Kipp (1924–2017) — «Die Geschichte stimmt», sagte Karl-Heinz Kipp. Es ist die Legende von den 500 Flaschen Wein, die er 1948 als mittelloser gelernter Speditionskaufmann aufgetrieben hatte, um die Namensrechte am inaktiven Trachtenhandel Massa zu erwerben. Der Deal lancierte eine der schillerndsten Karrieren der deutschen Nachkriegsgeschichte. Unter der Regie von Kipps junger Frau Hanni wurden im Städtchen Alzey in Rheinland-Pfalz fortan Trachten, Kittelschürzen und Unterwäsche genäht. Die Artikel, mit denen der Chef selbst über Land fuhr, fanden reissenden Absatz. Es folgte der Einstieg in die Textilproduktion, 1965 stellte Kipp in Alzey unter dem Namen Massa den ersten Verbrauchermarkt auf die grüne Wiese. Hauptattraktion waren neben Textilien eine Frischfleischtheke – und Kampfpfeife, mit denen Kipp die Konkurrenz schockte.

Bald wurden in den Massa-Märkten neben Lebensmitteln und Textilien auch Elektronik, Möbel, Gartenbedarf, Bauzubehör, Mofas, Mopeds, Autos, Reisen und gar Häuser verkauft. 1986 brachte Kipp den Milliardenkonzern mit 30 Supermärkten an die Börse. Ein Jahr später verkaufte er auch sein letztes Paket von 30 Prozent für 1,2 Milliarden Mark an den Handelsmulti Metro. Wenig später zog die Familie in die Schweiz. Dort besaßen die Kipps bereits das Arosler Fünfsternehotel «Tschuggen». Vier Luxushäuser kamen dazu. Insgesamt investierte Kipp eine halbe Milliarde Franken in seine Schweizer Hotels. *Forbes* schätzte sein Vermögen zuletzt auf sechs Milliarden Dollar.

Nach seinem Rückzug in die Schweiz gab Kipp keine Interviews mehr. In der Traumwohnung auf dem Dach seines Hotels «Eden Roc» in Ascona, wo er die letzten Jahre lebte, verriet er aber doch einmal die wahren Hintergründe zum Ausgang jener denkwürdigen ausserordentlichen Generalversammlung vom 22. November 1994 im Zürcher Hallenstadion. Damals brachte die Schweizerische Bankgesellschaft (SBG) mit der hauchdünnen Mehrheit von 70 000 Stimmen ihren Antrag auf eine Einheitsaktie durch. Der Angriff von Martin Ebner, der zuvor im grossen Stil SBG-Aktien erworben hatte, war gerade noch abgewehrt worden.

Kipp besass damals 1,45 Millionen SBG-Namenaktien im Wert von rund einer halben Milliarde Franken. Damit war er vermutlich der grösste Einzelaktionär der Bank. Im Rahmen eines Termingeschäfts verkaufte er das Paket auf Mitte des folgenden Jahres an die SBG, blieb aber stimmberechtigt – und stellte sich auf die Seite der Konzernleitung. Ohne Kipp sähe die Schweizer Bankenwelt heute anders aus.

Er habe das Paket loswerden wollen und es sowohl der SBG wie auch Ebner angeboten, sagte Kipp. In einem einzigen Punkt habe er sich mit Ebner nicht einigen können. Und der sei «stur geblieben wie ein Panzer». Ebners fataler Irrtum war es gemäss Kipp, zu glauben, es würde ihm trotzdem reichen. Karl-Heinz Kipp starb am Mittwoch letzter Woche in Ascona in den Armen seiner Hanni, mit der er 69 Jahre lang verheiratet war. *Karl Wild*

DAS SCHWEIZER ALL-BRANCHEN PORTAL

Auf www.stellen-anzeiger.ch publizieren und von attraktiven Konditionen profitieren.

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.stellen-anzeiger.ch

 **STELLEN-ANZEIGER**
Das Schweizer-Jobportal

Yakin Bros.

Sie waren zwei der begabtesten Fussballer des Landes. Nun arbeiten sie als Trainer zusammen. Murat, 43, und Hakan Yakin, 40, haben GC über Nacht neues Leben eingehaucht.

Von Thomas Renggli

Niederhasli – im Norden von Zürich: ein Paradies für Flugzeugbeobachter. Ein Airbus A380 der Emirates Airlines pflügt sich durch die Wolken. Es wirkt, als würde der Koloss in der Luft stehen. Ein paar hundert Höhenmeter weiter unten liegt der GC-Campus. Das Trainingsgelände des Grasshopper Club ist das modernste des Landes. Und dennoch liegt es quasi auf der Rückseite der Sportwelt. Die 27 Meistertitel und 19 Cupsiege des Prestigeklubs verblassen vor der Gegenwart im sportlichen Halbdunkel. Seit vierzehn Jahren ist GC im nationalen Championat ohne Titel.

Glanz und Gloria

Und trotzdem ist seit dem 25. August 2017 vieles anders – und nicht nur der Grossraumflieger am Horizont eine Verbindung zu höheren Sphären. Am 25. August wurde Murat Yakin als neuer Trainer vorgestellt. Murat Yakin. Der 43-jährige Basler mit türkischen Wurzeln war als Spieler ein Stratege und Regisseur. Aus dem defensiven Zentrum orchestrierte er seine Mitspieler. «Er dachte schon als Spieler wie ein Trainer», sagen seine Freunde. Yakin war immer mehr als nur ein Ballverteiler. Glanz und Gloria säumen seinen Weg, seine Entourage ist fast grösser als das Kader eines Super-League-Klubs – und ein unerschütterliches Selbstvertrauen umweht ihn: «Ich denke keine Sekunde ans Verlieren. Die einfachen Dinge überlasse ich den anderen.» Mathias Walther, der Sportchef der Grasshoppers, bezeichnet die Verpflichtung Yakins als «Befreiung für den ganzen Klub». Denn allein durch seine Präsenz nehme der Trainer viel Druck von Mannschaft und staff: «Praktisch von einem Moment auf den anderen waren alle Augen auf Yakin gerichtet.»

Für Murat Yakin war der Stellenantritt im Grasshopper Club auch die Rückkehr zu den eigenen Wurzeln. Hier hatte er 1992 seine Karriere als Profi lanciert. Obwohl er später für den VfB Stuttgart, Fenerbahce Istanbul, Basel und Kaiserslautern spielte, ist GC immer ein wichtiger Orientierungspunkt geblieben: «Ich war eigentlich nie ganz weg. In meiner Karriere schlossen sich immer wieder Kreise.» Yakin begann sowohl als Spieler als auch als Trainer bei Concordia Basel. Bei GC arbeitete er unter Hanspeter Latour als Assistenztrainer und dann als Chef der U21.

Yakin wirkt gelöst. Nach dem Morgentraining hat er eben im Restaurant des GC-Campus zu Mittag gegessen. Das Interview gibt er



«Ich bin der Chef»: Murat Yakin (l.), 43, mit Bruder Hakan, 40.

im schlichten Eingangsbereich des Administrationsgebäudes auf einem silbernen Gartenstuhl. Seine Spieler, die auf dem Weg zur Garderobe vorbeigehen, grüssen freundlich.

Bei GC ist die gute Laune zurück. Mit dem Klubmanagement war eigentlich ein Doppelinterview mit Murat und seinem Bruder und Assistenten Hakan abgemacht. Doch hier zieht der Ältere klare Grenzen: «Ich bin der Chef und spreche mit den Medien. Hakan kann später dazukommen und ein paar Fragen beantworten.» Der Familienfaktor sei bei ihnen gross und wichtig, doch im Berufsalltag bleibe er ausgeblendet: «Brüder sind wir bis zu dieser Barriere.» Murat zeigt auf den Eingangsbereich des Campus. «Wenn wir hier drin sind, hat jeder seinen Job – und muss die Hierarchie respektieren.»

Traumjob: «Fusbalschpiler»

Die beiden Yakins arbeiteten schon in unterschiedlichen Rollen zusammen: beim FC Basel und in der Nationalmannschaft als Spieler, beim FC Luzern war Murat Trainer und Hakan sein Captain, und zuletzt zog Murat seinen jüngeren Bruder beim FC Schaffhausen erstmals als Assistenten bei. Es ist die Leidenschaft für den Fussball, die das Brüderpaar verbindet und immer wieder zusammenführt. Schon als sie in ihrer Kindheit jeweils an den Wochenenden ihren Vater Mustafa an dessen Arbeitsplatz bei der Lonza in Visp besuchten, gab es nur den Fussball für die beiden: «In Lalden hatte es einen Fussballplatz. Und der war das Einzige, was uns interessierte», erzählt Hakan. Als Murat als Zweitklässler in Münchenstein seinen Berufswunsch aufschreiben musste, kritzelte er «Fusbalschpiler» aufs Papier.

Auf dem Fussballplatz ergänzten sich die beiden symbiotisch – Murat als Lenker und Denker, Hakan als kreativer Instinkt Fussballer und Torschütze: «Hakan war vielleicht die letzte echte Nummer zehn der Schweiz» sagt Murat anerkennend. Sein kleiner Bruder gehörte zu jenen Spielern, die aus dem Nichts Torgefahr produzieren und mit einem einzigen Fusszucken das Spiel auf den Kopf stellen konnten.

Die Entscheidungskompetenz aber lag immer bei Murat. Über die Zeit beim FC Luzern sagt Hakan: «Das ging sehr gut – bis er mich hinausgeworfen hat. Murat hat eine Linie – und die zieht er durch. Er schaut nicht auf Namen, sondern darauf, dass die Mannschaft funktioniert. Und ich war damals mit meiner Spielweise nicht mehr der geeignete Mann für ihn.» Um die Rollenverteilung unter den Brüdern zu verstehen, muss man in ihre Kindheit zurückblenden. Die beiden wuchsen als jüngste von acht Geschwistern in Münchenstein auf. Mutter Emine, eine resolute Offizierstochter aus Istanbul, übernahm nach der Trennung von Ehemann Mustafa die Rolle als Familienoberhaupt.

Weil aber ihr rudimentäres Deutsch eher Verwirrung stiftete als Klarheit schaffte, erledigte Murat die offiziellen Geschäfte auf Ämtern und Büros. Diese frühe Verantwortung habe ihn zum Leader gemacht, sagt er.

Vom letzten auf den ersten Platz

Das Gespräch über die Familie lockert die Atmosphäre auf. Hakan darf doch mehr als ein paar Sätze sagen. Die gesetzten Leitplanken verlässt er dennoch nicht: «Es tönt immer so, dass der grosse Bruder den Weg weist – und das ist auch nicht falsch. In Schaffhausen hat Murat grossartige Arbeit geleistet – und ich durfte das während eines halben Jahres miterleben.» Vor zehn Monaten hatte Murat Yakin beim FC Schaffhausen, dem damaligen Tabellenschlusslicht in der Challenge League, eine vermeintliche *mission impossible* angetreten. Ende August übergab er den Klub als verlustpunktloser Leader: «Es war exakt die Herausforderung, die ich suchte und brauchte – eine jener Herausforderungen, die den Fussball wunderschön machen. Wenn man im Sport kein Risiko eingeht, kann man keine speziel-

«Wenn wir hier drin sind, hat jeder seinen Job – und muss die Hierarchie respektieren.»

len Siege feiern», erklärt er. Und Hakan fügt an: «Modern ist, wer Erfolg hat.»

Immer wieder schaut der Jüngere zu seinem Bruder. Er scheint die Rückendeckung zu suchen. Obwohl er als Spieler fast doppelt so viele Länderspiele absolviert hat wie Murat, nimmt er die Rolle als Nummer zwei klaglos an. Zur Statistik sagt er fast schon entschuldigend: «Wenn Murat keine Verletzungen gehabt hätte, hätten wir wohl gleich viele Länderspiele. Mit 31 musste er in der Nationalmannschaft aufhören. Auf seiner Position hätte er gut noch fünf Jahre weiterspielen können. Er hätte das sogar mit 38 noch spielen können.»

20 Neffen und Nichten

Die Yakins – das ist der wohl einflussreichste, spektakulärste und grösste Clan im Schweizer Sport. Und er ist nicht vom Aussterben bedroht. Allein Hakan hat schon sechs Kinder auf die Welt gestellt. Murat rechnete unlängst in einem Interview vor: «Ich habe zwanzig Neffen und Nichten und acht oder neun Grossneffen.» Ihre Wurzeln hat die Familie in Istanbul. Doch abgesehen von den Kindern des ältesten Bruders leben heute alle Familienmitglieder in der Schweiz. So steuern sie einen beträchtlichen Teil zur Unterhaltung im hiesigen Fussballgeschäft bei – auch weil sich die Brüder nie gross um die öffentliche Meinung kümmerten. Auf ihrer mittlerweile eingestellten gemeinsamen Website www.yakinsworld.ch liessen sie einen

Blick in ihre Privatsphäre zu. Unter der Rubrik Lieblingsbuch hiess es bei Murat: «Zeitungen und Zeitschriften». Und bei Hakan: «Lustiges Taschenbuch». Emine räumte Verdachtsmomente bezüglich eines schulischen Defizits ihrer Söhne locker aus dem Weg: «Murat hätte das Gymnasium mit links geschafft, so gut waren seine Noten.»

Der Angesprochene beansprucht aber zumindest literarisch keine höheren Weihen. Auf die Frage, was er regelmässig lese, sagte er dem *Tages-Anzeiger* vor kurzem: «Nichts. Ich bin nicht so der grosse Leser. Ich habe schon genug lesen müssen, als ich meine Arbeiten für die Trainerdiplome zu schreiben hatte. Ich setze mich lieber aufs Sofa, mit der Fernsteuerung für den Fernseher in der Hand. Dann fühle ich mich so richtig wohl.»

Keine Pokale abstauben

Als Spieler wurde Murat Yakin auch mal eine gewisse Nonchalance nachgesagt. Mit Obrigkeiten tat er sich nicht immer leicht. Die eher hemdsärmeligen Nationalcoaches Gress und Trossero waren nicht seine besten Freunde. In Kaiserslautern rieb er sich an Trainer Brehme auf. Nun ist Murat selber ein Chef, der keine Kompromisse duldet: «Man kann mit mir ein Mal über etwas diskutieren – vielleicht auch zwei Mal. Aber beim dritten Mal muss es der Spieler verstanden haben. Das ist oft, was den Spielern der aktuellen Generation fehlt – das Verständnis für drohende Konsequenzen. Sie hören die Warnsignale nicht.» Für die vergangenen Erfolge und Meriten hat er kein Gespür: «Mich interessiert nicht, wer wo was verdient hat, was er gewonnen hat. Trophäen von gestern verstauben im Regal. Wenn jemand das Gefühl hat, er müsse seine Pokale immer wieder abstauben, kann er das gerne anderswo machen. Aber nicht bei mir.»

Yakins Blick geht auf die Uhr. Die Gesprächszeit läuft aus. Für ein gemeinsames Foto mit Hakan erklärt er sich «ausnahmsweise» bereit. Traut Murat seinem Bruder zu, dereinst selber eine Chefposition zu übernehmen? «Ja. Das ist absolut möglich. Irgendwann wird auch er seine Ambitionen entwickeln. Jetzt hat er die Zeit, seine Trainerausbildung voranzutreiben.» Den Einwand, dass ehemalige Offensivspieler für den Trainerposten weniger prädestiniert sind als Defensivstrategen, lässt er nicht gelten: «Vielleicht dauert es bei Hakan ein wenig länger. Aber nun hat er die Möglichkeit, seinen Rucksack zu füllen.»

Murat wird ihm dabei helfen. Blut ist dicker als Wasser. Und wohin der Weg mit den Grasshoppers gehen könnte, sagte die graue Eminenz des Klubs, Erich Vogel, neulich in einem Interview: «Wir wollen im neuen Stadion wieder in der Champions League spielen.» Murat Yakin teilt dieses Ziel. Dass es aber erreichbar ist, kann er nicht garantieren. Denn für den Stadionbau ist er nicht zuständig. ○



«So, wie es war, kann es nicht bleiben»: Sebastian Kurz.

Basti Fantasti im Kanzleramt

Sebastian Kurz ist derzeit Europas erfolgreichster Politiker:
In acht Jahren vom Studenten zum Kanzler. Wie hat er das geschafft?
Von Wolfgang Koydl

Ob sie ihn wohl gehänselt haben in der Schule wegen seiner Ohren? Wahrscheinlich schon, schliesslich sind sie das auffälligste Körpermerkmal des österreichischen Wahlsiegers und voraussichtlich neuen Bundeskanzlers. Für Karikaturisten sind sie ohnehin ein Geschenk: «Afrikanisch (nicht indisch)» betitelte ein Zeichner respektlos die Hörorgane von Sebastian Kurz.

Doch selbst wenn man ihn damals aufgezogen haben mag in der Volksschule Wien-Liesing, so hat dies seinem Selbstvertrauen ganz offensichtlich keinen Schaden zugefügt. Was Ego und Durchsetzungsvermögen angeht, kann es Kurz spielend mit Emmanuel Macron aufnehmen, dem neuen Sonnenkönig Frankreichs. Nur, dass der mit seinen 39 Jahren plötzlich recht alt aussieht neben dem 31-jährigen Österreicher.

«Er wollte nur Klassensprecher werden»

Der Jüngste war Kurz schon immer: mit 23 Vorsitzender der Jugendorganisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), Wiener Stadtrat ein Jahr später, mit 25 Staatssekretär,

mit 27 Aussenminister und demnächst wohl Bundeskanzler – der jüngste in der Geschichte Österreichs sowie der jüngste Regierungschef in ganz Europa.

Als «Milchbubi» hatte man ihn verhöhnt, als «Wunderwuzzi» und flaumwangigen «Prinzen Gutgelaunt». «Manchmal habe ich das Gefühl, er wollte eigentlich nur Klassensprecher werden und dann ist das Ganze eskaliert», spottete Heinz-Christian Strache, der Vorsitzende der nationalkonservativen Freiheitlichen Partei (FPÖ). Nun wird der verhinderte Klassensprecher vermutlich bald sein Chef am Kabinetstisch. Denn sehr wahrscheinlich wird eine Koalition aus Kurz' ÖVP und der FPÖ das Land in den nächsten vier Jahren regieren.

Kurz sieht zwar noch immer so herzlich aus wie ein idealer Schwiegersohn, doch unterschätzen wird ihn heute niemand mehr. Keine fünf Monate brauchte er, um seine eigene Partei im Handstreich zu übernehmen und auf sich einzuschwören, die Regierungskoalition mit den Sozialisten zu sprengen und die Neuwahlen zu gewinnen. In der ÖVP blieb kein Stein auf dem anderen. Nicht einmal ihre angestammte Par-

teifarbe durften die Schwarzen behalten: Sie kommen jetzt in der Modefarbe Türkis daher.

«So wie es war, kann es nicht bleiben», verkündete er, als er im Mai geradezu putschartig die Macht in der Partei übernahm. Für die ÖVP hat es sich gelohnt: Mehr als 30 Prozent Stimmen hat sie bekommen, deutlich mehr als die 20 Prozent, bei denen sie vor dem Aufstieg von «Basti Fantasti» herumdümpelte. Bei den Präsidentschaftswahlen im letzten Jahr war der ÖVP-Bewerber gar mit nur 11 Prozent schon im ersten Durchgang ausgeschieden.

Erste Erhebungen haben ergeben, dass Kurz – wenig überraschend – mit seinem bubenhaften Charme vor allem bei den Frauen punkten konnte. Dass die Jungen ihn ebenfalls bevorzugen würden, war auch zu erwarten, weniger, dass er sehr viel Zuspruch auch bei den Rentnern erhielt. Nur die Dreissig- bis Fünfzigjährigen fühlten sich von dem Jungspund offenbar leicht verunsichert und machten ihr Kreuz lieber bei ihrem Altersgenossen Strache.

Mit ihm zusammen will Kurz nun Österreich umkrepeln – ein ehrgeiziges Ziel in diesem Land des Schlendrians und des Schmöhs, das



legte, damals noch die mächtigste Frau Europas. Er erklärte deren Willkommenskultur für Migranten für einen «schweren Fehler»: «Die Flüchtlinge suchen keinen Schutz, sondern ein besseres Leben», konstatierte er trocken. «Das kann Österreich ihnen nicht bieten.»

Anne Will, der Hohen Priesterin der politischen Korrektheit im deutschen Fernsehen, verschlug es den Atem, als er ihr nüchtern mitteilte: «Wir sollten nicht den Fehler machen zu glauben, dass es ohne furchtbare Bilder gehen wird.» Das war ein Jahr, bevor der *Welt*-Journalist Robin Alexander in einem Bestseller enthüllte, dass Merkel im September 2015 die Grenzen nur aus Angst vor «schlimmen Bildern» geöffnet hatte.

Kurz belies es nicht bei Worten. Ohne Berlin auch nur zu informieren, geschweige denn hinzuzuziehen, lud er die Balkanstaaten nach Wien ein und vereinbarte mit ihnen die Schliessung der Balkanroute – mit Erfolg. Auch mit seinem zweiten Vorstoss setzte er sich durch, der Schliessung der Mittelmeerroute. Aber, aber, das sei doch viel komplexer, wandte eine TV-Moderatorin ein, wie wolle er denn ein Meer schliessen? «Ich glaube, die Situation ist nicht komplexer, sondern anders», erwiderte Kurz. Inzwischen transportiert Italien aufgegriffene Migranten zurück nach Libyen.

Im deutschen Kanzleramt war man ob der Unbotmässigkeit der stets leicht belächelten Ösis schier in Schnappatmung verfallen. In Berlin schätzte man Politiker wie den früheren österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann, über den – unwidersprochen – das böse Merkel-Bonmot kursierte: «Wenn er zu mir kommt, hat er keine Meinung. Wenn er geht, hat er meine Meinung.»

So ein handzahmer Partner wird Kurz nicht sein, wenn er in das frühere Büro des Fürsten Metternich am Ballhausplatz eingezogen ist. Klammheimlich ist ihm die Kanzlerin zwar dankbar dafür, dass er den Zustrom aus dem

Berlin und Brüssel werden ihr Bild vom konzilianten Österreich korrigieren müssen.

Südosten abgeklemmt hat. Den Affront hat man Kurz aber nicht vergessen. Die Antipathie, so hört man aus Wien, beruht freilich auf Gegenseitigkeit. Entsprechend wenig amüsiert dürfte die Kanzlerin daher die Schlagzeile der *Bild*-Zeitung am Tag nach dem Kurz-Triumph gelesen haben: «Warum haben wir nicht so einen?»

Statt sich nach Deutschland zu orientieren, wird das neue Österreich verstärkt den Schulterschluss mit den alten k.u.k. Krongebieten zwischen Krakau und Kecskestet suchen. Schon im Wahlkampf suchten Kurz und Strache einander darin zu übertreffen, wer den besseren Kontakt zu Ungarns Premier Viktor

Orbán habe. Ein Anschluss an die mitteleuropäische Visegrad-Staatengruppe ist ange-dacht. Nicht nur Berlin, auch Brüssel wird sein Bild vom konzilianten, walzerseligen Österreich korrigieren müssen.

Hang zum Autoritären

Flüchtlinge und Integration waren das wichtigste Thema in Kurz' Wahlkampf. Manche würden sagen, sie waren das einzige Thema, denn egal, ob der ÖVP-Mann über Renten, Kindergärten oder das Gesundheitssystem sprach, früher oder später landete er immer bei den Migranten. Skeptiker bemängeln zudem, dass er wenig Kenntnisse und Interesse an der Wirtschaft zeige – einst ein Kernthema der Volkspartei. Aber ausser Schlagworten wie schlanker Sozialstaat und niedrigere Steuern war von ihm nichts zu hören.

Sorgen bereitet manchen zudem Kurz' Hang zum autoritären Durchgreifen. Die ÖVP hat ihn quasi zum Alleinherrscher gesalbt, der Entscheidungen ohne lästige Parteigremien trifft. Diesen Anspruch will er auch als Kanzler geltend machen: Er beansprucht die alleinige politische Richtlinienkompetenz. Auf Deutsch: Er beschliesst, die Minister führen aus. Doch da wird ihn sein Koalitionspartner wohl ausbremsen. Dann geht auch dem rasanten Senkrechtstarter die Luft aus. ○

bisher nicht unbedingt durch revolutionären Elan aufgefallen ist. Nicht alle sind überzeugt, dass Kurz das gelingen wird. Denn viele halten ihn für ebenso glatt wie seine rosigen Wangen, die selten mit einem Rasierapparat in Berührung gekommen zu sein scheinen. Ein wenig wie ein Salzburger Nockerl – süss und aufgeblasen, und wenn man reinsticht, entweicht heisse, wenn auch aromatische Luft.

Kampagne mit dem «Geilomobil»

Tatsächlich ist der Superstar der österreichischen Politik ein PR-Genie, wobei er freilich einen weiten Weg seit seinem ersten Wahlkampf um den Einzug in den Wiener Landtag zurückgelegt hat. Damals kurvte er mit einem «Geilomobil» getauften schwarzen Geländewagen vom Typ Hummer durch die Donau-stadt und liess leichtgeschürzte Mädchen schwarze Kondome verteilen.

Der Erfolg gab ihm recht, doch mittlerweile nimmt er von solchen Spektakeln Abstand. Als einer der dienstältesten Aussenminister in der Europäischen Union bevorzugt er den staatstragenden Habitus. Er ist schliesslich der Mann, dem der bärbeissige russische Amtskollege Sergei Lawrow das Du anbot und den Amerikas Ex-Aussenminister John Kerry einen «Freund» nannte.

Kurz ist denn auch mehr als schöner Schein. Selbst Kritiker müssen zugeben, dass in diesem vermeintlich weichen Soufflé ein harter Kern steckt. Der wurde zum ersten Mal Anfang 2016 sichtbar, als er sich mit Kanzlerin Merkel an-

Pensionierung:

Wichtiges
bespricht man mit
dem Experten.



Vermögens
Zentrum

www.vermoegenszentrum.ch

Verschweizert Österreich?

Das österreichische Wahlergebnis ist erstaunlich. Doch der sensationellste Aspekt ist gar nicht richtig wahrgenommen worden: Das Land soll schweizerischer werden.

Von Andreas Unterberger

Sebastian Kurz hat keinen Zweifel gelassen: Sollte er die nächste österreichische Regierung führen – was so gut wie sicher scheint –, so will er das Land gründlich umkrepeln. Von nichts Geringerem als einer «Dritten Republik» ist bereits die Rede. In einem wesentlichen Punkt ist er sich darin mit seinem wahrscheinlichen Koalitionspartner, der Freiheitlichen Partei (FPÖ), einig: mehr direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild. Volksabstimmungen sollen durch Volksbegehren erzwungen werden können. Wobei die Zahl der dafür nötigen Unterschriften höher sein dürfte als in der Schweiz – aber erreichbar.

Das Wiener Parlament hat in der Vergangenheit zwar im Gegensatz zu Deutschland schon einige Referenden angesetzt. So zuletzt 2013 über das sozialdemokratische Verlangen nach Abschaffung der Wehr- und Zivildienstpflicht. (Das hat damals eine klare Mehrheit abgeschmettert.) Davor hatten die Österreicher direkt demokratisch dem EU-Beitritt und der Nichtinbetriebnahme eines (eigentlich schon fertigen) Atomkraftwerks zugestimmt. Das war es dann aber auch schon.

Und das war extrem unbefriedigend. Denn diese Referenden waren meist aus parteitaktischen Motiven angesetzt worden. Sie beruhten auf keiner Bürgerinitiative und waren von Parteipolitik beherrscht. Das hat in Folge zu einem schlechten Image der direkten Demokratie geführt.

Gefolgsleute des jungen Helden

In den letzten Jahren hat jedoch die repräsentative Demokratie eine noch viel ärgere Imageverschlechterung erlitten. Stillstand, ökonomischer Rückfall, ständige Rängeleien in der Regierung und deren Versagen angesichts der Völkerwanderung haben zu einem Stimmungswechsel geführt. Die Österreicher spüren: Die repräsentative Demokratie ist in einer Sackgasse.

Es ist daher kein Zufall, dass die Volkspartei (ÖVP) und die FPÖ – also die beiden grossen Wahlsieger – das gleiche Verlangen in ihrer Wahlkampagne hatten: «Veränderung». Und darüber hinaus ganz konkret die Forderung nach einer verbindlichen direkten Demokratie. Die FPÖ hat das zuletzt sogar zur obersten Bedingung für eine Regierungsbeteiligung erhoben.

Der wahrscheinliche neue Bundeskanzler Sebastian Kurz hat die direkte Demokratie nun sogar schon bei der zweiten Wahl in Folge



Schnittmenge zwischen Schwarz und Blau: Wien.

auf seiner Wunschliste. Beim ersten Mal war er damit noch parteiintern unterlegen. Die alten Parteigranden wollten dem Volk nicht so viel Macht überlassen.

Aber jetzt haben sie nichts mehr zu reden. Kurz hat sie völlig entmachtet, und in der neuen ÖVP-Fraktion sitzen fast nur persönliche Gefolgsleute des jungen Helden.

In seiner etwas überambitionierten Erneuerungssehnsucht hat Kurz freilich auch noch andere Ideen lanciert, die ebenfalls unter dem Motto «Hauptsache Veränderung» zu stehen scheinen, tatsächlich aber in ganz andere, eher autoritäre Richtungen gehen. Doch diese Ideen haben keine Chance auf Realisierung.

So träumt er von der Machtfülle des französischen Präsidenten. Daher hat er laut über eine Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers nach deutschem Muster nachgedacht. Doch beide Vorschläge finden bei keiner anderen

Partei Gehör. Ausserdem hat er daran gedacht, ein Minderheitskabinett zu bilden, das sich jeweils Mehrheiten suchen würde. Aber auch das würden weder die Sozialdemokraten noch die Freiheitlichen mittragen: Sie müssten dann ja auch unpopuläre Massnahmen verantworten, während sie auf all die attraktiven Möglichkeiten eines Ministerpostens verzichteten. Die bestehen ja nicht nur in Geld und exekutiver Macht, sondern auch in gesetzgeberischen Kompetenzen in den jeweiligen EU-Räten.

Diese Vorschläge sind daher Totgeburten. Umso chancenreicher ist die direkte Demokratie. Denn sie ist – neben dem ebenfalls gemeinsamen Ziel einer rigorosen Beschränkung von illegaler Migration, Asylmissbrauch und politischem Islam sowie vielen gemeinsamen Wertvorstellungen in der Bildungs- und Gesellschaftspolitik – zentrales Element der Schnittmenge zwischen Schwarz und Blau.

Diese Schnittmenge ist so gross, dass etwas anderes als diese Koalition nicht nur eine grosse Überraschung wäre, sondern auch ein massiver Betrug einer der beiden Parteien an den eigenen Wählern, wenn sie dennoch mit Rot koalieren würde. Schwarz-Blau ist auch bei allen Umfragen die weitaus am stärksten von den Österreichern erhoffte und erwünschte Koalitionsformel.

Immerwährende Neutralität

Wenn man die einzelnen Parteien addiert, dann haben die beiden Rechtsparteien bis vor kurzem von niemandem für möglich gehaltene 58 Prozent erobert. Zu diesen kann man zum Teil auch die 5 Prozent der Neos rechnen, die gesellschaftspolitisch zwar links, aber wirtschaftspolitisch klar rechts stehen.

Das wäre entscheidend. Denn um die direkte Demokratie wirklich verankern zu können, würden ÖVP und FPÖ die Neos benötigen.

Der frischgewählte Kanzler träumt von der Machtfülle des französischen Präsidenten.

Nur mit ihnen zusammen erreichen sie die Verfassungsmehrheit, mit der direktdemokratische Entscheidungen erzwingbar werden könnten.

Rot und Grün haben hingegen erstmals in der Geschichte keine Möglichkeit mehr, Verfassungsänderungen zu blockieren. Das ist eine weitere sensationelle Folge dieser Wahl und eröffnet noch viele andere Perspektiven für eine Erneuerung, reden doch die Neos ebenso von Veränderung. Ihre Zustimmung zur direkten Demokratie ist durchaus denkbar – vor allem, wenn sie dann im Gegenzug bei einigen anderen Fragen mitreden können. Weder Neos noch ÖVP würden es freilich zulassen, dass die direkte Demokratie in einer Form kommt, die – wie in der Schweiz – EU-Recht aushebeln könnte.

Ansonsten ist aber klar: Schwarz-Blau würde einen grossen Schritt zu einer Verschweigerung Österreichs bedeuten. Das wäre der zweite derartige Schritt in der Geschichte. Der erste war 1955 das Moskauer Memorandum, in dem sich Österreich gegenüber der Sowjetunion zu einer immerwährenden Neutralität nach dem Muster der Schweiz verpflichtete.

Dass die beiden Nachbarn dennoch seither Rücken an Rücken leben, ist freilich wieder eine andere Geschichte.

Andreas Unterberger war 14 Jahre Chefredakteur von «Presse» bzw. «Wiener Zeitung». Er schreibt unter www.andreas-unterberger.at sein «nicht ganz unpolitisches Tagebuch», das heute Österreichs meistgelesener Internet-Blog ist.

Europa

Demokratie mangelhaft

Volksentscheide in der Europäischen Union?

Sogar EU-Vize Frans Timmermans sieht grossen Nachholbedarf.

Von **Andreas Gross**

Demokratie gibt es in Brüssel nur sehr indirekt. Direkt gewählt ist bloss das Europäische Parlament, das jedoch anders als andere Parlamente nicht über das Gesetzesinitiativrecht und die Budgethoheit verfügt. Das zweite Organ ist der EU-Rat der nationalen Minister. Sie sind nur indirekt demokratisch legitimiert, da sie ihren eigenen nationalen Parlamenten verantwortlich sind. Die dritte Gewalt, die EU-Kommission, verfügt über das Monopol der Gesetzesinitiative und ist verantwortlich für die EU-Verwaltung. Auch ihre demokratische Legitimität ist indirekt: Die Mitglieder werden von den Regierungen vorgeschlagen und vom Parlament in corpore abgeseget.

Seit 2012 gibt es ein kleines direktdemokratisches Kind: die Europäische Bürgerinitiative (EBI). Diese kam auf Anregung einer massgeblich schweizerisch geprägten Bürgerbewegung namens Eurotopia für eine «europäische, föderalistische Verfassung mit direktdemokratischen Elementen» zustande. Mit der schweizerischen Volksinitiative hat sie nur das Unterschriftensammeln gemein. Sie gleicht eher einer Volksmotion, wie sie in Solothurn und Nidwalden existiert: Bürger können der Behörde eine Anregung unterbreiten. Bei der EBI braucht es dafür innert einem Jahr eine Million Unterschriften aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten.

Mehr unmittelbare Einflussnahme

Im Frühling 2012 waren die Erwartungen an die EBI hoch, doch seitdem wurden nur 66 EBI angemeldet, 44 davon registriert, und bloss 4 schafften die Millionenhürde. Sie betrafen das Recht auf Leben, den Sitz des Europaparlaments, das Verbot der Vivisektion sowie die Schaffung eines Menschenrechtes auf Wasser. Keine EBI löste eine Gesetzesinitiative der Kommission aus. Entsprechend gross war die Frustration unter den Bürgern und die Ernüchterung in einem Teil des Brüsseler Establishments.

Das Parlament verabschiedete eine kritische Zwischenbilanz und beauftragte die Kommission, die Verfahren zugunsten der Bürger zu erleichtern. Der zuständige

EU-Kommissar, der niederländische Vizepräsident Frans Timmermans, nahm den Ball dankbar an. Er sei sich bewusst, dass «wir in postpaternalistischen Gesellschaften leben, unser Regierungssystem aber immer noch sehr paternalistisch geprägt ist». Der Bürger verdiene mehr direkte, unmittelbare Einflussnahme und mehr Entscheidungsbefugnisse.

«Babyschritte»

In seinem Büro auf der zweitobersten Etage des Kommissionsgebäudes geht Timmermans sogar noch weiter. Einer Delegation des «EBI-Rettungsteams» sagte er, dass die EU seiner Meinung nach «nur mit mehr Demokratie» gestärkt, ja gerettet werden könne. Doch er sei umgeben von Menschen, die nicht alle diese Überzeugung teilten. Im Gegenteil. Einige fürchteten sich sogar vor mehr Demokratie. Sie glaubten, die EU benötige keine engagierten Menschen.

Die Reformvorschläge, die Timmermans Mitte September vorlegte, symbolisieren diese Spaltung in der EU. Das Mindestalter zur Unterzeichnung einer EBI soll auf sechs-

zehn reduziert werden, was zehn Millionen potenzielle Unterzeichner mehr bedeutet. Ein kostenloses Online-System soll das Unterschriftensammeln erleichtern, und die Kommission garantiert die Übersetzung der Initiativtexte in alle EU-Landessprachen.

Obwohl Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker meinte, die EU benötige «einen demokratischen Sprung», bezeichnete die Wiener Zeitung *Presse* Timmermans' Vorschläge als «demokratische Babyschritte». Ob sie ausreichen, bezweifelt er sogar selber: «Ich bin nicht sicher, ob wir so die EBI retten können. Doch wir versuchen es», meinte Timmermans. Immerhin. Aber eine echte Demokratisierung sähe anders aus.

Andreas Gross ist Politikwissenschaftler und Leiter des Ateliers für direkte Demokratie in Saint-Ursanne. Gross zählt zu der im Text genannten Bürgerbewegung Eurotopia und der EBI-Rettungsmannschaft, die Frans Timmermans Ende August zu einer Aussprache empfing. www.andigross.ch



Frans Timmermans.

«Lasst die Juden nicht allein!»

Frankreich vergisst die jüdischen Opfer des islamistischen Terrors. Seine Ideologie gedeiht nicht nur in den Banlieues. Ein Aufschrei der Feministin und grossen Intellektuellen Elisabeth Badinter. Von Jürg Altwegg

Mit ihrem Essay «Die Mutterliebe» – die nicht naturgegeben sei, sondern ein kulturelles Phänomen – wurde Elisabeth Badinter zur weltweit bekanntesten französischen Feministin und Intellektuellen seit Simone de Beauvoir. In «Ich bin Du» beschreibt sie die Annäherung der Geschlechter.

Elisabeth Badinter ist gegen Quoten und das Verbot der Prostitution. Und genauso entschieden für die Leihmutterchaft – auch gegen Bezahlung. Seit Frankreich mit den ersten Affären konfrontiert wurde, plädiert sie für ein Kopftuch-Verbot. Sie engagierte sich für eine Kinderkrippe, die eine Mitarbeiterin entliess, weil diese nicht auf das Kopftuch verzichten wollte. Als führende Pariser Modeschöpfer Burkas und Burkinis zu kreieren begannen, unterstellte sie ihnen Beihilfe bei der Unterdrückung der Frauen.

Die Philosophin und Professorin an der Eliteuniversität Ecole polytechnique in Paris hat auch Standardwerke über die Intellektuellen der Aufklärung geschrieben, an deren Werten sie festhält («Les passions intellectuelles»). Sie ist mit Robert Badinter verheiratet, der unter Mitterrand Justizminister war, die Todesstrafe abschaffte und für humanere Bedingungen in den Gefängnissen kämpfte. Zusammen verfassten sie eine für ihr Wirken und ihr Selbstverständnis emblematische Biografie des Marquis de Condorcet, des Mathematikers, Aufklärers und Politikers, der sich der Guillotine durch den Freitod entzogen hatte.

Vor fünf Jahren tötete Mohammed Merah in Toulouse jüdische Kinder, gegenwärtig läuft der Prozess gegen seine Komplizen. Das Attentat auf den Pariser Supermarkt «Hyper Cacher» steht im Schatten des Anschlags auf Charlie Hebdo. Sie haben einen Aufruf gemacht: «Lasst die Juden im Kampf gegen den Antisemitismus nicht allein.» Warum gerade jetzt?

Der Auslöser für meinen Appell war ein grauenhaftes Verbrechen im vergangenen Frühling. Sarah Halimi wurde in ihrer Wohnung während einer Stunde mit Schlägen traktiert und dann aus dem Fenster gestossen, der Mörder schrie dazu «Allahu Akbar». Ich dachte, es könne sich nur um Fake News handeln: ein derart

unerhörtes, unfassbares Verbrechen – und keiner redet davon. Das antisemitische Motiv war von allem Anfang an klar. Aber die Medien und die Politiker schwiegen, lediglich in den jüdischen Zeitschriften wurde darüber berichtet. Es dauerte zwei Monate, bis die ersten Artikel erschienen. Die Tat und das Schweigen haben mich erschüttert. Ich entschloss mich, im Nachrichtenmagazin *L'Express* einen Aufruf zu veröffentlichen, gegen den ich mich lange gestraubt hatte.

Warum diese Zurückhaltung? Sie haben mit vielen mutigen Stellungnahmen an den Debatten teilgenommen und seit den ersten Affären um das Kopftuch vor dreissig Jahren dessen Verbot gefordert. Für die Islamisten sind Sie längst zum Feindbild geworden. Warum haben Sie nicht früher gegen deren Antisemitismus protestiert?

Ich will meinem Land im Ausland nicht schaden. Vor allem die amerikanische Presse ist immer scharf auf solche Geschichten aus Frankreich, sie betreibt ein absolut übertrie-

«Warum haben die Medien nicht recherchiert? Warum schwiegen die Politiker?»

benes French-Bashing. Frankreich ist nicht antisemitisch. Ich darf auch darauf hinweisen, dass ich mit Robert Badinter verheiratet bin, der sich regelmässig zu diesem Thema äussert und dessen Vater im Krieg ermordet wurde. Als während einer propalästinensischen Demonstration in Paris «Tod den Juden» geschrien wurde und kein einziger Nichtjude das Wort ergriff, schrieb er einen Artikel für *Le Monde*. Nach dem, was mit Sarah Halimi geschehen war, konnte ich nicht mehr länger schweigen.

Man hatte sogar den Eindruck, dass es mehr als Gleichgültigkeit war: Man will es nicht wahrhaben. Die Wahrheit nicht kennen. Verdrängen. Erst jetzt, ein halbes Jahr später, hat der Staatsanwalt dem Verbrechen sein antisemitisches Motiv bescheinigt.

Die Justiz muss zurückhaltend sein. Aber warum haben die Medien nicht recherchiert? Warum schwiegen die Politiker? Eine 65 Jahre alte Frau wurde gefoltert, aus dem Fenster geworfen, der Täter kannte sie als Jüdin und schrie, er wolle sein Volk rächen. Und die Presse regt sich nicht?!

Keine Recherchen, keine Reportagen, niemand hat die Nachbarn, die alles hörten, befragt.

Wie rechtfertigen die Medien ihr Versagen?

Mit dem Wahlkampf. Die Journalisten verweisen auf einen sogenannten Präzedenzfall: 2002 hatte der Privatsender TF1 reise-risch über die brutale Attacke auf einen Rentner berichtet. Damals kam kurz darauf bekanntlich Jean-Marie Le Pen völlig überraschend und ganz knapp in die Stichwahl, und dafür wurde die Stimmungsmache von TF1 mitverantwortlich gemacht. Diesen Fehler habe man vermeiden wollen. Ich muss dann immer an Carpentras zurückdenken, wo 1990 der jüdische Friedhof geschändet wurde. Skinheads hatten Leichen ausgegraben und gepfählt. Es gab danach eine Massendemonstration in Paris, 200 000 Bürger gingen auf die Strasse, an ihrer Spitze Staatspräsident François Mitterrand.

Dieses grauenhafte Verbrechen wurde aber auch missbraucht. Man machte Le Pen als ideologischen Anstifter dafür verantwortlich, und vielleicht deswegen hat die Aufklärung Jahre gebraucht. Der Einfluss von Alkohol und Drogen auf die Täter war wohl grösser als jener des Front national.

Es war ein antisemitisches Verbrechen, ein Akt der Barbarei. Dass man den Front national dafür verantwortlich machte, hat es ermöglicht, dass die Linke geschlossen demonstrierte – vielleicht mehr gegen Le Pen als gegen den Antisemitismus. Ich will mit dem Beispiel nur zeigen, wie gleichgültig die Öffentlichkeit in den letzten dreissig Jahren geworden ist.

Carpentras hatte Frankreich aufgewühlt. In den Monaten danach wurde die «Loi Gayssot» erlassen. Dieses nach einem kommunistischen Abgeordneten benannte Gesetz stellt das Leugnen eines Genozids unter Strafe und wurde Vorbild für ähnliche Paragraphen in anderen Ländern.

Damit werden bestenfalls die übelsten Dummköpfe dazu gebracht, den Mund zu halten. Aber an den Mentalitäten ändert es rein gar nichts. Ein Rassist oder ein Antisemit wird dadurch nicht zur Vernunft gebracht. Sie sagen es einfach nicht mehr so laut. Ich habe mich mit Pierre Nora und anderen Historikern entschieden gegen die «Erinnerungs-Gesetze» ausgesprochen, sie behindern die Forschung und die Geschichtsschreibung. Die «Loi Gayssot sollte



«Es gibt in unseren Gesellschaften eine Art moralische Zensur»: Philosophin Badinter, 73.

dem notorischen Auschwitz-Leugner Robert Faurisson, für den es keine Gaskammern gegeben hat, das Handwerk legen. Er ist auch im Gefängnis nicht von seinen Überzeugungen abgekommen. Ich bin gegen jede Zensur.

Nach dem Vorbild des Antisemitismus haben die Islamisten den Begriff der Islamophobie geprägt.

Ihr Vorgehen ist äusserst raffiniert. Es gibt in unseren Gesellschaften eine Art moralische Zensur; die Demokratie will alle Minderheiten vor der Diskriminierung schützen. Die Islamophobie wurde erfunden,

um die Menschen einzuschüchtern, die nicht rassistisch und antisemitisch sein wollen. Sie ist eine Waffe, die den Islamisten von der Demokratie zur Verfügung gestellt wird und die sie gegen sie einsetzen. Diese Waffe manipuliert die politische Korrektheit der Bürger: Sie enthalten sich aus Angst, zu antimuslimischen Rassisten gestempelt zu werden, jeglicher Kritik am Islam. Seine Haltung gegenüber der Frau, der Antisemitismus des Islamismus werden nicht beim Namen genannt. Mit der Islamophobie werden viele wohlmeinende Zeitgenossen erfolgreich zum Schweigen gebracht. Mich

kümmert das in keiner Weise. Ich lasse mich gerne als islamophob bezeichnen. Ich spreche von ihrer Religion, ihrem Glauben, von ihren Ideen und Überzeugungen. Und das französische Gesetz erlaubt das auch. So wie es die Gotteslästerung erlaubt. Es verbietet Angriffe auf die persönliche Integrität. Ich bin stets bemüht, nie Personen anzugreifen. Aber Meinungen und Handlungen darf man radikal in Frage stellen.

Dass Antisemitismus keine Frage der Meinungsfreiheit ist, hatte schon Jean-Paul Sartre festgestellt. Wie konnte denn der Antisemitismus in der radikalen Linken Fuss fassen?

Seit der Dreyfus-Affäre kämpfte die Linke gegen den Antisemitismus sowie die extre-

«Mit der Islamophobie werden viele wohlmeinende Zeitgenossen zum Schweigen gebracht.»

me Rechte, das gehörte zusammen. Eine neue radikale Linke hat diese Tradition verraten. Israel ist für sie zur Obsession geworden, sie solidarisiert sich mit den Arabern in den Banlieues und den Pro-Palästinensern. Der Kampf für diese Antizionisten hat den Kampf gegen den Antisemitismus zur Strecke gebracht. Mehr noch: Diese revolutionäre Linke hat den Antisemitismus der Palästinenser vielfach sogar übernommen. Marine Le Pen sagt, dass sie keine Antisemitin sei, das mag ja so sein – in ihrer Truppe und in ihrer Wählerschaft ist der traditionelle Antisemitismus jedoch keineswegs überwunden. Aber seit dreissig Jahren ist es nicht dieser Antisemitismus, der die Juden verfolgt, sondern der neue Antisemitismus der Islamisten.

Haben Sie Angst vor der AfD?

Es ist schon sehr befremdlich, Forderungen wie jene nach dem «Lob der Wehrmacht» zu vernehmen. Aber meine deutschen Freunde haben mir erklärt, dass diese Dimension auch innerhalb der AfD nur eine kleine Minderheit betrifft. Und dass es für viele der AfD-Wähler angesichts der grossen Koalition keine andere Möglichkeit gab, eine Opposition zu wählen. Das mag zutreffen, Deutschland ist sich seiner historischen Last aus dem 20. Jahrhundert bewusst. Aber in allen Ländern, auch in Skandinavien, Norwegen, Schweden, wird der Antisemitismus durch die islamische Einwanderung gestärkt. Die Juden sind wieder in Gefahr, und niemand kümmert sich darum. Dieses Schweigen macht mir Angst.

Wie erklären Sie es?

Viele Leute haben es einfach satt, dass man immer von den Juden als Opfern spricht. Sie wollen mit dem Antisemitismus in Ruhe gelassen werden und halten ihn für

eine Angelegenheit, die nur die Juden und die Araber betrifft und mit dem Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zu tun hat.

Im Mai 68 protestierten die aufständischen Studenten gegen die Ausweisung von Daniel Cohn-Bendit: «Wir sind alle deutsche Juden.» Sie haben Carpentras erwähnt. Ist der Slogan «Je suis Charlie» Ausdruck dieser Regression seit dreissig Jahren und ein Erfolg des neuen Antisemitismus?

Man ging für *Charlie Hebdo* auf die Strasse. Das Attentat im jüdischen Supermarkt Hyper Cacher ist jedenfalls im Begriff, aus der kollektiven Erinnerung zu verschwinden. Die Bilder aus dem «Bataclan» und aus Nizza verfolgen uns. Wir haben den Priester, dem die Kehle durchgeschnitten wurde, im Kopf. Die erschossenen Journa-

«Ich will zeigen, wie gleichgültig die Öffentlichkeit in den letzten dreissig Jahren geworden ist.»

listen. Doch wer erinnert sich der Kinder in der jüdischen Schule? Merah machte es wie die Nazis, er zerrte ein siebenjähriges Mädchen an den Haaren und schoss ihm eine Kugel in den Kopf. Warum dringt dieses Bild nicht genauso in unser Bewusstsein? Am Jahrestag des Attentats von Nizza erklärte eine Ministerin, es sei ganz besonders schrecklich gewesen, weil dabei erstmals gezielt Kinder getötet wurden. Pardon – sie hat die drei jüdischen Schüler vergessen. Die Journalisten im Studio hatten einen anderen Einwand: Im übrigen Europa seien bereits Kinder den Attentaten zum Opfer gefallen. Ähnlich erschreckend war eine Petition islamischer Intellektueller. Der Text war sehr gut, er unterstrich die Notwendigkeit, den französischen Islam zu reformieren und skizzierte die Rolle, die ihnen dabei zukomme. Zum Einstieg gab es eine lange Liste der Opfer: Karikaturisten, Jugendliche, ein Polizisten-Ehepaar, ein Priester, der die Messe las – kein Wort zu den Juden, die Merah getötet hatte und die im Hyper Cacher ums Leben gekommen waren.

Inzwischen sind Sie ja nicht mehr ganz alleine.

Bedeutende Intellektuelle veröffentlichen eine Petition, in der sie die Wahrheit über das Verbrechen an Sarah Halimi fordern: Historiker und Philosophen wie Michel Onfray, Pascal Bruckner, Alain Finkielkraut. Ich appelliere an alle meine Mitbürger: «Lasst die Juden nicht allein im Kampf gegen den linken und rechten Antisemitismus.» Sonst ist er im Voraus verloren. ○



Zuvor verantwortete sie ein nationales Heiligtum: Audrey Azoulay.

Skurrile Blüten

Die Französin Audrey Azoulay wird neue Unesco-Generaldirektorin. Die UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur ist zum Schauplatz eines transatlantischen Handelskriegs geworden. Dabei geht es immer um die Palästinenser. Von Jürg Altwegg

Sie schützt die Weinberge des Lavaux am Genfersee und die Jungfrauregion. Sie hat ein Auge auf die Rhätische Bahn und wacht über die Fossilien des Monte San Giorgio im Tessin. Auch die Spulen aller Konzerte des Jazz-Festivals von Montreux – 10 000 Bänder, 5000 Stunden – stehen unter der Obhut der Unesco und seit 2016 die Bauten von Le Corbusier in Genf, Marseille und Nordafrika. Der Titel «Weltkulturerbe» der Unesco ist eine Erfolgsgeschichte sondergleichen und hat dazu geführt, dass die Unesco inzwischen weitgehend als PR-Agentur für den Tourismus wahrgenommen wird. Das ist ein grosses Missverständnis.

Brisante Aktivitäten

Gegründet wurde die United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization nach dem Zweiten Weltkrieg auf Initiative der Vereinigten Staaten mit dem Ziel, die Demokratien zu stärken und zu vermehren. In der Präambel steht: «Da Kriege im Geiste der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.» Die Unesco ist eine von siebzehn selbstständigen Sonderorganisationen der Ver-

einten Nationen, ihr Sitz ist in Paris, sie hat über 195 Mitglieder. Das Budget beläuft sich auf 650 Millionen Dollar – eine dem Welterbe-Effekt vergleichbare Werbekampagne für die globale Reisebranche wäre wohl doppelt so teuer.

Die Wahrung des Weltkulturerbes kaschiert allerdings auch die brisanteren Aktivitäten der Uno-Tochter. Wegweisende Diskussionen zur Ethik in den Wissenschaften fanden in ihren Gremien statt. Sie propagiert die «Bildung für alle» und führt kulturpolitische Debatten. Im Bereich des Kulturgüterschutzes hat sie Pionierarbeit geleistet, praktisch und theoretisch. Nur dank der Unesco wurde beim Auffüllen des Nassersees der Tempel von Abu Simbel gerettet. In Mali brachte sie Manuskripte vor den Dschihadisten in Sicherheit. In Afghanistan ist sie am Wiederaufbau verwüsteter Heiligtümer beteiligt.

Ende Jahr läuft die zweite Amtszeit der aus Bulgarien stammenden Generaldirektorin Irina Bokowa ab. Vergangene Woche stand die Wahl ihres Nachfolgers auf dem Programm. Am Tag vor der Entscheidung verkündete der amerikanische Präsident den Auszug der Vereinigten Staaten. «Eine Massnahme, wie sie



George W. Bush in die Unesco zurück. Nicht um den Krieg gegen die «Achse des Bösen» mit den Mitteln der Erziehung und Kultur zu führen. Bush ging es darum, die «Erklärung zur kulturellen Vielfalt» zu Fall zu bringen. Sie kam von den Franzosen. Unter Mitterrand hatte der französische Kulturminister Jack Lang in einer Rede in Cotonou die «Coca-Kolonialisierung der Köpfe» und den amerikanischen Kulturimperialismus angeklagt. Inzwischen war Jacques Chirac Präsident, Anführer des Widerstands gegen den Krieg im Irak. Der Gaullist kämpfte wie die Sozialisten für die «exception culturelle» der Franzosen, die die Kultur im Gegensatz zu den Amerikanern nicht den Abkommen über den Freihandel ausliefern wollen. Frankreichs Kulturpolitik kämpft für die Buchpreisbindung und bekennt sich zu Quoten. Ihre Subventionen für die Produktion von Filmen werden von den USA als Wettbewerbsverzerrung angeprangert. Auch die Schweiz ratifizierte die Erklärung, die für den Kulturbereich das postuliert, was Donald Trump für Amerika vorschwebt: Schutz des heimischen Schaffens, Protektionismus gegen die Auswüchse der Globalisierung.

Ein aktueller Grund für Trumps Auszug ist nicht auszumachen. Sogar Israel hat er überumpelt, es folgte ihm mit seinem Austritt am Tag danach. Der obsessive Antizionismus ist das grösste Problem der Unesco und hat dazu geführt, dass bislang kein Araber Generaldirektor werden konnte. Vor acht Jahren war der Ägypter Faruk Hosni praktisch gewählt, doch der Filmemacher Claude Lanzmann («Shoah») lancierte eine Kampagne gegen ihn: Hosni hatte angekündigt, als Kulturminister würde er alle Bibliotheken von israelischen Autoren säubern. Jetzt war der Katarer Hamad bin Abdulaziz al-Kawari Favorit. Sein Land hat gigantische «extrabudgetäre Summen» eingeschossen. Doch al-Kawari wurde Opfer des Konflikts zwischen den arabischen Staaten.

Farblose Kulturministerin

Ägypten spannte mit Frankreich zusammen und ermöglichte die Wahl von Audrey Azoulay. Die 45 Jahre alte Französin siegte gegen den Katarer al-Kawari mit 30 zu 28 Stimmen. Sie war François Hollandes farblose letzte Kulturministerin. Zuvor verantwortete sie ein nationales Heiligtum: die staatliche Filmförderung. Macron nahm sie nach New York und zum G7-Gipfel auf Sizilien mit. Azoulay besuchte fünfzig Hauptstädte. Sie entstammt einer jüdischen Familie mit marokkanischen Wurzeln, der Vater ist ein enger Berater des Königs. Diese Herkunft macht die weitgehend selbstverschuldete Demütigung der arabischen Welt keineswegs erträglicher. Azoulays Wahl verstösst auch gegen die Regel, dass das gastgebende Land auf die Leitung der Institution verzichtet.



Trumps Woche

«Näher»

Trump begräbt das Kriegsbeil mit Senatsführer McConnell und nimmt sich Rebell Bannon zur Brust.

Kann diese Romanze von Dauer sein? Der Präsident und der Mehrheitsführer im Senat haben sich zur Strategieplanung getroffen. «Wir sind uns näher als je zuvor», verkündete Trump an einer Pressekonferenz im Rosengarten des Weissen Hauses, den Senator aus Kentucky, Mitch McConnell, an seiner Seite. «Meine Beziehung mit diesem Gentleman ist hervorragend.»

Die beiden lagen sich monatelang in den Haaren, nachdem der Senat es verpasst hatte, Obamacare abzuschaffen und durch eine neue Gesundheitsfürsorge zu ersetzen. Im August stellte der Präsident den Senatsführer per Twitter öffentlich an den Pranger: «Das einzige Problem, das ich mit McConnell habe: Nachdem man sieben Jahre über Abschaffen & Ersetzen gesprochen hatte, versagte er! Das hätte *niemals* geschehen dürfen!» Doch nun herrschte eitel Sonnenschein, als die beiden Oberbosse gelobten, sie würden in Sachen Steuerreform zusammenspannen. Derweil hat Trumps ehemaliger Chefstrategie, Steve Bannon, dem Establishment der Republikaner im Senat den «offenen Krieg» erklärt – und McConnell als höchstes Ziel seiner Kampagne definiert. Der Chef der Nachrichtenplattform Breitbart, den Medien als «Darth Vader» bezeichnen, erklärte am Wochenende an einer Versammlung von Konservativen: «Wir haben dir die Luft abgeschnitten, Mitch!» Der Präsident, der scheinbar mit Bannons Kreuzzug sympathisiert, aber dessen Methoden ablehnt, sagte Reportern: «Steve tut, was Steve für richtig hält ... Ich werde schauen, ob wir ihn umstimmen können, denn ehrlich gesagt sind sie [die Republikaner im Senat] grossartige Leute.»

Mit dem Blick in die Zukunft gerichtet, sagte Trump: «Ich hoffe, sie kandidiert wieder!» Gemeint war natürlich Mrs Clinton. «Hillary, bitte steig 2020 noch mal in den Ring!» Der Präsident reagierte auf ein Statement Clintons, in dem sie die Football-Spieler verteidigte, die während der Nationalhymne kniend protestieren. «Dieses Denken ist der Grund, warum sie die Wahl verloren hat.»

Trump liebt: spektakulär, endgültig, dazu angetan, seiner Wählerschaft zu gefallen», spötelte der *Figaro*: und praktisch folgenlos. Denn bereits Obama hatte 2011 die Beitragszahlungen der USA, die 20 Prozent des Unesco-Etats ausmachten, eingestellt. Aus Protest gegen die Aufnahme von Palästina. Seither sind im Haushalt nur 520 Millionen Dollar gesichert, werden aber durch «extrabudgetäre Mittel» ergänzt. Gleichwohl: Die Unesco muss sparen.

Günstlingswirtschaft

Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und der Unesco sind nichts Neues. Schon Präsident Gerald Ford stellte vorübergehend die Zahlungen ein: wegen einer propalästinensischen Resolution, in der Israel verurteilt wurde. Unter Ronald Reagan traten die USA aus, weil die Unesco eine neue Weltordnung der Information forderte und den einseitigen Nachrichtenfluss von Norden nach Süden als Neokolonialismus anprangerte. Damals stand Amadou-Mahtar M'Bow, ein Muslim aus dem Senegal, an der Spitze der Organisation. Ihm

Der obsessive Antizionismus ist das grösste Problem der Unesco.

wurde Verschwendung und Günstlingswirtschaft vorgeworfen. Reagan sprach von «kommunistischen Umtrieben». Margaret Thatcher zog nach und begründete den Austritt Englands mit der Bedrohung der Pressefreiheit.

Ausgerechnet nach den Anschlägen vom 11. September kehrten die Amerikaner unter

Auf Zeitreise

Versnobt, exzentrisch, reaktionär – Jacob Rees-Mogg ist ein wandelnder Anachronismus. Gerade deshalb ist er zum neuen Hoffnungsträger der britischen Konservativen geworden. Und zur Bedrohung für Premierministerin Theresa May. *Von Wolfgang Koydl*



Kultfigur der Tories: Jacob Rees-Mogg.

Britanniens Zukunft liegt in den siebziger Jahren. Unklar ist nur noch, ob es die 1970er sind oder das Jahrzehnt ein Jahrhundert zuvor. Das hängt davon ab, ob sich die Briten für den doktrinären Altmarxisten Jeremy Corbyn entscheiden oder für den Jungreaktionär Jacob Rees-Mogg. Der Erste ist verwurzelt in jener Zeit vor vierzig Jahren, als Labour-Regierungen mit Rezepten aus dem Realsozialismus das Königreich in Grund und Boden wirtschafteten. Der Zweite verkündet fröhlich, dass er «niemals vorgegeben» habe, «ein moderner Mensch zu sein».

Tatsächlich wirkt der schlaksige 1,91-Meter-Mann Rees-Mogg mit seinen breitgeschnittenen Zweireihern, dem Oldtimer-Bentley und dem gedehnten Oberklassenakzent, als sei er geradewegs aus dem Filmset von Downton Abbey gestiegen. Da versteht es sich von selbst, dass der Unterhausabgeordnete mit Gattin, sechs Kindern und Nanny ein ähnlich würdiges Herrenhaus wie die fiktive Grafenresidenz in der TV-Serie bewohnt: Gournay Court in der westenglischen Grafschaft Somerset ist mehr als 400 Jahre alt.

Ebenso lange besitzen die Rees-Moggs hier im West Country Grund und Boden. Sie gehören zum Establishment. Der Multimillionär Jacob Rees-Mogg hat sein Geld allerdings selbst verdient. Als er im Alter von zehn Jahren Aktien geschenkt bekam, begann er, Bilanzen und Geschäftsberichte zu lesen. Mit elf löchernte er das Management von General Electric an der Hauptversammlung mit Fragen nach der Höhe der Dividende. Mit sechzehn war er der Legende nach reich genug, um die Gebühren des teuren Nobelinternats Eton aus eigener Tasche zu bezahlen, ebenso wie später sein Studium in Oxford. Nach Lehrjahren bei der Rothschild-Bank und in Hongkong gründete er seine eigene Investmentfirma: Somerset Capital Management verwaltet heute Vermögen in Höhe von 8,5 Milliarden Pfund.

Zu europäische Butter

Jacobs Vater William Rees-Mogg war vierzehn Jahre lang Chefredaktor der *Times*, doch nach dem Kauf der Zeitung durch den australischen Medienmogul Rupert Murdoch schied er aus. Unter diesem Proleten aus der früheren Strafkolonie wollte er nicht dienen. Ein ähnliches, fest in einer glorreichen Vergangenheit verhaftetes Bild Grossbritanniens pflegt sein Sohn: Gerne würzt er seine Reden mit Hinweisen auf Agincourt, Trafalgar und Waterloo – siegreiche britische Schlachten. Seine Sandwiches wiederum würzt er mit der einst in ganz England heissgeliebten salzigen Butter. «Ungesalzene Butter ist eine Sünde wider den Heiligen Geist», meinte der gläubige Katholik unlängst bei einem Lunch mit der *Financial Times*. Die sei viel zu europäisch.

Natürlich zählt der Tory-Abgeordnete zu den Befürwortern eines harten Brexit. Als erz-

konservativer Katholik verurteilt er Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehen, und als Monarchist steht er bedingungslos zu Queen und Krone. So liess er sich die letzten vier Ziffern seiner Mobiltelefonnummer auf 1649 ändern – das Jahr, in dem Charles I., Englands letzter katholischer Stuart-König, auf dem Schafott starb. Und einem Interviewer vertraute er an, dass er auch beim abendlichen

Zugeständnisse an den Zeitgeist? Hier blickt er noch verwunderter unter dem Seitenscheitel hervor.

Bad nicht anders könne, als in der Wanne aufzustehen und Haltung anzunehmen, wenn zum Sendeschluss im Radio «God Save the Queen» erklinge.

Verständlich, dass Rees-Mogg jahrelang das Ziel von Spott und Häme war, vor allem als er 1997 zum ersten Mal fürs Unterhaus kandidierte – ausgerechnet in Fife, einer schottischen Labour-Hochburg. Er verstand noch nicht mal den Dialekt der Leute, und die fanden es befremdlich, dass der Kandidat im Bentley und mit seiner Nanny im Schlepptau durch den Wahlkreis kreuzte. Den Bentley dementierte er später indigniert. Es sei ein Mercedes gewesen.

Authentizität und Glaubwürdigkeit

Der Mann, so das Urteil in Westminster, war eine Karikatur seiner selbst: bestenfalls ein bisschen schrullig, schlimmstenfalls ein unwählbarer Reaktionär. Daher konnte auch die Reaktion von Premierministerin Theresa May nicht überraschen, als man sie fragte, ob sie sich Jacob Rees-Mogg als Minister vorstellen könne. Sie begann hemmungslos zu kichern. «Weitاً länger, als das meine Mutter für angebracht gehalten hätte», lautete Rees-Moggs trockener Kommentar.

Doch das Lachen ist der glücklosen Regierungschefin vergangen (so wie sie seit ihrer Wahlschlappe auch nicht mehr über ihren Labour-Konkurrenten Jeremy Corbyn spottet). Denn Rees-Mogg ist bei den Tories zu einer Kultfigur geworden. Auf dem jüngsten Parteitag der Konservativen trat er binnen 48 Stunden bei neun ausverkauften Veranstaltungen auf. «Es gab viele gute Reden auf der Konferenz», resümierte die Abgeordnete Penny Mordaunt ironisch. «Ein paar wurden nicht von Jacob Rees-Mogg gehalten.» Bei einer internen Umfrage landete er als möglicher Nachfolger Mays an zweiter Stelle – hinter Brexit-Unterhändler David Davis und weit vor Boris Johnson. Dieses einstige *enfant terrible* wird von den meisten nur noch als *terrible* empfunden – einfach schrecklich.

Rees-Moggs Popularität speist sich aus derselben Quelle, die auch Labour-Chef Corbyn in der Publikumsgunst nach oben spülte:

Authentizität und Glaubwürdigkeit. Die Wähler sind von der Kaste prinzipienloser Karrieristen derart angewidert, dass es sie nach Politikern mit Grundsätzen gelüftet, selbst wenn sie die nicht teilen. «Was immer man über seine Meinungen denkt, so halte ich es doch für wichtig, dass er den Mut hat, sie auszusprechen», zitierte der *Guardian* das Urteil eines Achtzehnjährigen über Rees-Mogg. Der denkt genauso. Als Corbyn nach den Terroranschlägen in Frankreich mit Kritik am Schusswaffeneinsatz von Polizisten allgemeine Entrüstung entfachte, verteidigte ihn der Konservative: «Ich teile seine Meinung nicht, aber ich bewundere seinen Mut, etwas Unpopuläres zu sagen, weil er selbst davon überzeugt ist.»

«Ich bin doch kein Kaninchen»

So viel Anstand ist selten geworden in der Politik, und Rees-Mogg ist ein grundanständiger Mensch. Ausserdem ist er von ausgesuchter Höflichkeit. «Nice to meet you», verabschiedete er sich frei von jeglichem Sarkasmus von einem Demonstranten, der ihn «verabscheuungswürdig» genannt hatte. Das kommt beim Wähler ebenso gut an wie seine Fähigkeit, komplizierte Zusammenhänge einfach und intelligent zu erklären, ohne sich dabei auf ein niedrigeres Niveau zu begeben.

Zugeständnisse an den Zeitgeist? Bei dieser Frage blickt er noch verwunderter unter dem knabenhaften Seitenscheitel hervor als gewöhnlich. Das ist schliesslich der Mann, der stolz zu Protokoll gab, bei seinen Kindern nie eine einzige Windel gewechselt zu haben – «weil die Nanny sicher nicht damit einverstanden wäre». Vegetarier verstört er, weil er penibel alles Grünzeug von seinem Teller entfernt: «Ich bin doch kein Kaninchen.»

Jede Form der Anbiederung ist ihm zuwider: «Politiker, die sich als «Männer des Volkes» ausgeben, waren mir schon immer suspekt, denn das ist eine ziemlich herablassende Welt-sicht», meint er. «Jeder hat seine eigenen... Erfahrungen, und man kann als Politiker nicht dasselbe Leben gelebt haben, das alle anderen gelebt haben.» Matthew Parris, *Times*-Kolumnist und ein alter Freund von ihm, nennt ihn «ganz einfach einen aufrechten, unbeugsamen, unerbittlichen Reaktionär» – und das ist keineswegs als Tadel gemeint.

Den Wirbel um seine Person tut er bescheiden als etwas ab, was «aufgeschäumt» worden sei: «Ich bin ein stiller Politiker aus dem West Country, der im Sommer ein klein wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, mehr nicht.» Im Unterhaus wird er weiterhin auf den hinteren Bänken sitzen, nicht zuletzt deshalb, weil er da seine überlange Figur besser ausstrecken kann. Aber von dieser Warte aus wird er ruhig zusehen und abwarten, bis die Stunde der Exzentriker im Königreich geschlagen hat. ○



Kinderträume, die wahr werden: Michelle Willems in «Nussknacker und Mausekönig», Opernhaus Zürich



Ikone der Woche

Magie der Fantasie

Von Hildegard Schwaninger

Es wird Weihnachten auf der Opernhausbühne (dabei sind wir noch mitten im Oktoberfest): «Der Nussknacker» wird gespielt. Das Ballett, nach einer Erzählung von E. T. A. Hoffmann, spielt am Weihnachtsabend, dem Lieblingsfest der Kinder. Die Russen lieben ihren Tschaikowsky, nach «Schwanensee» ist «Nussknacker» das beliebteste Ballett des russischen Komponisten. In den USA gehört das Stück zum Weihnachtsfest wie Gänsebraten, Christbaum und Geschenke.

Christian Spuck, Chef des Zürcher Balletts, bringt «Nussknacker und Mausekönig» in eigener Choreographie auf die Opernhausbühne. Spannend, was er daraus macht. Die nicht sakrosankte Szenenfolge (der Ablauf ist nicht festgelegt) hat Spuck so zusammengestellt, dass die Handlung flüssig und plausibel wird. «Nussknacker» ist ein Märchen, das Kinder einfach lieben müssen: Man feiert ein traditionelles Weihnachtsfest. Und was passiert? Die Spielsachen werden lebendig! Kinderträume, die wahr werden.

Die Handlung um Prinzessin und Mausekönig ist kompliziert, nicht eigentlich spannend. Wichtig ist (zum Verständnis des Titels), dass ein Prinz in einen Nussknacker verwandelt wird. Die Magie der Fantasie, das Zauberland der Träume spielen die Hauptrolle. Deshalb ist die Ausstattung wichtig. In dieser Produktion wundervoll gelöst durch Bühnenbildner Rufus Didwizus und Lichtgestalter Martin Gebhardt. Und die Kostüme! Da zieht Buki Schiff alle Register: lustig, bunt, mit modischem Flair.

«Nussknacker und Mausekönig» löste an der Premiere Jubel aus, auch wenn fast keine Kinder da waren. Die Choreografie gibt den Tänzern Gelegenheit, zu zeigen, was sie können – und das zur herrlichsten Musik (Dirigent Paul Connelly). Man erlebt die Stars der Zürcher Ballettkompanie in Hochform: Michelle Willems ist eine rührend zarte, blonde Marie im himmelblauen Kleid (siehe Bild), Daniel Mulligan ihr Bruder Fritz, Dominik Slavkovsky der unheimliche Pate Drosselmeier, in dessen Werkstatt die Zaubermaschinen mit mechanischen Figuren stehen. Und Ina Callejas, als Clown verkleidet, spielt Akkordeon.

Ein poetischer Abend – mehr Vorfreude auf die stillste Zeit im Jahr geht nicht!

Nussknacker und Mausekönig:
Ballett von Christian Spuck nach dem Märchen
von E. T. A. Hoffmann.
Opernhaus Zürich, bis 15. April 2018.

Der Mensch als Sklave seines Telefons

Letzte Woche sprach der brillante amerikanische Erzähler Jonathan Franzen als Preisträger in der Aula der Uni Zürich. Der Anlass begann düster, mündete dann aber beim Abendessen in eine lebhaft Diskussions im Zeichen einer schönen Einsicht: Das Leben ist vielschichtiger als die Theorie, und die Menschen sind anders, als man sie sich nach öffentlichen Auftritten vorstellt. *Von Roger Köppel*

Ein guter Schriftsteller hat die Fähigkeit, gute Geschichten zu erzählen. Dass er sich darüber hinaus auch als überlegener Deuter des politischen Geschehens eignet, ist nicht unbedingt gesagt. Der Amerikaner Jonathan Franzen, 58, gehört sicher zu den bedeutendsten Literaten der Gegenwart. Mit seinen beiden Romanen «Die Korrekturen» (2002), knapp drei Millionen Gesamtauflage, und «Freiheit» (2010) erzielte er zwei Welterfolge, die ihn auch bei der Kritik zum Star machten. Ein Teil der Begeisterung rührte wohl auch daher, dass Franzen das Lebensgefühl des progressiven linksliberalen Mittelstands in den USA und damit auch die Gesinnungslage seiner journalistischen Bewunderer präzise traf. Ungeachtet dessen ist er einer der grossen Autoren.

Nach Zürich kam Franzen auf Einladung der Frank-Schirmmacher-Stiftung. Diese Organisation verleiht seit 2015 jährlich einen Preis an herausragende Interpreten des Zeitgeschehens. Den Anfang machte der deutsche Essayist Hans Magnus Enzensberger. Es folgte der Franzose Michel Houellebecq und jetzt eben der Amerikaner Franzen. Die beiden Stiftungsratspräsidenten, der Unternehmer Michael A. Gotthelf und Martin Meyer, früherer Chef des NZZ-Feuilletons, achten auf eine politisch ausbalancierte Hochprofilwahl, was ihnen bis jetzt bestens gelang. Der Preis ist benannt nach dem deutschen Publizisten Frank Schirmmacher (1959–2014), der als Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wirkte und in Deutschland unter Journalisten Heldenstatus einnimmt.

Handelsübliches Trump-Bashing

In der altherwürdigen Uni-Aula hielt Franzen in seiner Preisrede eine exzellent formulierte, charmant vorgetragene, aber auch recht konventionelle Moralpredigt gegen den überbordenden Kapitalismus, die angeblich totalitäre Weltherrschaft der Technologiefirmen Google und Facebook sowie, unvermeidlich, gegen den US-Präsidenten Donald Trump. Geschenkt waren besonders die Pointen gegen den Mann im Weissen Haus. Das Publikum applaudierte freundlich, aber vermutlich nicht nur deshalb, weil alle gegen Trump gewesen wären, sondern auch, weil es vielen mittlerweile zu anstrengend geworden ist, sich dem

rituellen Trump-Bashing zu verweigern. Wer nicht absolut und total gegen den Präsidenten ist, gilt ja bereits als Fan und droht blöd gemacht zu werden.

Interessant waren Franzens Referat und die anschliessende Diskussion, als er auf die Rolle der Literatur zu sprechen kam. Er forderte die Schriftsteller auf, nicht mit den Wölfen zu heulen, sondern dagegenzuhalten, eine unverwechselbare, von der Masse sich unterscheidende Einzelstimme zu entwickeln. Der Mensch sei ein «Bündel von Widersprüchen», nicht auf einen Nenner zu bringen, ein Sammelsurium unversöhnlicher Impulse. Radikale Subjektivität sei gefragt. Es war dann allerdings



Laudator Sascha Lobo.

etwas ironisch, dass ausgerechnet Franzen als Verfechter der Unverwechselbarkeit und des konträren Standpunkts in eine handelsübliche Polemik gegen Trump und Google abglitt. Nichts ist heute abgedroschener und austauschbarer als Kritik am neuen Präsidenten. Andererseits avancierte Franzen so unfreiwillig zum Beleg für seine eigene Theorie, die eben stimmt: dass der Mensch ein Bündel von Widersprüchen ist und es nicht einmal bemerkt.

Auch sachlich überzeugte die ermüdende Dauer-Fehde gegen den Präsidenten nicht. Das Bemerkenswerte ist gerade: Trump ist harmloser, als uns seine Gegner einhämmern. Spekulieren wir nicht über seinen mutmasslichen Charakter, lassen wir seine Twittererei beiseite. Schauen wir nüchtern auf die Fakten, zehn Monate nach Amtsantritt: Die USA stehen noch, Obamas Gesundheitsreform lebt und lebt, als wäre der Neue nie gewählt worden. Auch die «Mauer» hat den Raum der präsidentialen Fantasie noch nicht verlassen, wobei er, immerhin, die illegale Migration eindämmte. Bei den Stürmen in Florida und Texas verhielt sich Trump vorbildlich. Gegen Nordkorea fährt er auf der traditionell republikanischen Linie der nuklearen Abschreckung, die im Kalten Krieg den Frieden sichern half.

Statt Höllensturz gibt es lediglich Blockade in Washington. Wir haben drei Parteien, die sich gegenseitig belauern und blockieren: Republikaner gegen Demokraten und Trump gegen alle. Gut, aus dem Klimaprotokoll stieg er aus, aber da musste selbst Franzen berim

Mittagessen einräumen, dass der Pariser Vertrag, so wichtig er symbolisch sei, von der Substanz her fast nichts bringe.

Fazit: Trump verunsichert heilsam die Machtkartelle in Politik, Kultur und Medien. Das ist gut. Kritisieren kann man, dass er weniger bewegt als versprochen. Das aber ist nicht nur seine Schuld. Bis jetzt ist Trump rhetorisch eine Art Muhammad Ali der Politik geblieben, ein aufreizendes Grossmaul, das sich dauernd selber lobt («Ich bin der Grösste!»), worüber man sich ja aufregen darf, aber ein Weltuntergang ist es bei weitem nicht.

Von der deutschen Kultur geprägt

Ebenfalls keine Freude bereiten Franzen die Entwicklungen im Internet. Seine Formel lautet: «totalitärer Techno-Konsumerismus». Die Konzerne Facebook und Google drohten die Weltherrschaft an sich zu reißen. Wer nur schon achtlos auf seinem Facebook herumtippe, schaufle dem Multimilliardär Mark Zuckerberg weitere Millionen in die Tasche. Für Franzen ist der Mensch inzwischen zum Sklaven des Smartphones geworden, zum Prothesenwesen, das von seinen Prothesen beherrscht wird. Das Internet sei zwar nützlich beim Recherchieren und beim Buchen von Reisen, doch es mache süchtig und höhle die Demokratie aus. Letzteres wurde nicht näher begründet, ausser mit der Behauptung, ohne Twitter wäre Trump nie gewählt worden.

Das war dann doch etwas dick aufgetragen, denn als einfühlsamem Beschreiber hätte Franzen auffallen müssen, dass das Internet und die sozialen Medien durchaus demokratiebefördernde Eigenschaften haben können. Die neuen Kanäle haben die öffentliche Kommunikation verbilligt und geben auch Leuten eine Stimme, die sie vorher kaum erheben konnten. Dank Twitter und Facebook gibt es vielleicht mehr sichtbaren Unsinn, mehr Krawall und Eitelkeit, aber insgesamt auch mehr Vielfalt in der Demokratie. Die festgefahrenen Denk- und Meinungsmonopole der klassischen Medien wurden aufgebrochen, und Trump scheint eher ein Symptom als ein finsterer Drahtzieher dieser Entwicklung. Auf die Ein- und Ausschaltknöpfe der Maschinen drücken immer noch die Menschen.

In solchen Momenten merkte man, dass Franzen stark von der deutschen Kultur ge-



«Techno-Konsumerismus» und Weltherrschaft von Facebook: Literatur-Star Franzen.

Vielfalt, die begeistert.

Seit ihrer Gründung 1933 ist die *Weltwoche* eine unkonventionelle Zeitung. Sie setzt sich mit gehaltvollem Journalismus für die Schweiz ein. Die *Weltwoche* hat eine klare Ausrichtung. Sie begeistert aber auch mit ihrer Meinungsvielfalt. Überzeugen Sie sich selbst.

Probe-Abo
8 Ausgaben
nur Fr. 38.–



Jetzt bestellen:
www.weltwoche.ch/probeabo
Telefon 043 444 57 01



prägt ist. Seine Helden sind Kafka, Hegel und besonders Thomas Mann. Als junger Student verbrachte er einige Zeit in München und in Berlin, als dort der Punk herrschte und die linke Szene die Stadt kulturell noch fester im Griff hatte als heute. Wer sich geistesgeschichtlich etwas auskennt, hörte in Franzens Ausführungen zudem einen Widerhall jener klassischen linkskonservativen deutschen Kulturkritik des frühen 20. Jahrhunderts, als Autos und Kühlschränke erfunden wurden und die Intellektuellen gegen die «Elektrifizierung» und «Vermassung» anschrieben, jetzt einfach gemünzt auf die neuen Apparate. Es gibt nichts Neues unter der Sonne, und die Schriftsteller und Filmregisseure übertrieben schon damals, als sie den technischen Fortschritt pauschal verteufelten.

Der Mann mit dem Irokesenkamm

Ein interessanter, leicht absurder Farbtupfer war der Auftritt von Franzens Laudator Sascha Lobo. Der deutsche Kolumnist und Blogger, dessen Markenzeichen ein rötlich eingefärbter Irokesenkamm ist und eine Sprechgeschwindigkeit wie eine digitale Hochdruckleitung, gab Franzen recht und widersprach zugleich. Das Internet biete Chancen und Möglichkeiten, es eröffne Spielräume der Freiheit, er selber habe dank Twitter seine Frau kennengelernt, aber gegen die Verkapitalisierung und den Vormarsch der Rechten müsse man sich schon zur Wehr setzen. Lobo gilt als Internetprophet der ersten Stunde, war Unternehmer in der Werbung, Mitarbeiter der SPD, strauchelte, erfand sich neu als Philosoph des Digitalen und wird heute in deutschen Talkshows vor allem dafür gebraucht, den Moderatoren dabei zu helfen, rechte Politiker eloquent in der Nazi-Schublade einzusargen.

Lobos Performance war eine Bravourleistung der Rhetorik, eine geistesblitzreiche Brandrede in frei gesprochenen Satzkaskaden, wobei nicht immer deutlich wurde, ob er nun eine Laudatio auf Franzen oder auf sich selber hielt, virtuose Thesen-Poesie am Übergang zum Einpersonenstück mit klarer Message. Für Lobo ist Trump wahlweise ein «Idiot» oder ein «Hilfsfaschist», und den erfolgreichen Verleger Rupert Murdoch nennt er einen «Kryptofaschisten». In der digitalen Schwarzweisswelt des rot-grünen Moralisierers Lobo ist fast jeder, der nicht so links ist wie er, entweder «dumm», «unredlich» oder «faschistisch». Faschisten überall.

Sich selber hingegen deklariert Lobo, klar, als Vorkämpfer der «Aufklärung», als Streiter für «die liberale Demokratie» und «die offene Gesellschaft», wobei Lobos offene Gesellschaft vor allem jene umfasst, die seine politischen und moralischen Ansichten teilen. Ich gehöre zu den Guten, dort drüben sind die Bösen. Spätestens beim Grande Finale seiner Rede



Stiftungspräsident Gotthelf und Franzen vor dem Wohnhaus Thomas Manns in Kilchberg.

wurde somit überdeutlich, dass der Vortragskünstler mit der lustigen Frisur aus der Werbung kommt. Lobo liebt das Logo, die Markenbotschaft, den schmissigen Slogan, was allerdings als Beitrag zur Debatte über die Weltpolitik und unser Zusammenleben etwas zu flach eingespeist war. Als Zuhörer fragte man sich zudem: Wird hier Franzen eigentlich für seine Literatur oder für seine Gesinnung gewürdigt?

Links ist den ganz Linken zu rechts

Allerdings: Das Leben ist vielschichtiger als die Theorie, und die Menschen sind oft anders als an ihren öffentlichen Auftritten. Beim Apéro nach der Preisverleihung begegnete uns ein verwandelter Franzen, auf einmal listig, ironisch, so ganz und gar nicht mehr der Kulturpessimist von vorhin. Bei einem Glas Weisswein machte er sich bereits über seine eigenen Thesen lustig und erklärte entwaffnend, eigentlich interessiere ihn das Innenleben seiner Romanfiguren viel mehr als die grosse Gesellschaftstheorie, die man von ihm erwarte.

Wir kamen auf einen anderen aufschlussreichen Fall, und zwar auf seinen eigenen. Franzen erzählte, wie er vor ein paar Jahren einen Essay für den *New Yorker* über den Klimawandel schrieb. Man muss wissen: Franzen ist ein grosser Klimawarner und Umweltschützer, der viel Zeit beim Beobachten von Vögeln in der Natur verbringt. Beim Thema Klima ist er noch pessimistischer als beim Internet: Der Zug sei abgefahren, die Erwärmung eile voran, die Katastrophe sei nicht mehr abzuwenden.

Mit dieser Erkenntnis im Hinterkopf schrieb er für den *New Yorker* seinen Aufsatz. Da der Klimawandel nicht mehr gestoppt werden könne, müsse man sich auf die praktische Lösung naheliegender Umweltprobleme konzentrieren: Rettung von Biotopen, Abbau von Windrädern in Vogelrevieren, weniger Verschandelung et cetera. Er lobte auch einen amerikanischen Multimillionär, der mit marktwirtschaftlichen Methoden mehr erreiche als gesinnungsethische Umweltschützer. Das war dann zu viel. Franzen geriet ins Visier der Öko-Frömmeler; Hurrikane von «Shit» in

den Echokammern des Internets. Auch der *New Yorker* knickte ein. Chefredaktor David Remnick, der das einst eklektische Blatt stark nach links drückte, teilte Franzen mit, er könne, wolle seine Essays nicht mehr drucken. Der ökolinke Schriftsteller wurde dem ganz linken Intelligenzblatt zu rechts, als ob der Moralismus seine eigenen Kinder verschlinge – eine Pointe wie aus einem Franzen-Roman, aber auch zeittypisch für das Milieu, das dauernd von «Offenheit» und «Toleranz» schwadroniert, um dann das exakte Gegenteil zu machen. Sie reden von Vielfalt, aber wenn sie dann kommt, klemmen sie sie ab.

Das Happy End

Im Sog dieser Diskussion über Meinungsvielfalt, Demokratie und Toleranz lockerte sich auch Laudator Lobo auf. Zwar blieb unüberschaubar, dass er in mir so etwas wie einen Doppelgänger Trumps mit Brille sah, was ihn dann allerdings doch nicht daran hinderte, mir etwas zu sagen, was er wohl als Lob verstand: dass ich zu intelligent und zu nett für diese «rechten» Positionen sei. Sind Intelligenz und Moral automatisch links?

Mein Argument, auch die Aufgabe des Journalismus bestehe darin, – mit Franzen – immer wieder gegen den Mainstream anzuschreiben, These/Antithese, Aufklärung durch Widerspruch et cetera, wollte er zunächst nicht gelten lassen. Doch irgendwann stürzte, nach ein paar Gläsern Wein, auch diese Festungsmauer ein. Man einigte sich auf ein mutmassliches Thomas-Mann-Zitat, nach dem man auf einem Boot, das sich zu sehr nach links neige, Gewicht nach rechts verlagern müsse, um ein Kentern zu vermeiden. Nach einem Abendessen lebhafter, erhellender Gespräche gingen wir fast in Freundschaft auseinander.

Doch das Ganze bezahlen die Konzerne

Hängen blieb auch ein symbolträchtiges Schlussbild aus der Rede: Preisträger Franzen steht auf dem Marmorpodium der Uni-Aula und taucht immer tiefer in die kulturpessimistische Materie ein, den «Techno-Konsumerismus» und die Profitmaschine des globalen Kapitalismus in genialen Formulierungen geisselnd. Fast neckisch leuchten derweil hinter seinem Rücken auf der Leinwand die Namen der Sponsoren auf: unter anderen UBS, Swiss Re, Nestlé, Novartis, Holcim, Zurich, EY, Swiss Life, Vontobel, Roche und Credit Suisse. Der schweizerische Teil der internationalen Konzernelite, die hier so kunstvoll zerzaust wird, darf am Ende doch die Rechnungen und Honorare bezahlen, die diesen lehrreichen Anlass überhaupt erst möglich machen. Der Mensch ist eben ein Sammelsurium von Widersprüchen, in die er sich immer wieder ahnungslos verstrickt: Aus dieser wichtigsten Einsicht Franzens gab es an diesem Abend kein Entrinnen.

Randale auf Bestellung

Die Frankfurter Buchmesse war dieses Jahr ein Schlachtfeld. Man wollte es den Rechten zeigen. So richtig.

Von Matthias Matussek



Wir reißen euch alle mit, ihr Ungläubigen: linke Aktivisten am Stand des Antaios-Verlags.

Eher zähneknirschend hatte die Messeleitung die Stände der rechten, also «demokratiegefährdenden» Verlage genehmigt, nicht ohne aber die Standnummern zu verkünden, um den linken Hooligans klarzumachen, wo der Feind sitzt, nach dem Stehkurven-Motto: «Schiedsrichter, wir wissen, wo dein Auto steht».

Zusätzlich hatte der zu Messebeginn einlaufende Frankfurter Oberbürgermeister einen Tisch der Anne-Frank-Stiftung vor den gefährlichen Antaios-Verlag tragen lassen, gehorsam gerahmt von besorgten Bürgern, die auf sorgsam gedruckten Plakaten protestierten und vor dem Faschismus und den Nazis warnten, für den Fall, dass es immer noch Leute gibt, die «Nazi» für eine harmlose Feuchtigkeitcreme halten oder «Faschismus» für ein neues biologisches Nahrungsergänzungsmittel.

Aufklärung! Seid wachsam, Bürger! Gerade auf einer Buchmesse!

Es hat dieses zivilgesellschaftlichen Engagements nicht bedurft, die Randalen begannen am Stand der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, wo Autor Karlheinz Weissmann in seinen Ausführungen durch einen aufgebrachten Opa mit Rufen wie «Halt die Fresse» und «Nazi» aus dem Konzept gebracht wurde.

In der folgenden Nacht – irgendwo stand wohl rätselhafterweise ein Fenster offen – wurden dann die Stände des Verlags Manuskriptum und des Magazins *Tumult* heim-

gesucht, Bücher mit Zahnpasta beschmiert, Pfeiler mit Penissen verziert, sozusagen die Fortsetzung der Diskussion als Klowand-Schmiererei.

Während also die Beletage die Freundschaft mit Messegast Frankreich feierte (Macron! *Grandeur! Triomphe!*) und vor allem die festliche Europa-Vision mit dem Buchpreis für Robert Menasses EU-Roman «Die Hauptstadt», wurde im politischen Parterre getreten.

Ich setzte mich zu Frank Böckelmann an den *Tumult*-Stand, der sich, nun ja, nach der Antifa-Räuberei kühn minimalistisch ausnahm. Unser Gespräch war lustiger Galgenhumor, Böckelmann erzählte, wie er die Zeitschrift einst mit Foucault gegründet hatte und nun neu erfunden hat – stilistisch brillant und für die Theoriebildung der rechten Intelligenz heute so wichtig wie es das damalige *Kursbuch* für die linke unter Enzensberger in den 68ern war. Untertitel: «Vierteljahresschrift für Konsensstörung». Ziel erreicht, würde ich sagen.

Strategen der Sprachlosigkeit

Nach einem Besuch bei meinem wie immer merkwürdig vergnügten Verleger Roland Tichy einige Kombüsen weiter ein Gespräch mit Götz Kubitschek, dem Grossdenker der Rechten und verteuflten Macher des Antaios-Verlages. Mittlerweile gibt es kaum eine Illustrierte im Lande, die ihn nicht auf seinem

«Rittergut» bei Schnellroda besucht und über die altbürgerlichen Manieren der Familie teils fasziniert, teils belustigt berichtet hat.

Seine Töchter bedienten sich an den Gummibärchen vom Amadeu-Stand, der staatlich finanzierten Internet-Denunziations-Initiative gegenüber, ich besorgte mir das Antaios-Buch «Mit Linken leben» von Lichtmesz/Sommerfeld – man lernt nie aus – und begab mich zur Party von Joachim Unseld, mein persönlicher Messehöhepunkt all die Jahre, weil da sowieso alle sind, die ich treffen will.

Kurz noch eine Bemerkung zu Frankreich und Deutschland und der EU. Gemeinsamer Finanzminister? Ehrlich gesagt, traue ich dem Braten nicht. Frankreich stellt sich das wahrscheinlich so vor: Jeder tut das, was er am besten kann. Also die Franzosen übernehmen das glanzvolle Repräsentieren und Savoir-vivre, die Deutschen mit ihren schlechten Tischmanieren das Arbeiten und Zahlen.

Auf einem Podium hatten sich Schriftsteller beider Länder präsentiert, Michel Houellebecq wünschte sich mal einen schönen deutschen Liebesroman, Talent hätten sie doch, meinte er, nachdem das Gelächter abgeebbt war, denn die deutsche Sektion auf Youporn sei allererste Sahne, worauf der Saal erstarrte und das Feuilleton am nächsten Tag durch die Bank verstimmt war.

Houellebecq stand auch auf Unselds Party herum, draussen, bei den Rauchern, ich fasste mir ein Herz und sprach ihn auf die Katholiken in Frankreich an, die zu Hunderttausenden gegen Sexualekundeunterricht und Genderwahn und Abtreibung auf die Strasse gegangen waren. Er sah darin, wie er in einem Interview sagte, ein Zeichen der Hoffnung, eine Résistance gegen die Islamisierung ... Doch nun hob er abwehrend die Hände, er spreche kein Englisch, er sprach überhaupt viel lieber mit Laura Karasek, der unbestrittenen Messe-Queen, Tochter meines verstorbenen Freundes Hellmuth Karasek: dreisprachig, schön,

Wenn schon nicht Revolution, dann wenigstens Gottesstaat, also Steinzeit.

Juristin mit Bestnote, eine Mischung aus Jennifer Lawrence und der schöneren Ausgabe von Jennifer Lawrence. Er dagegen sah aus wie ein alter Waran in seinem Parka, und der wiederum sah aus, als bewohne er ihn, wie Laura in ihrem witzigen Messeblog schrieb.

Am nächsten Tag in Halle 4 sprach Götz Kubitschek über «Finis Germania» des verstorbenen Rolf Peter Sieferle, «Finis Germania», ein Büchlein, das als rechts und ergo «faschistisch» verunglimpft worden war, aber in der Bestsellerliste, geradezu befeuert von der Häme, unaufhaltsam nach oben gestiegen

war, bis es der *Spiegel* aus seiner Bestsellerliste einfach strich – ein Novum in der Geschichte sowohl des *Spiegels* wie des Landes, nach dem Motto: «Was nicht sein darf, soll es auch nicht geben».

Danach ein wunderbares Wiedersehen mit Martin Lichtmesz mit seinem Trotzki-Bärtchen und der blitzenden Nickelbrille. Er machte sich auf zum Beck-Verlag, wo das Buch «Mit Rechten reden» vorgestellt wurde. Fand die Autoren ganz nett, wie er mir später erzählte. Lichtmesz' Buch «Mit Linken leben» ist eine geistreiche Auseinandersetzung mit dem Manichäismus der Linken, ihrem «Säuberungs»-Furor, ihrer Unfähigkeit, einen Gedanken auch nur zuzulassen, der ihrer Gesinnung widerspricht – und damit eine Art Drehbuch für die folgenden Ereignisse.

Denn in der Nacht darauf wurde der Antaios-Verlag verschmiert und ausgeraubt. Als er gemeinsam mit seiner Co-Autorin Cornelia Sommerfeld sein Buch nachmittags vorstellen wollte, standen die Strategen der Sprachlosigkeit und der Diskursabbrüche schon bereit. Er und Sommerfeld wurden zwar gestört, aber die Antifa beruhigte sich wieder, selbst als Bernd Höcke, das Sorgenkind der AfD, auftauchte.

Rätselhafte Untergangslust

Als allerdings dann Martin Sellner, Chef der österreichischen und eingeschworen gewaltlosen, aber trotzdem als rechtsradikal etikettierten Identitären, auftauchte, schwoll das Gebrüll an: Trillerpfeifen, Wutschreie, die jede Urschrei-Therapie übertrumpft hätten (Memo an mich: Vielleicht die Lösung für diese deutsche Hitlerneurose?), Sprechchöre wie «Nazis raus» und «Eure Kinder werden den Koran lesen», was wohl als Drohung gemeint war, also als grösstmögliche Gemeinheit, die sich ein linkes Rosinengehirn ausdenken kann. Der Koran als gaanz üble Strafe.

Rätselhafte Untergangslust. Wenn schon nicht Revolution, dann wenigstens Gottesstaat, also Steinzeit, Schwulenfeindlichkeit, Steinigen von Frauen. Krause linke Gehirne: Wir reissen euch alle mit, ihr Ungläubigen – das ist normalerweise die Psychopathologie von Selbstmordattentätern.

Erst das Ende des Messtages brachte das Ende der Balgerei.

Immerhin war belegt und auch korrekt anderntags beschrieben: Die Linke hat angefangen.

Schlussnotiz: Am Anne-Frank-Stand konnte man sich mit einer Pappfigur fotografieren lassen, wie in Disneyland, doch anders als dort steckt man hier seinen Kopf nicht durch das Gesichtsloch von Mickey oder Arielle, der Meerjungfrau, sondern einer Muslima, die die Finger zur revolutionären Faust ballt.

Venceremos, Allahu akbar. Eine Buchmesse als Schlachtfeld! ○

Autoren

Eine Klasse für sich

Der Schriftsteller Martin Mosebach spielt schwerelos auf allen Manualen der Sprache. Das beweist er einmal mehr in seinem neusten Roman. Bald tritt der Deutsche in Zürich auf. Von Pia Reinacher



Wie ein Schuhmacher: Martin Mosebach.

Am 23. Oktober starte ich an der Universität Zürich in Kooperation mit der Volkshochschule Zürich eine neue Gesprächs- und Lesereihe. Ziel ist die Begegnung mit herausragenden Schriftstellern wie den Deutschen Martin Mosebach (Georg-Büchner-Preis) und Bodo Kirchhoff (Deutscher Buchpreis) sowie den Schweizer Autoren Lukas Bärfuss (Schweizer Buchpreis) und Adolf Muschg (Grand Prix Literatur). Was braucht es zum literarischen Erfolg? Wie hat der Preis ihr Schriftstellerleben verändert? Denken sie beim Schreiben an ihr Publikum oder an den Zeitgeist? Wie kommen sie zu ihren Themen? Diese und andere Fragen werden wir diskutieren und anhand der Lesungen aus neuen Büchern überprüfen können.

Den Anfang macht am nächsten Montag Martin Mosebach. Er ist eine Klasse für sich: brillant, sprachmächtig, fantasievoll, gleichzeitig messerscharf in seinen Beobachtungen gesellschaftlicher Irrwege. Wenige zeitgenössische Autoren verstehen es wie der 1951 in Frankfurt als Sohn eines Arztes und Psychotherapeuten geborene Schriftsteller, schwerelos auf allen Manualen der Sprache zu spielen: Mal erweist er sich als brillanter Ironiker und scharfsinniger Intellektueller, mal als präziser Diagnostiker und Kritiker zeitgenössischer Verhältnisse, um schon im nächsten Augenblick den Leser mit einer hemmungslos sinnlichen Sprache und opulent ausschweifenden Bildern einzulullen.

Mosebach, ein eigensinniger literarischer Aussenseiter, lässt sich nur von den eigenen Vorgaben antreiben. Seine Kritiker störten sich an der Tatsache, dass er sich in kein zeitgenössisches Stereotyp einordnen lässt, weder in den Generationendiskurs der 68er noch in jenen der 89er. Anderen ist seine Sprachmacht suspekt, sie wittern darin Epigonales. Wahr ist, dass sich Martin Mosebach in Bezug auf Genauigkeit der Berichterstattung und sprachlichen Reichtum durchaus an klassischen Erzählern wie Proust, Flaubert oder Thomas Mann orientiert, wenn auch keineswegs zum Nachteil seiner Werke. Erzählen ist für ihn auch ein Handwerk, das er erlernen wollte wie ein Schuhmacher das Fabrizieren der Schuhe.

Glitzernde Hassliebe zur Heimatstadt

So verstandene Literatur setzt präzise Recherchearbeit voraus. Dabei wendet Mosebach sich immer wieder neuen Territorien zu. Im Reiseroman «Stadt der wilden Hunde» (2008) beobachtet er die ganz andere kulturelle Identität der Menschen im indischen Bikaner. Der Gesellschaftsroman «Was davor geschah» (2010) ist ein weiterer Beweis seiner Meisterschaft. Angetrieben von der glitzernden Hassliebe zu seiner Heimatstadt, liefert er ein Röntgenbild der dekadenten «ersten Kreise» der Frankfurter Gesellschaft: ein Porträt, das an hintergründigem Witz, scharfsinniger Satire und psychologischer Genauigkeit kaum zu überbieten ist. Drehbühne des Dramas ist der «Salon» der Hopsten-Familie – und was sich darin anlässlich der sonntäglichen Einladungen abspielt.

In seinem neuesten Roman, «Mogador» (2016), katapultiert sich der ehrgeizige Investmentbanker Patrick Elff mit einem Sprung aus dem Fenster in eine Gegenwelt, um den Verfolgungen der Justiz zu entkommen, die seinen Betrügereien auf die Spur gekommen ist. Er setzt sich ab nach Mogador, der geheimnisvollen Stadt an der marokkanischen Atlantikküste, und landet im Haus von Khadija, einer Hure, Kupplerin, Zauberin und Prophetin, die ihr Universum nach ihren eigenen Gesetzen dirigiert. Martin Mosebach verführt den Leser mit «Mogador» zu einer fantastischen Reise in eine märchenhaft orientalische Welt, in der Dämonisches an die Stelle des Rationalen tritt und das Zauberrische das Schicksal der Menschen bestimmt.

Lesung und Gespräch mit Pia Reinacher: Montag, 23. Oktober, 19.30 Uhr. Uni-Zentrum, Rämistrasse 71, Zürich. Tickets (Fr. 30.–) an der Abendkasse oder über www.grossebuechergrosseautoren.ch

Kunst der Manipulation

Vor Gedankenleser Tobias Heinemann ist nicht einmal der geheime Handy-PIN-Code sicher. Dahinter steckt weder Schwindel noch Zauberei. Begegnung mit einem Mann, der den Schlüssel zu den Gehirnen der Menschen besitzt. *Von Rico Bandle*



Wie Schachspielen: Mental-Entertainer Heinemann.

Manchmal lässt er selbst bei grössten Skeptikern den Glauben an Übersinnliches aufkommen. In einem Supermarkt überreicht Tobias Heinemann einer zufällig anwesenden Frau einen verschlossenen Umschlag. Darin stehe, was sie einkaufen werde. Er fordert sie auf, sich nun eines der über 20 000 Produkte in dem Laden auszusuchen. Sie schaut sich um, bleibt beim Gestell mit den Süssigkeiten stehen, nimmt eine Tafel Ovomaltine-Schokolade aus dem Regal. Daraufhin öffnet sie den Umschlag. Tatsächlich steht auf dem Zettel: «Ovo Schokolade».

In einem anderen Experiment führt er TV-Moderatorin Mona Vetsch in eine Halle, in der 150 unterschiedliche Gegenstände auf dem Boden liegen. Sie muss in Gedanken drei auswählen und sich diese verdeckt notieren. Natürlich findet Heinemann heraus, welche sie gewählt hat.

Noch verblüffender ist es, wenn der «Mentalist» bei einer Person den Namen der Mutter, den PIN-Code des Handys oder sonst etwas herausfindet, was er eigentlich unmöglich wissen kann.

Wie macht er das?

Heinemann ist weder Esoteriker noch Guru, er selbst glaubt nicht an übersinnliche Fähigkeiten. In seinem neuen Buch, in welchem er die Grundzüge einiger seiner Techniken erklärt, macht er von Anfang an klar: «Nach heutigem Wissensstand gibt es absolut keine Möglichkeit, dass irgendjemand oder irgendetwas im wahrsten Sinne unsere Gedanken eins zu eins lesen oder erleben kann.» Aber er bedient sich zum Teil derselben Methoden wie Wahrsager und Hellseher – ein Berufsstand, für den er nur Verachtung übrig hat. Wenn Scharlatane gar vorgeben, Kontakt zu Verstorbenen oder zu entführten Kindern herstellen zu können,

so hält er dies für einen «besonders abscheulichen Betrug». Auf diesen Betrug allerdings fallen selbst Journalistinnen – ja, meistens sind es Frauen – von grösseren Zeitungen herein: Alle paar Monate besucht eine Redaktorin ein Medium und berichtet dann, wie dieses zu ihrer Verblüffung Kontakt mit ihrer verstorbenen Grossmutter aufnahm und erstaunliche Dinge über sie in Erfahrung bringen konnte.

Börsenanalysten und andere Schwindler

Die bekannteste Technik, auf die viele Fernsehwahrsager zurückgreifen, ist das sogenannte Cold Reading. Mit Aussagen, die auf alle Menschen zutreffen – «Mitunter zweifeln Sie an der Richtigkeit Ihrer Entscheidungen» oder «Ich sehe eine Verbindung zu Amerika» –, gibt das Medium dem Klienten das Gefühl, es wisse über ihn Bescheid. Interessanterweise, so führt Heinemann in seinem Buch aus, sind die For-

mulierungen von Wahrsagern, Astrologen und Börsenanalysten ganz ähnlich konstruiert. Ein Satz wie «Die Aktie XY hat ein erhebliches Steigerungspotenzial, auch in einem globalisierten Konkurrenzumfeld» sei weder richtig noch falsch, gaukle aber vor, etwas Inhaltliches zu deren Zukunftsaussichten zu liefern.

In der Einzelsitzung bringt ein Wahrsager seinen Kunden unbemerkt dazu, Dinge von sich preiszugeben, die er aufnehmen und weiterspinnen kann. So tastet er sich behutsam vor, bis er Details aus dessen Leben nennen kann. Am Ende hätten fast alle Klienten das Gefühl, der Wahrsager verfüge in Bezug auf sie über Kenntnisse von Einzelheiten, die er unmöglich haben könne, so Heinemann. «Bei wahren Meistern haben selbst misstrauische Menschen kaum eine Chance, die Manipulation zu bemerken.»

Heinemann nutzt ebenfalls Cold-Reading-Techniken, um in seinen Bühnen oder Fernsehshows fremden Leuten Geheimnisse zu entlocken. Allerdings kombiniert er sie mit anderen Methoden. Wichtig ist vor allem die Körpersprache. Anhand der Augenstellung, der Muskelanspannung und der Haltung erkennt er zum Beispiel, ob jemand lügt oder nicht. «Es gibt keine allgemeingültige Regel. Man muss die Person zuerst beobachten und mit Fragen austesten, dann erst kann man ihre Reaktionen deuten.» Herauszufinden, in welcher Faust jemand eine Münze versteckt hält, funktioniert bei ihm fast zu hundert Prozent. Bei schwierigeren Versuchsanlagen sinkt die Wahrscheinlichkeit. «Es ist immer eine Annäherung. Verschiedene Indikatoren zeigen mir etwas an, daraus muss ich dann Schlüsse ziehen.»

Eine Frau ins Bett bringen

Dabei handle es sich um Fähigkeiten, die man trainieren könne wie Klavierspielen. Und wie ein Meisterpianist übt auch er seit seiner Jugendzeit wie ein Besessener. «Die detektivische Vorgehensweise hat mich von früh auf fasziniert.» Mit sechzehn Jahren befasste er sich bereits mit Kommunikationstechniken wie dem Neurolinguistischen Programmieren (NLP), studierte die verschiedenen Lügentheorien, las Abhandlungen über die Psychologie der Beeinflussung wie jene von Robert B. Cialdini.

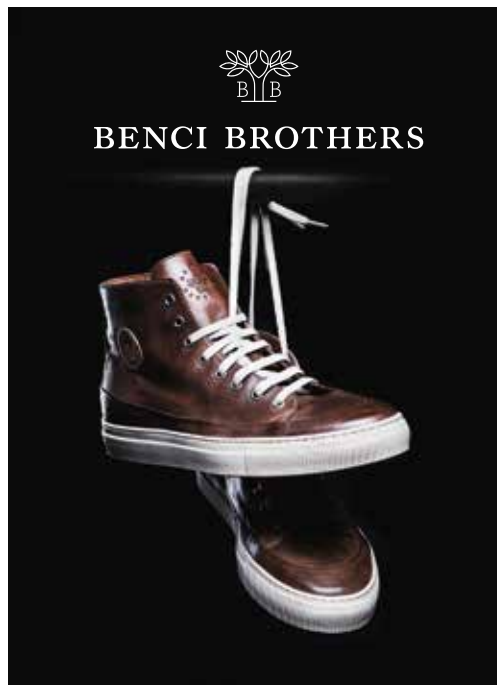
Zu seinen Spezialitäten gehört es, feinste unbewusste Muskelzuckungen zu erkennen und zu lesen. Oft hält Heinemann das Handgelenk der Versuchsperson, daraus erspürt er Dinge, die das Publikum als verblüffende Gedankenleserei interpretiert.

Vielleicht ist dies die Paranoia des Skeptikers, doch sitzt man Heinemann gegenüber, so kriegt man tatsächlich das Gefühl, besonders genau beobachtet zu werden. Mit seiner sanften, freundlichen Art schafft es der glatzköpfige Mann trotzdem, dass man sich wohlfühlt, dass Vertrautheit aufkommt. Oder ist auch das bloss Resultat bewusster Manipulation? In seinem

Buch erklärt Heinemann die Methoden, wie man Vertrauen aufbauen und Zustimmung generieren kann. Es sind dieselben Tricks, die auch gute Verkäufer anwenden. Einige erkennt man sofort bei Online-Hotelportalen, wo dann steht: «112 Leute haben sich dieses Hotel heute schon angesehen» oder «Nur noch zwei Zimmer zu diesem Preis verfügbar» (Knappheit vor-

Herauszufinden, in welcher Faust die Münze ist, funktioniert bei ihm fast zu hundert Prozent.

täuschen). Andere sind subtiler, zum Beispiel, wenn zuerst eine leicht zu erreichende Zustimmung eingeholt wird, da erwiesen ist, dass dadurch die Wahrscheinlichkeit auf positiven Bescheid beim eigentlichen Gegenstand steigt. Funktioniert diese Technik auch, um Frauen zu verführen? «Das ist nicht meine Absicht. Aber



klar ist das möglich, Beispiele gibt es genug.» So erwähnt er den Fall von Susanne Klatten, der reichsten Frau Deutschlands. Ein nicht einmal sehr gut aussehender Gigolo hatte mit der Milliardärin angebandelt und sie dann dazu gebracht, ihm Millionenbeträge zu überweisen.

Oft brauche es Zeit, die Zeichen der Leute richtig zu deuten, vor allem müsse man richtig vorgehen. Um eine Lüge zu erkennen, solle man Fragen stellen, bei denen die Person zuerst etwas überlegen müsse. «Bei der Frage: <Was ist die Farbe deines Velos?>, ist es kaum möglich, Schlüsse zu ziehen. Bei der Frage: <Was hast du vorgestern zu Mittag gegessen?>, muss das Gegenüber nachdenken, da erkennt man sehr viel.»

Der Mensch, so viel wird im Verlauf des Gesprächs klar, ist ein höchst beeinflussbares Wesen. Zwar sind gewisse Leute anfälliger – man

nennt sie naiv oder gutgläubig –, aber niemand ist gegen Beeinflussung gefeit. Wenn die Manipulationstechniken mit Hypnose kombiniert werden, so ist man erst recht ausgeliefert. «Wir kennen alle das Milgram-Experiment, bei dem friedfertige Menschen dazu gebracht wurden, andere Leute mit schweren Stromstössen zu bestrafen», sagt Heinemann. Von der falschen Seite angewendet, seien diese Techniken gefährlich, wie das Beispiel Islamischer Staat zeige.

Schweizer Politiker im Rückstand

Auch die Politik macht sie sich zunutze, besonders in den USA mit ihrer Kultur der TV-Duelle. «Von welcher Seite jemand ins Studio kommt, wie er den Handschlag vollführt, das alles hat bereits Einfluss auf die Zuschauer und den Gegner.» In den USA würden die Politiker aufwendig in dieser Hinsicht geschult, in der Schweiz sei das noch nicht der Fall. «Ich staune oft, wie hiesige Politiker aus Unkenntnis die einfachsten Regeln missachten. Aber irgendwie ist das auch sympathisch.»

Bei Heinemann bleibt die Manipulation reine Show. Zwar macht auch er Schulungen bei Verkaufspersonal, hält Vorträge vor Führungskräften, aber die Bühne ist ihm wichtiger. «Ich bin ja ausgebildeter Schauspieler. Ich möchte die Leute unterhalten, das macht mir Spass.» In vielen seiner Nummern geht es darum, dass Leute sich genau so verhalten, wie er es möchte, dabei aber stets glauben, frei entschieden zu haben. In seinem neuen Programm lässt er zum Beispiel einen Zuschauer aus einer tagesaktuellen Zeitung vermeintlich völlig frei ein einzelnes Wort auswählen. Es entspricht jenem, das Heinemann zuvor in einen Umschlag gesteckt hatte. «Die Person dahin zu bringen, exakt dieses Wort zu wählen, ist wie Schachspielen», erklärt er. «Ich kenne den letzten Zug, der zum Schachmatt führt, nun muss ich in vielen Schritten dahin kommen.»

Wahrsager oder auch Mentalisten greifen oft auf elektronische Hilfsmittel zurück, um übersinnliche Fähigkeiten vorzutäuschen. So haben einige von ihnen einen kleinen Empfänger im Ohr; jemand hinter der Bühne verrät dem Gedankenleser oder dem Medium dann eine Telefonnummer oder sonst etwas, was er in Erfahrung bringen konnte. Heinemann verzichtet auf versteckte Geräte. «Es gibt auch Musiker, die Playback spielen. Ich bin wie eine gute Live-Band: unplugged.»

Menschen zu manipulieren, das ist bei Heinemann nicht Mittel zum Zweck, sondern Kunst.



Tobias Heinemann: Entfesse dein Potenzial. Eden Books. 255 S., Fr. 21.90
Schweizer Premiere von Tobias Heinemanns neuem Bühnenprogramm «Journey» ist am 28. Oktober im «Aura», Zürich.



Patchwork heisst, mit Menschen auszukommen, mit denen einen wenig bis nichts verbindet.

Gesellschaft

Mein ständiges Scheitern als Stiefvater

Ich wuchs in dem Glauben auf, die Patchworkfamilie sei das glückliche und starke Lebensmodell unserer Zeit. Bis ich mich in eine Frau verliebte, die einen Sohn in die Beziehung brachte.

Von Reto Hunziker und Masha Manapov (Illustration)

Was haben Latein und Geduld gemeinsam? Ich bin mit beidem am Ende. Soeben habe ich meinem zwölfjährigen Stiefsohn erklärt, dass es ungerecht sei, wenn er Sackgeld von uns bekommt, wir ihm dazu ein Handy plus Abo bezahlen, er sich aber um die Hausaufgaben drückt, die zu machen eigentlich Bedingung für diesen – in meinen Augen ziemlich grosszügigen – Beitrag sind. Ich gab mir Mühe, anschaulich und verständlich zu erörtern, wie ich mich hintergangen fühle, wenn er sich das Handy hinter unserem Rücken schnappt oder «Mach ich» sagt, aber seiner Aufgabe dann doch nicht nachkommt. «Weisst du, wie ich mich dabei fühle?», fragte ich ihn und antwortete gleich selber: «Beschissen.» Es ist das gefühlt fünfzigste Mal, dass ich ihm

denselben Vortrag halte. Und auch diesmal kann ich seine Reaktion nur als Mischung aus Uneinsichtigkeit und Indifferenz deuten. Es war viel Selbstkontrolle nötig, um nicht ausfällig zu werden, denn ich habe – wieder einmal – «definitiv genug». Und gleichzeitig ahne ich, dass es nicht besser wird in den schätzungsweise sechs bis zehn Jahren, in denen er voraussichtlich noch zu Hause wohnt.

Ein Quilt aus Klischees

Klingt frustriert, nicht wahr? Ist auch so. Ich bin frustriert, desillusioniert, enttäuscht. Ich wollte es immer richtig und gut machen, und immer wieder scheint es so, als wäre ich gescheitert. Das ist Alltag in einer Patchworkfamilie – zusammenhalten, was nicht unbe-

dingt zusammengehört. Ich mache mir keine allzu grossen Hoffnungen mehr, dass alles noch aufgeht wie eine Patience und wunderbar harmonisch wird. Auch wenn es das ist, was viele erwarten, wenn sie von Patchworkfamilien hören: jene anstrengende und abenteuerliche Konstellation, bei der dann der Vater am Ende auch den Stiefkindern, die Tränen unterdrückend, offenbart, dass er sie eigentlich fast wie die Seinigen liebt.

Von mir zum ersten Mal so am Fernsehen gesehen in den neunziger Jahren in der Sitcom «Step by Step» oder, in der deutschen Version – was sehr in das euphemistische und aufmunternde Narrativ passt –, «Eine starke Familie». Ein Quilt aus Klischees: Hier trifft der cool-dümmliche Junge väterlicherseits auf den bril-



zeugung, etwas Angefangenes auch durchziehen. Jedenfalls ist mir seitdem nicht mehr langweilig, aber es ist auch nichts mehr einfach. Zumal vor drei Jahren noch ein eigenes Kind die Konstellation ergänzt – und damit verkompliziert – hat.

Zehn Jahre Altersunterschied zwischen den Kindern (vorpubertäres Trotzen trifft auf Kleinkindtrotzen), gegensätzliche Elternhäuser, Lebensläufe und Lifestyles sowie ein Wochenendvater, der ganz andere Maximen hat als wir: Ein schönes Flickwerk an Konfliktherden haben wir da, fast schon einen gordischen Knoten aus komplizierten Beziehungen.

Patchwork heisst ja auch, mit Menschen zusammenzuleben und auszukommen, mit de-

Ein Flickwerk an Konfliktherden haben wir da, einen gordischen Knoten aus Beziehungen.

nen einen wenig bis nichts verbindet. Mein Stiefsohn und ich haben bis anhin kaum etwas gemeinsam. Ausser vielleicht, dass ich manchmal, wenn ich nicht mehr weiterweiss, ähnlich kindisch reagiere wie er. Ich war ein Muster-schüler, ruhig, besonnen, angepasst. Er kann ohne weiteres zwei Stunden schmollen, um einer Hausaufgabe von zehn Minuten zu entgegen. Ich war angepasst, fast schon ängstlich. Er ist entschieden bis stur.

Logisch, dass eine Patchworkfamilie noch weitere Schwierigkeiten mit sich bringt – für mich stellt der Versuch, die nicht vorhandene Verwandtschaft zu kompensieren, die *Pièce de résistance* dar.

In den Augen meines Stiefsohns habe ich mich vom Spielkameraden zu dem Typen gewandelt, der recht oft auch noch da ist, um schliesslich zum Spielverderber zu werden, der noch strenger ist als die eigene Mutter. Manchmal ist es offensichtlich, dass ihm eine Weile lang eine männliche Bezugsperson gefehlt hat – zumindest eine, die er mehr als alle zwei Wochen sieht. Seit Jahren versuche ich, diese Lücke zu kitten – was mir vorkommt, wie Mondkrater mit Heisskleber auszubessern.

Widerstand, Sturheit, Rebellion

Die Chose komplex macht die Tatsache, dass ich als Infiltrator objektiv und neutral bin; zu objektiv und zu neutral. Meine Sicht auf den Jungen ist nicht verklärt von Gefühlen. Ich sehe keinen Heranwachsenden, dem ich eine Zukunft erst ermöglicht habe. Nein, ich sehe Widerstand, Sturheit und Rebellion. Und er wohl Ungerechtigkeit und angestrengte Versuche, Autorität zu erhalten. Wahrscheinlich kann man es auch als erfolgreiche Integration werten, dass ich ihn nun nerve, wie auch ein leiblicher Vater seinen Teenager nervt.

Hauptsächlich ist es natürlich seine Mutter, die uns verbindet, sie ist unser Scharnier,

dessen Stabilität immer wieder auf die Probe gestellt wird. Fast permanent befindet sie sich in einem Solidaritätskonflikt: Wessen Seite nimmt sie ein, wenn es zwischen ihm und mir knallt? Aber auch für mich ergeben sich ständig Fragen: Würde ich gleich reagieren, wenn es mein eigener Sohn wäre? Muss ich mich mässigen oder ihn massregeln? Die Fachliteratur hat eine klare Antwort darauf: Ich bin es, der an sich arbeiten muss.

Geht es nach dem Hohepriester der Eltern- und Kinderversteher, Jesper Juul, müsste ich mich unheimlich glücklich schätzen in meiner Situation. Stiefeltern nennt er Bonuseltern und Stiefkinder Bonuskinder – weil sie eine Bereicherung seien, ein Supplement, das wir zu schätzen wissen sollten. Seiner Ansicht nach hätte ich wahrscheinlich viel strategischer und sanfter vorgehen sollen, als ich mich in die bestehende Zweierkonstellation infiltrierte.

Stattdessen ging ich da immer nach Gefühl. Juul hat sicherlich Recht damit, wenn er behauptet, Bonuskinder zwingen uns dazu, flexibel zu bleiben und üben uns darin, mit ganz neuen, schwierigen Situation umzugehen. Und sicherlich ist es toll, wenn man seine Stiefkinder tatsächlich als Bereicherung sehen kann. Allerdings klingt das in den Ratgebern so lapidar und theoretisch, dass man denken könnte, es wäre einfach, solange man eine positive Einstellung behält.

Komplexe Eifersuchtsgebilde

Ich jedenfalls muss immer wieder verzweifeln und resignieren – bis ich dann wieder mangels Alternativen einen Schritt auf meinen Stiefsohn zugehen kann. Zumal von diesem keine Initiative zu erwarten ist. Ich kann ihm das nicht einmal übel nehmen, es ist bestimmt auch für ihn nicht leicht. Plötzlich hat er eine weitere Vaterfigur vor der Nase und eine Halbschwester am Hosenbein. Andererseits kann ich sein Verhalten nicht immer nur mit der Tatsache rechtfertigen, dass er ein Scheidungskind ist.

Manchmal hilft es mir, den Problemen anderer, traditioneller Familien zu lauschen, um zu merken: Auch leibliche Väter haben mit ihren Söhnen Probleme. Auch Kinder in traditionellen Familienmodellen verhalten sich schwierig. Leider hält das nicht lange an.

Für mich bleibt Patchwork darum ein permanenter Kampf, in dem so etwas wie Normalität kaum vorkommt. Zu komplex sind die Eifersuchtsgebilde, das Konstrukt aus schlechtem Gewissen, hohen Ansprüchen und grossen Erwartungen.

Ist die Patchworkfamilie dennoch eine vollwertige Familie? Natürlich. Wird sie ihrem glorifizierten Image gerecht? Niemals. Ist das Sozialkonstrukt fähig, dem stärksten Menschen den letzten Nerv zu rauben? Absolut. Lohnt es sich trotzdem, es zu versuchen? Ja. ○

lant-schmächtigen Nerd mütterlicherseits, die Burschikose auf das Girlie, und nachdem erst die Fetzen geflogen sind, lachen sie am Ende alle gemeinsam. So sah man die Patchworkfamilie, leicht überzeichnet, also schon vor 25 Jahren. Seither hat sie sich sicherlich vom Exotenmodell zur Alternative neben der heilen Familie entwickelt; die mehrheitlich überhöhten Ansprüche sind geblieben. Gemäss Bundesamt für Statistik leben derzeit zwar erst 5,5 Prozent der Haushalte mit Kindern unter 25 Jahren in «Fortsetzungsfamilien». Doch es ist absehbar, dass sich der Anteil in den nächsten Jahren vervielfachen wird.

Ich wusste nicht, worauf ich mich einliess, als ich mit meiner jetzigen Frau zusammenkam. Wir waren beide 28, sie hatte seit fünf Jahren einen Sohn, lebte in Trennung, ich wohnte gerade mal zwei Jahre alleine. Von Patchworkfamilie war noch keine Rede, vielmehr von «Mal schauen, was daraus wird». Rückblickend bin ich beinahe erstaunt, dass ich, der Harmoniebedürftige, die zahllosen Unstimmigkeiten schon so lange aushalte. Vielleicht hat es mit meiner Vorliebe für knifflige Aufgaben zu tun oder mit meiner Über-



Die Bibel

Der Weinstock

Von Peter Ruch

Ich bin der Weinstock, ihr seid die Reben. Wer in mir bleibt und ich in ihm, der bringt viel Frucht (Johannes 15, 5). Wanderungen in den Rebhängen über dem Genfersee haben mir zwei Bibelstellen in Erinnerung gerufen. Der Prophet Jesaja besingt in einer Art Schnitzelbank das Volk Israel als Weinberg. Trotz liebevollem Einsatz brachte er anstatt süßer Früchte bloss saure Beeren hervor. Darauf riss der Winzer die Mauern ein und lieferte den Weinberg mitsamt der Kelter der Verwilderung aus (Jesaja 5). In der neutestamentlichen Bibelstelle vergleicht Jesus sich selbst mit dem Weinstock, den Vater mit dem Weingärtner und die Schosse mit den Hörern des Evangeliums. Was steckt dahinter?

Kaum eine Kulturpflanze benötigt so viel Pflege wie der Weinstock. Reblandschaften sind das Gegenstück zur puren Natur und dennoch von betörender Schönheit. Und kaum eine Frucht ist edler als die Traube. Ähnlich der Mensch: Als physiologische Frühgeburt benötigt er mehr Zuwendung als jedes andere Lebewesen. Und er hat ein unvergleichliches Potenzial an Fähigkeiten – zum Guten wie zum Bösen. Überlässt man Menschen ihrer Natur, so besteht ein hohes Risiko, dass sie verwildern und verkümmern. Doch auch die andere Seite ist zu bedenken: Selbst bei bester Pflege bleiben Blauburgunder und Chasselas, was sie sind. Auch aus einem Kind sollte man nicht etwas anderes machen wollen als das, was in ihm steckt.

In Christus hat Gott Menschengestalt angenommen. In ihm erfahren wir nicht alles über Gott, aber alles Erfahrbare zeigt sich hier. Jesus war kein wilder Naturmensch, sondern familiär, jüdisch, beruflich und lokal geprägt. «In ihm bleiben» bedeutet, sich selbst als Nachfahre einer langen Kulturreihe und zugleich als Kind Gottes zu erkennen. Was uns von den Eltern und der Kultur zuteilwird, ist begrenzt und oft schräg. Was von Christus beziehungsweise Gott hinzukommt, versöhnt uns mit den Missständen und macht das Beste aus uns. So bringt jeder die guten Früchte zustande, die ihm entsprechen.

Peter Ruch war 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in Pfyn, Schwerzenbach und Küssnacht am Rigi. Hier schreibt er wöchentlich über Bibelworte.

Knorr

Punks und Lackschuh-Halunken

Nach Neapel mit «Gomorrha» wird nun die Ewige Stadt sowie ihre Verkommenheit mit der Netflix-Serie «Suburra» aufs Korn genommen. Von Wolfram Knorr



Autoritäten gibt es nicht mehr, höchstens verluderte: «Suburra».

Vorbei die Zeiten, als die Mafia als grosse Familientragödie, als «Ring des Nibelungen», zelebriert, ihr rücksichtsloses Personal und dessen kriminelles Tun mit heroischem Glanz verklärt wurden. In ihrem Ursprungsland hat sie in Literatur und Film den Nimbus verloren. Schon in den Werken Giorgio Scerbanencos («Das Mädchen aus Mailand»), Leonardo Sciascias («Die Macht und ihr Preis») oder Carlo Emilio Gaddas («Die grässliche Bescherung in der Via Merulana») war man verteuftelt nahe an der Wirklichkeit. Bei Giancarlo De Cataldo («Romanzo Criminale») dient das Fiktionale nur noch als mühsamer Schutz, auf den Roberto Saviano («Gomorrha») verzichtet hat.

Was für Saviano Neapel mit einer vergessenen Jugend in Elendsquartieren, ist für De

Cataldo die Ewige Stadt mit ihren Vorort-Raubauken. In «Romanzo Criminale» (2002) schilderte er (im Hauptberuf Richter in Rom) den Aufstieg von faschistischen Proll-Banden in Roms Peripherie, die sich der Mafia rabiat widersetzen. Daraus wurde eine erfolgreiche TV-Serie. 2013 publizierte De Cataldo, diesmal gemeinsam mit dem Insider-Journalisten Carlo Bonini, «Suburra» (Elendsviertel), eine Art Fortsetzung mit einer aberwitzigen Figur im Zentrum, die direkt aus der Wirklichkeit gefischt wurde. Aus dem gleichnamigen Film von Stefano Sollima wird nun eine Serie, deren erste Staffel auf Netflix abrufbar ist.

Im Jahr 2014 machte die Verhaftung von mehr als dreissig Personen unter dem Schlagwort «Mafia Capitale» weltweit Schlagzeilen. Zu den

Inhaftierten gehörte auch Massimo Carminati, ein Mafioso und Faschist, der Verwaltung und Politik von Rom jahrelang rigoros beherrschte. Sein Helfer war der damalige Bürgermeister Gianni Alemanno, auch er ein Anhänger des Faschismus. Er öffnete Tür und Tor für die Korruption bei öffentlichen Aufträgen, die Carminati erfolgreich managte. In seiner Villa hatte er ein Samurai-Schwert, weshalb ihm die «Suburra»-Autoren den Spitznamen «Samurai» verpassten. Im Roman und im Film ist er ein Strippenzieher mit diabolischen Zügen, der rivalisierende Banden und Politiker geschickt gegeneinander ausspielt. Es geht um brachliegende Grundstücke in Ostia, die er sich unter den Nagel reissen will, um ein Vergnügungsparadies, «Waterfront», zu errichten. Das Unglaubliche an dieser Spinnerei: Es gab tatsächlich in den letzten Berlusconi-Jahren derartige Pläne.

Zur Hochzeit genötigt

Die Serie, vom Filmstudio Cattleya produziert, das auch für «Gomorrha» verantwortlich zeichnet, unter Leitung der Chefautoren Daniele Cesarano und Barbara Petronio, verzichtet auf das diabolische Ambiente des Kinofilms, präsentiert den Samurai (Francesco Acquaroli) als einen stinknormalen Typ, der gerade dadurch gefährlich wirkt. Hinter ihm lauert, anders als im Film, ein noch grösserer Hai: die sizilianische Mafia. Die will über eine Immobilien-Scheinfirma, mit Samurai als Mittelsmann, alle Ostia-Grundstücke. Die Stadträte und Beamten, die der Samurai manipuliert und unter Druck setzt, ahnen, was die Mafia in Wahrheit will: sich in der römischen Wirtschaft fest verankern.

Anders als in Roman und Kinofilm stehen neben dem manipulierenden Samurai drei Nachwuchsgangster im Mittelpunkt, die gegen die streng hierarchischen Familienbanden-Strukturen revoltieren – Brutalo-Kids, die auf die Väter, Verwandten, Chefs pfeifen und sich einen Dreck um Pläne, Strategien, Rücksichtnahme oder sonst was scheren. Autoritäten gibt es nicht mehr, höchstens verluderte. Da ist der Polizistensprössling Lele (Eduardo Valdarnini), ein Schnösel, der, statt zu studieren (wie der Papa glaubt), lieber dealt und Sex-Partys organisiert, auch für Klerusmitglieder aus dem Vatikan.

Weil Lele auch in einem Klub, der zum Samurai-Einfluss gehört, Drogen vertickt, verstrickt er sich aussichtslos im Kriminellen, gerät an Aureliano (Alessandro Borghi), Spross eines Ostia-Clans, der sein verrottetes Grundstück an Samurai verscherbeln will, und Spadino (Giacomo Ferrara), der von seiner Sinti-Sippschaft zur Hochzeit genötigt wird, obwohl er schwul ist, es aber nicht zugeben kann. So finden sich die drei auf der Flucht vor Konflikten, die sie auf ihre Weise lösen wollen: Sie versuchen einen sexbesessenen Geistlichen zu erpressen, der als Leiter der Vatikan-

Kommission über den Verkauf ihres Grundstücks in Ostia entscheidet, und verstricken sich immer heillos in Interessengeflecht von Samurai.

Was an «Suburra» fasziniert, sind, trotz mancher Klischees, die subtil geschilderten Neigungen, Verführungen, Abhängigkeiten der smarten Anzugträger, die sich mit geschmeidiger Bonhomie Vorteile zuschustern, ohne das Gefüge der Stadt Rom, das sich seit 2000 Jahren nicht verändert hat, durcheinanderzubringen. Auch der im Film allgegenwärtige Rassismus ist nichts als ein Schlenker. Angesichts dieser pflaumenweichen Lackschuh-Halunken flackern sogar Sympathien für die ausgerasteten Punks auf. ★★★★★

Die 1. Staffel (10 Folgen) ist auf Netflix abrufbar.

Knorrs Liste

1	Babylon Berlin abrufbar auf Sky	★★★★★
2	The Deuce Sky Atlantic	★★★★★
3	Westworld Amazon	★★★★★
4	Suburra Netflix	★★★★☆
5	The Handmaid's Tale Telekom	★★★★☆
6	Narcos Netflix	★★★★☆
7	Helden am Herd DVD, Blu-Ray	★★★★☆
8	Public Enemy DVD, Blu-Ray	★★★★☆
9	Berlin Station Netflix	★★★★☆
10	The Hollow Crown DVD, Blu-Ray	★★★★☆

CASINO WARS

presented by

SWISS CASINOS

Pfäffikon SZ • St. Gallen • Schaffhausen • Zürich

Jazz

Stucky con carne

Von Peter Rüedi

Erika Stucky, geboren 1962 im San Francisco der Hippie-Jahre, als Teenager zurückgekehrt nach Mörel im Wallis, ist schon biografisch gesehen eine Musikerin im Dazwischen. Im Übrigen meint das nicht nur die unterschiedlichsten Musiken (Volksmusik, Rock, Pop, Jazz, *you name it*), sondern die verschiedensten Künste. In Paris liess sie sich zur Sängerin, zurück in Frisco, zur Schauspielerin ausbilden; ihre Texte haben literarische Qualität. Sie kann so viel, dass man sich fragt: Was ist die eigentliche, die wahre Stucky?

Sie singt und spricht mit vielen Zungen. Ist sie das, was man vorschnell ein «Naturereignis» nennt? Dafür ist sie handwerklich zu virtuos. Ihr Problem (besser: das Problem von Stuckys Wahrnehmung) ist das einer jeden guten Schauspielerin, die in zahllosen Rollen grade deshalb überzeugt, weil sie nicht restlos darin aufgeht. Ihre Kunst ist im Wesentlichen die einer Reibung zwischen Unterwerfung (unter die Rolle) und Selbstverwirklichung. Mittel und zugleich Resultat dieser Reibung sind Witz, Humor, gelegentlich auch Melancholie. Mittel und Effekt von Stuckys sprühender, rührender Kunst.

Jetzt legt sie in ihrem jüngsten Album doch auch ein mal mehr, mal weniger verhülltes Stück in eigener Sache vor: eine Folge von teils eigenen, teils im Fundus des «Great American Songbook» gefundenen Songs «zum Thema Väter und Töchter». Unter einem Bild ihres jugendlichen Vaters in Berufsschürze mit über dem Herzen aufgemaltem Blutfleck (er war als Metzger nach Kalifornien ausgewandert und als solcher wieder ins Wallis zurückgekehrt) steht der Stempel «Stucky con carne». Musikalisch berühren sich in «Papito» (so heisst die CD zärtlich) die verschiedensten Sphären: neben ihrer eigenen Stimme die des Counter-tenors Andreas Scholl, neben einem siebenköpfigen Barockensemble (die *strings* mit Darmsaiten, versteht sich) die subtile Elektronik von FM Einheit (vormals Einstürzende Neubauten) – ein scheinbar wilder Mix, der mit Stuckys nur massvoll subversiv angekratzter Melodik zu einem erstaunlich homogenen Ganzen zusammenschiesst.



Erika Stucky: Papito. Traumton 4656

Ohne Gnade

Der Film-Mogul Harvey Weinstein, Produzent hochgelobter Filme wie «Pulp Fiction», ist tief gestürzt. Aufstieg und Fall des Gargantua der Branche.

Von Wolfram Knorr

«Hätte es mich nicht gegeben, dann hätte man mich erfinden müssen – ich bin das einzig Interessante weit und breit.» Mag sein. Bescheidenheit jedenfalls gehörte nicht zum Wesen jenes Mannes namens Harvey Weinstein, der in Hollywoods trügerischer Glitzerwelt erreichte, wovon alle besessen sind, die es in die Traumfabrik zieht: die prickelnde Aura von Macht, Dollarmillionen und köstlicher Exklusivität am eigenen Leib zu erleben wie ein warmes Bad. Weinstein planschte mit geradezu gargantuesker Ausgelassenheit darin, bis die Wanne überlief und er herausgezerrt werden musste. Inzwischen, man weiss es, hat er alles verloren. Seine eigene Firma hat ihn gefeuert, die US-Filmakademie schloss ihn aus, weil sie «sexuell aggressives Verhalten» nicht mehr dulde, und selbst der französische Staatspräsident Macron will ihm wegen der Vergewaltigungs- und Belästigungsvorwürfe den Verdienstorden der Ehrenlegion, den ihm 2012 der damalige Präsident Sarkozy verliehen hatte, wieder abnehmen. Ein nackter Rabulistenkönig, tief gestürzt, selbst sein Hofstaat aus Anwälten und treuergebenen Berichterstattern, die seine Burg zu einer Feste machten, hat sich eilig in die Büsche geschlagen. Nur Woody Allen, selbst von einem Missbrauchsskandal betroffen, soll Mitgefühl mit Weinstein zum Ausdruck gebracht haben. Brisant daran: Sein Sohn Ronan Farrow, ein Reporter, der schon vor Jahren an dem Fall für ABC arbeitete, trug zum Sturz von Harvey Weinstein entscheidend bei.

Mephisto ist die beste Rolle

Vom anfänglichen Weinstein-Zitat bleibt eines aufschlussreich: «Ich bin das einzig Interessante weit und breit.» Das trifft besonders auf das Böse zu, das Weinstein maximal verkörperte. Im Besetzungsbüro der Hölle weiss man, spätestens seit die Bilder laufen lernten, dass der Mephisto – oder, um auf der Höhe der Zeit zu sein: Darth Vader – immer die beste Rolle ist. Das Böse hat eben Brillanz, und Weinstein war schon Darth Vader, als man ihn noch hofierte. Vor diesem Hintergrund ist die Begründung der Akademie, Weinsteins Verhalten sei «widerlich, abscheulich und gegensätzlich zu den hohen Standards der Akademie und der kreativen Gemeinschaft, für die sie steht», eine ziemliche Heuchelei. Solange er exzellente Filme produzierte – und das tat er –, war alles andere wurscht. Und das hat Tradition. Neurosen und Süchte aller Art gedeihen seit je in dem wirbelnden Sozialklima, angeheizt von hochgespann-

ten Erwartungen. Als 1939 David O. Selznick während der Produktion von «Gone with the Wind» den renommierten Regisseur George Cukor feuerte, um ihn durch Victor Fleming zu ersetzen, geriet Hollywood in Aufregung und eierte rum. Fleming, ein Freund von Clark Gable, deckte eine alte schwule Affäre von Gable. Der Fall schien so heikel, dass «alle Selznick-Memos, die sich um Cukors Rausschmiss drehten, vernichtet wurden» (Kenneth Anger). Ein Fall unter vielen.

Weinsteins Damaskus-Erlebnis

Die einstigen Studiobosse und Akademie-Mitglieder wie Samuel Goldwyn, Louis B. Mayer (MGM), Adolph Zukor (Paramount) oder William Fox (20th Century Fox) waren keine Menschenfreunde, aber an ihren Produkten leidenschaftlich interessiert, auch wenn sie rabiat über die künstlerische Freiheit entschieden. Und noch rigoroser gingen sie mit moralischen Fehlleistungen um.

Bei lukrativen Stars sorgte eine «Schutzmacht» für die Deckung der Fehlleistungen, und bei Stars, deren Wert sank, dafür, sie einfach zu feuern. Als die Bosse in den 1960er Jahren verschwanden und die Studios an Unternehmen wie etwa Gulf and Western verscherbelt wurden, gingen die neuen Führungskräfte, die von der Materie nichts verstanden, auf Nummer sicher und liessen Fortsetzungen am Fliessband produzieren. Als Reaktion wuchs der Independent Film heran, und sein Mekka wurde das Sundance Film Festival in Utah, das 1978 als Utah/US Film Festival entstand, 1981 von Robert Redford geführt und vier Jahre später vom Sundance Institut, einer Non-Profit-Organisation, übernommen wurde. Den Indie-Cineasten folgten ruck, zuck die Scouts aus der Traumfabrik, begierig auf der Suche nach Talenten und Stoffen. Sundance wurde auch Harveys Damaskus-Erlebnis.

Harvey und sein jüngerer Bruder Bob begannen als Musik-Promoter und Besitzer eines kleinen Theaters in Buffalo, des Century Theatre, in dem sie auch Filme vorführten. Denn Harvey, 1952 geboren, erzählte gerne, als Jugendlicher sei er von François Truffauts «Les quatre cents coups» (1959) derart begeistert gewesen, dass er nur solche Filme machen wollte. Das war natürlich Quatsch, reine Angeberei. Bruder Bob, der Sex- und Gewaltfilme mochte, war da eine Spur ehrlicher: Er schwärmte für den schwedischen «Kunstfilm» «Ich bin neugierig». Darin geht's um Sex. Harvey laberte, es ginge ihm nicht um Geld, sondern darum, die

Cineasten rumzukriegen. Die Brüder landeten im Verleih-Business und waren auf europäische Filme wie etwa «Goodbye, Emmanuelle» fixiert, Filme, die sie auch an Home-Video-Verleihe und an das beginnende Kabelfernsehen verkaufen konnten. Als er 1983 in Cannes einen brasilianischen Film nach einer Short Story von Gabriel García Márquez kaufte, wurde er gefragt, wie er den denn verkaufen wolle. Worauf er antwortete: «Kein Problem. Wir haben einen Nobelpreisträger, und wir haben Sex. Das deckt das gesamte Spektrum ab.»

War natürlich klar, dass sich die Brüder nicht mit Verleihereien begnügen wollten, sondern sich als Filmemacher sahen und tatsächlich ein Machwerk auf die Beine stellten: Peter Biskind zitiert in seinem Buch «Sex, Lies and Pulp Fiction» Chris Mankiewicz, Sohn des legendären Regisseurs Joe Mankiewicz («All about Eve»), der bei der irren Herstellung Zeuge war: «Es war Dilettantismus hoch drei.

Weder Harvey, der Otto Preminger der beiden, der geifernde Schreihals, noch Bob, sein gnomenhafter Bruder, der extrem stur und fantasielos war, hatten die geringste Ahnung davon, wie man bei einem Film Regie führt, wollten das aber nicht zugeben. Diese ungehobelten Kerle, diese primitiven Barbaren aus Buffalo, zeigten nicht die geringste Begabung zum Filmemachen [...] Ich hielt sie für Scharlatane [...] Die Hölle kann nicht so schlimm sein wie ein vor Wut schäumender Harvey Weinstein. Der Mann kannte keine Gnade.» Chris Mankiewicz war überzeugt, dass Harvey «Filme nicht das Geringste bedeuten». Nach der Gründung ihres Unternehmens Miramax (1979) wollten die Brüder Filme produzieren. Weil Harvey auch davon keine Ahnung hatte, suchte er den französischen Produzenten Robert Hakim («Belle de Jour») auf, der ihm eine wichtige Lektion erteilte: «Will jemand irgendwelche Sperenzien machen, dann zeigen Sie ihm, wo der Hammer hängt.» Daran hat er sich gehalten.

Am Ende war Soderbergh begeistert

Steven Soderberghs Debüt «Sex, Lies and Videotape» (1989) hatte in Sundance Furore gemacht und in Cannes die Goldene Palme geholt. Weinstein angelte sich ihn. Um ihn gross rauszubringen, kannte er keine Hemmungen und setzte voll auf Sex, die Erwartungen damit anheizend. Prompt kam es zu Spannungen zwischen Harvey und Soderbergh. Als der Regisseur eine Schnittfassung für einen Trailer präsentierte, soll Harvey krakeelt haben: «Das



«Miramax-Familie»: «Shakespeare in Love» gewinnt mit Produzent Weinstein (3.v.l.) und Hauptdarstellerin Gwyneth Paltrow (4.v.l.) 1999 sieben Oscars.



Harvey mit Bruder Bob Weinstein (r.), 1992.



Mit Regie-Star Quentin Tarantino, 2003.



Mit dem damaligen Senator Barack Obama, 2006.

ist doch Programmokino-Scheisse!» Und doch äusserte sich am Ende Soderbergh begeistert über Weinstein. Er hatte seinen Film tatsächlich in die Multiplex-Kinos katapultiert. Das gelang Harvey, indem er auch die Masche der Studios übernahm, Stars anheuerte, die nach den Screenings der Oscar-nominierten Filme zu exklusiven Abendessen einluden. «Den Indie-Filmen», pflegte Harvey zu sagen, «fehlt es an Aggressivität.» In den 1990er Jahren landeten die Weinstains einen Hit nach dem anderen

«Wir haben einen Nobelpreisträger, und wir haben Sex. Das deckt das gesamte Spektrum ab.»

(«Pulp Fiction», «Shakespeare in Love» et cetera), und Jungtalente wie Ben Affleck, Matt Damon, Quentin Tarantino, Gwyneth Paltrow oder Kevin Smith wurden Teil der «Miramax-Familie». Die wiederum driftete in Richtung Hollywood. Das brachte die Studios auf den Trichter, eigene Indie-Ableger à la Miramax zu gründen. 1993 hatten die Weinstains Miramax an Disney verkauft. Aus der Zusammenarbeit folgten ständig Querelen.

Als Harvey Martin Scorseses Mammutwerk «Gangs of New York» produzierte, war der In-

die-Nimbus verfliegen. Über hundert Millionen verschlang das Opus, die höchste Summe in der 22-jährigen Miramax-Geschichte, und die Gewaltsbauten, die in Cinecittà errichtet wurden, demonstrierten das alte Hollywood, das Harvey Weinstein in seiner Person von Anfang an verkörperte. Mit den teilweise durchaus anspruchsvollen Werken hatte er den Markt umgekrempelt und war dort angekommen, wo er immer sein wollte: in der Glitzerwelt, unantastbar, die Stars wie Marionetten, wie Tagelöhner behandelnd, die von Mal zu Mal angeheuert und ganz gezielt in Unsicherheit gehalten werden.

Hyänenhafte Strassen-Cleverness

Macht, die er weidlich ausnutzte und die ihm nun zum Verhängnis wurde. Das Magazin *New York* schrieb über ihn: «Bevor es den Ground Zero gab, war Harvey Weinstein der Ground Zero.» Auf Kritik reagierte er mit verbrannter Erde, nachdem er sich richtig heissgegrölt hatte. Einen Journalisten, der es gewagt hatte, ihn zu kritisieren, soll er auf einer Party wie eine Steckrübe behandelt und geblökt haben: «Findest du nicht auch, dass diese verdammte gesetzlose Dreckstadt New York einen verdammten Sheriff wie mich braucht?» Dass die gewaltigen Krähe zwischen ihm und Scorsese während der

Dreharbeiten zu «Gangs of New York» für Weinstein-Verhältnisse relativ glimpflich verliefen, lag an Martin Scorsese. Vor dessen Ruf hat selbst der Rabauke Harvey Respekt.

Der Rest allerdings duckte sich weg, selbst die Coen-Brüder, die 2003 den Film «Bad Santa» für eine Miramax-Unterabteilung produziert hatten. Bei den Dreharbeiten muss es zu hässlichen Kontroversen gekommen sein, doch wer Auskunft über nähere Gründe in Erfahrung bringen will, stösst auf die berüchtigte weinsteinsche Omertà, die Harvey systematisch mit Lohnschreibern, Anwälten und anderen Abhängigen aus dem Entertainment-Zirkus um sich errichtete. Damit liessen sich Vorwürfe von durch Harvey übel bedrängten Schauspielerinnen wegbügeln. Spike Lee wollte sich nie den Mund verbieten lassen: «Ich habe keine Angst vor diesem miesen Fettsack.»

Die Akademie-Mitglieder waren über die hyänenhafte Strassen-Cleverness der Weinstains genau im Bilde und wussten wohl auch gerücheweise von seinen Sex-Eskapaden, aber solange seine Filme das Geschäft jenseits der nervtötenden Fortsetzungs-Fliessbandware brummen liessen und das Niveau der Traummaschine hoben, gab es keinen Grund, dem einen oder anderen Gerücht mal genauer nachzugehen.



Thiel

Schüleraufsatz

Von Andreas Thiel

Mutter: Meine Tochter hat diesen wunderbaren Aufsatz über die Schulreise aufs Jungfrauojoch geschrieben. Weshalb kriegt sie dafür eine ungenügende Note?

Lehrerin: Weil der Aufsatz voller Fehler ist.

Mutter: Ich konnte keinen einzigen finden.

Lehrerin: Aber ich habe doch alle rot markiert.

Mutter: Sie haben beispielsweise diesen Satz markiert: «Der Gletscher liegt stoisch zwischen den verschneiten Gipfeln.» Was ist an diesem Satz falsch?

Lehrerin: Die Gletscher liegen nicht «stoisch» zwischen Gipfeln. Ihre Tochter suggeriert mit diesem Satz ja geradezu, dass mit den Gletschern alles in Ordnung sei. Dabei gehen die Gletscher so dramatisch zurück, dass sie bald verschwinden werden. Da hat Ihre Tochter im Umweltunterricht offensichtlich nicht aufgepasst.

Mutter: Das verstehe ich nicht. Denn ich habe hier auch noch den Aufsatz eines Nachbarjungen. Diesen haben Sie mit «sehr gut» bewertet, obwohl darin Sätze vorkommen wie: «Alle Gletscher sterben immer wenn rassisten Auto durch dem Klima faren.» Dieser Satz ist doch grammatikalisch und orthografisch eine Katastrophe.

Lehrerin: Der Satz ist politisch korrekt. Und das ist es, worauf es ankommt. Hat der Schüler verstanden, worum es geht? Ja. Das heisst, dieser Schüler hat das Lernziel erreicht. Im Aufsatz Ihrer Tochter hingegen stehen haarsträubende Sätze wie: «Auf dem Jungfrauojoch verschlangen wir Mohrenköpfe.» Ihre Tochter hat Glück gehabt, dass dieser Aufsatz von mir benotet wurde und nicht etwa vom Gleichstellungsbüro oder von der Antirassismuskommission. Da hätte sie noch viel schlechter abgeschnitten.

Mutter: Die Antirassismuskommission geht bald so weit, dass sie schwarzen Menschen verbietet, schwarz zu sein.

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Überirdische Wunderfrauen

Vernissage von «Calendar Girls» in der Galerie Bernhard; neuer Standort für Juwelier Türlar. Von Hildegard Schwaninger

Ingrid Caven war der Star einiger Filme des Schweizer Regisseurs Daniel Schmid («Cette nuit ou jamais»), sie war verheiratet mit dem homosexuellen Filmemacher Rainer Werner Fassbinder (ist heute seine Witwe) und lebt seit zirka dreissig Jahren als Schauspielerin und Sängerin in Paris. Kürzlich kam sie nach Zürich (wohnte im Hotel «Marktgasse»), um die Ausstellung «Eleven Calendar Girls & a Cowboy» von Matthias Brunner und Wolf Wondratschek in der Galerie Bernhard mit ihrer Gegenwart zu schmücken. Die Ausstellung zeigt mit Videos und Texten die Glamour-Stars des alten Hollywood, Monica Vitti, Anna Magnani, Jayne Mansfield, Joan Crawford, John Wayne et cetera, alles überirdisch schöne Stars, die längst in die ewigen Jagdgründe eingegangen sind – und Ingrid Caven ist die einzige dieser Kin Schönheiten, die noch lebt. Sie war der Stargast.

Matthias Brunner, den alle unter dem Namen This Brunner kennen, hat für die Filmkunst in Zürich sehr viel getan, er war 35 Jahre lang Arthouse-Direktor, jetzt macht er selber Kunst, Installationen zum Thema Filmkunst, die sogar an der Art Basel Miami gezeigt wurden. «Calendar Girls» sind Film-Art-Collagen mit Hollywood-Schönheiten, für die This Brunner eine schwärmerische Begeisterung hegt. Ingrid Caven als einziges noch lebendes «Calendar Girl» war ihm wichtig, er unternahm alles, damit sie sich gut fühlte.

Vor der Vernissage sitzt sie in der «Kronenhalle» bei einem Glas Wein. Hier war sie zuletzt

mit dem Kunsthändler Thomas Ammann (er war die Lebensliebe von This Brunner) und dem Künstler Martin Kippenberger, beide längst tot. Ingrid Caven ist quicklebendig, das Alter (sie wird nächstes Jahr 80) hat sein zerstörerisches Werk noch nicht an ihr vollendet, sie hält sich kerzengerade, trägt hohe Plateauschuhe, sagt, sie fühle sich wild und aufmüpfig wie eh und je, nur hört sie nicht mehr so gut. Deshalb ist es schwierig, mit ihr über Harvey Weinstein zu sprechen (das Thema tut sie mit einer kurzen Handbewegung ab: «Das wusste doch jeder»), sie erzählt lieber von Fassbinder und den legendären Kokain-Partys. Aber auch von Filmen, die sie gerade gedreht hat («Call Me by Your Name» von Luca Guadagnino) und zu drehen plant.

In der Galerie Bernhard ist schon die Hölle los, als sie auftaucht. Viele attraktive junge Männer sind da, sie zeigen mehr Interesse an ihresgleichen als an dem von Paris im Zug angereisten Star. Glücklicherweise ist der Künstler Luciano Castelli da mit seiner Frau Alexandra. Die beiden haben sich in Paris bei einem Konzert von Ingrid Caven kennengelernt, und das gibt natürlich Gesprächsstoff. (Luciano Castelli hat ab 4. November eine grosse Ausstellung in Berlin.) Irgendwann hat Ingrid Caven genug vom Gedränge und flüchtet in die «Kronenhalle»-Bar.

Die Modeschöpferin Anastasia Kiefer stand konzentriert vor This Brunners Filmcollage mit Ava Gardner (Wunderfrau in spektakulären Kleidern) und liess sich für ihre neue Koltrophe



Fast verliebt

Verkappte Romantiker

Von Claudia Schumacher

Binden sich Männer überhaupt noch ohne Unfall-Baby?», fragt Mareike beim Mädels-Brunch und nippt am Minztee. All-

gemeines Schulterzucken. «Was wäre das für eine Entwicklung, wenn wir Frauen alle heimlich die Pille absetzen müssten, damit die Typen endlich erwachsen werden?», fragt sie.

Die Empirie unseres Freundeskreises ist beunruhigend, was die Korrelation von Unfall-Babys und Bindungen betrifft. Zwei von zwei festliierten Männern, die wie wir dreissig sind, haben ihre Frau einem Kind zu verdanken anstatt umgekehrt. Die Konsequenz der ungewollten Schwangerschaft war in beiden Fällen, dass die Männer aus der Affäre eine feste Beziehung machten. Der eine Casanova wurde sogar mit einem Schlag so konservativ, dass er die zwischen Tür und Angel im Suff geschwängerte Dame wenig später ehelichte. 100 Prozent der gebundenen Männer in unserem Freundeskreis sind Unfall-Baby-Väter. Das Heikle am Unfall-Baby-Vater ist seine Glitschigkeit: Kaum glaubt man, ihn begriffen zu haben, flutscht er einem schon wieder



«Das wusste doch jeder»: Ingrid Caven.



Inspiziert: Anastasia Kiefer.



Im Mittelpunkt: Regula Curti.

lektion inspirieren. Sie arbeitet am Abendkleid, das **Olivia Wolfensberger**, die Frau von **Oliver Wolfensberger**, am Kispball (4. November im «Baur au Lac») tragen wird.

Das Publikum war hochkarätig: die Kunstsammler **Ruedi Bechtler**, **Jacqueline Burckhardt** und **Gitti Hug** mit **Martin Bölsterli** (engagiert sich bei Human Rights Watch), das Kunstsammler-Ehepaar **Christina** und **Jan Fischer** (der Industriellensohn war Pharmakologieprofessor und ist Autor des Buches «Über die Wahrnehmung von Kunst im Gehirn»), **Helen Zimmer**, Vizepräsidentin des Gönnervereins der Zürcher Tonhalle, und Investor **Heinz Zimmer**, **Oskar Weiss**, der Sohn von **David Weiss** (Fischli/Weiss), der eine Galerie in Basel hat, und Filmproduzentin **Ruth Waldburger**. Mittelpunkt des Interesses war der junge Hund von **Regula Curti**, der winzige Spaniel **Dodo**. Auch Filmregisseur und Sammler **Thomas Koerfer** war mit seinem Hund (gross und schwarz) da, und natürlich war **Lumpi** da, der vierbeinige ständige Begleiter von **This Brunner**. Ein wichtiger Gast war **Nicola del Roscio** von der **Cy Twombly Foundation**, der sich für den Kauf einer «Calendar Girls»-Box interessierte.

Weitergefeiert wurde dann – Ingrid Caven war dabei – im Restaurant «Zum weissen Kreuz» an der Rössligasse, das eine Lieblingsbeiz von **Daniel Schmid** war.

Zum Schrecken der Branche musste **Franz Türler** im September 2017 sein Traditionsgeschäft am Paradeplatz schliessen (Swatch zieht demnächst ein), doch jetzt fand der Uhren- und Juwelenhändler einen neuen Standort: ab 2018 an der Fraumünsterstrasse 17.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

aus der Hand. Der Unfall-Baby-Vater lässt sich im Spektrum der Männlichkeitskonstrukte nicht klar verorten. Die zwei Exemplare, die unser Freundeskreis hergibt, könnten nicht unterschiedlicher sein: Der eine, erwähnte, ist umtriebiger; der andere ein ausgemachter Softie.

Der Umtriebige war ein weithin beehrter Junggeselle. Sein überdurchschnittliches Einkommen verprasste er gerne für Reisen, Sport, Feiern und die Bespassung von Frauen. Er hat Humor und alles; er ist der Mann, der die älteren Damen ebenso wie die jungen zum Kichern bringt. Nachdem er seine mehrmonatige Affäre mal wieder gegen die Wand gefahren hatte, stellte er fest, dass ein Loch im Kondom war, woraufhin er augenzwinkernd meinte: «Keine Bange, wird nichts passieren.» Das wusste er, da er seinem Selbstverständnis nach Gott ist.

Der andere, der Softie, war jahrelang mit seiner Freundin zusammen, ohne sich auch nur

zu einer gemeinsamen Wohnung durchringen zu können. Was die zwei unterschiedlichen Herren neben dem Jahrgang und ihrer damit verbundenen Zugehörigkeit zur Generation Bindungsgestört noch verbindet, ist ihre Wurstigkeit im Umgang mit ihren Frauen. Interessanterweise schritten beide sehenden Auges ihrer Unfall-Baby-Zukunft entgegen. War es also gar keine echte Wurstigkeit, sondern eine angstbehaftete Form der Romantik in einer Welt, die uns nur noch wenig Sicherheit gibt, weshalb die freiwillige Selbstverpflichtung nun einmal immer schwerer fällt?

«Du und der Gnom in deinem Bauch sind das Beste, was mir im Leben passiert ist», sagte der Casanova vor versammelter Gesellschaft an der Hochzeit zu seiner Unfall-Braut. Spätestens da wirkte die Geschichte der beiden gar nicht mehr so verunfallt.



Unten durch Boxershorts

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, du nimmst dir vor, mit deiner Frau an eurem zehnten Hochzeitstag ein Beziehungsproblem zu besprechen, das dir schon lange, genau genommen schon seit zehn Jahren, zu schaffen macht. Euer runder Hochzeitstag scheint dir der richtige Zeitpunkt für ein solches Gespräch zu sein, denn nach zehn Jahren sollte ein Mann seiner Frau die Wahrheit sagen dürfen. Oder etwa nicht? Willst du noch mal zehn Jahre warten? Nein, du musst dieses düstere Kapitel jetzt endlich zur Sprache bringen. Wobei «düstere Kapitel» ein bisschen übertrieben ist, es geht ja nur um Unterwäsche. Andererseits ist «nur» auch wieder untertrieben, denn Unterwäsche ist dir extrem wichtig. Eines der kulturellen Highlights deines Lebens war vor einigen Jahren ein Besuch des Lingerie-Hauses von **Chantal Thomass** in Paris. Das Wort «Kultur» ist nicht zu hoch gegriffen für die intensiven geistigen Erlebnisse, die du hattest, als du die halterlosen Strümpfe «Calaisienne» und den Tanga «Tentation» mit Zierschnürung besichtigst und heimlich auch kurz berührt hast, selbstverständlich ohne Inhalt. Das heisst, es war keine Frau in der Unterwäsche. Selbst wenn eine drin gewesen wäre, hätte das deine Begeisterung über die unbeschreiblich filigranen und betörend sinnlichen Textilien nicht geschmälert.

Selbstverständlich gab es bei **Chantal Thomass** nur Kombi-Lingerie, also BH und Slip aufeinander abgestimmt. War der BH rot, war der Slip gleichfalls rot. Und wenn er in einem Set mal nicht rot war, dann passte die Farbe trotzdem zu der des BH, denn die Textildesigner dieser Firma haben begriffen, dass Männer sich bei einer Frau einheitliche Unterwäsche wünschen. Homogene und kompatible Unterwäsche. Und nicht Unterwäsche ohne jeden inneren Zusammenhang: oben ein schwarzer BH aus verführerischem Tüll und unten ein weisser Baumwollslip aus der etwas weniger verführerischen Migros. Oder oben trägt die Frau einen grauen Zweck-BH aus den Beständen der Frauenstrafvollzugsanstalt **Hindelbank** und unten einen winzigen grünen String-Tanga. Unter solchen Kombinationen leidest du wie ein Hund. Du kannst zwar nicht mal einen Regenwurm zeichnen und liegst beim Singen immer einen Ton da

»» Fortsetzung auf Seite 72

neben. Aber wenn es um Reizwäsche geht, bist du der grössere Ästhet als deine Frau, obwohl sie in ihrer Freizeit griechische Statuen töpfer und eine Gesamtausgabe von Beethoven besitzt. Eure Wohnung hat natürlich sie eingerichtet, und wehe, wenn du mal ein Tischtuch gekauft hast, das farblich nicht zu den Vorhängen passte! Aber abends im Schlafzimmer erscheint sie dann in der Unterwäschekombination einer Wikingerin, die auf Frauenparkplätzen reiche Beute gemacht hat und jetzt den Slip einer deutschen Sozialarbeiterin und den BH einer italienischen TV-Moderatorin trägt. Wie sollst du bei einem so inkohärenten erotischen Erscheinungsbild das Kind zeugen, das deine Frau sich so sehr wünscht? Ihr seid beide nicht mehr die Jüngsten. Wenn das mit dem Kind noch vor der Rente etwas werden soll, musst du zu deiner Frau endlich sagen: «Liebling, hör mir bitte ausnahmsweise einmal zu. Ich bin ein Mann.»

Hier wird deine Frau lachen, aber davon wirst du dich nicht beirren lassen. «Ein Mann», wirst du sagen, «der festgestellt hat, dass die Frauen in pornografischen Filmen Dessous tragen, die zusammenpassen wie unsere Vorhänge und das Tischtuch, das nachher du gekauft hast, und...» Aber möglicherweise solltest du es deiner Frau ohne Bezugnahme auf Pornografie erklären. «Liebling», wirst du sagen, «ich muss mit dir über deine ... nein, über meine Unterwäsche sprechen.» Das ist gut! Du wirst sagen: «Ich weiss, dass meine Unterwäsche oft nicht optimal ist. Vielleicht möchtest du, dass meine Boxershorts und meine Socken farblich zusammenpassen? Dass es eine Kombination ist? Könntest du dir vorstellen, dass dich das erotisiert? Also bei mir wäre das so.»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein Wildsau

Von Peter Rüedi

Der Wein mit einer Wildsau auf der Etikette (in meiner Dorfbeiz bestellen die Stammgäste nur «die Wildsau») ist ein auf dem Reissbrett entworfenes Produkt. Ein designer Wein, mögen Fundamentalisten meckern, ohne damit dem trinkenden Normalpublikum die Freude daran verderben zu können. Das kam so: 1994 machte sich Lodovico Antinori, der jüngere Bruder des der berühmten Öno-Dynastie vorstehenden Marchese Piero Antinori und der Gründer der mythischen Tenuta dell'Ornellaia (*Weltwoche* Nr. 36/17), auf die Suche nach weiterem Terrain in der nördlichen Maremma, der Boom-Zone der jüngeren toskanischen Weingeschichte. Ursprünglich darauf aus, Ornellaia zu erweitern, wurde er an der Grenze zwischen Bolgheri und Bibbona fündig. 2001 verkaufte er Ornellaia und gründete dafür die Tenuta di Biserno, zusammen mit seinem bis dahin mit ihm zerstrittenen Bruder Piero. Der erste Wein des Friedensprojekts war die Version 2003 der genannten «Wildsau» mit dem Namen «Insoglio del Cinghiale», eine vollmundige Cuvée aus Syrah, Cabernet Franc, Merlot und einem Sprutz Petit Verdot, die die Handschrift von

Antinoris Berater verriet, der berühmten und umstrittenen Bordeaux-Koryphäe Michel Rolland. Biserno begann mit dem Basiswein, die höheren Kategorien, «Il Pino del Biserno» und das schlicht und klassisch «Biserno» genannte Flaggschiff, folgten 2004 respektive 2006.

Die Quadratur des Kreises ist weiterhin der «Insoglio del Cinghiale», ein mit seinem Preis-Leistungs-Verhältnis massgeschneidertes, zugängliches, aber nicht banales Produkt für den geneigten Weinfreund zwischen den Klassen, anspruchsvoller als der Konsument offener Weine am *zinc* (Maigrets Bartresen), aber nicht auf Extravaganzen im oberen Segment aus, für die er erst die Anleitungen eines spezialisierten Interpreten und Vorschmeckers studieren müsste. Die Tannine sind, was der «seidig» nennen würde, also keineswegs ein lange Lagerung erforderndes Hindernis; mit seinen intensiven schwarzfruchtigen Aromen (Brombeer, Cassis, etwas Schokolade und Kaffee) ein Wein für hier und jetzt, trotzdem so strukturiert, dass man ihm eine mittlere Zukunft zutraut.

Der leise Touch Holz verschreckt auch keinen (30 Prozent des Jungweins reiften während ein paar Monaten in einjährigen Barriques, 70 Prozent im Stahltank). Kommt dazu, dass die schwedische Önologin Helena Lindberg, seit 2004 die Frau vor Ort, die Rollands allfällige Ratschläge ins Werk setzt, 2015 einen Superjahrgang im Keller hatte. So wurde aus einem Basiswein fast eine Art geheimer Super-toskaner. Als Wein fürs grössere Publikum hat der «Insoglio» keinen Exklusivimporteur. Es lohnt sich, die Augen offenzuhalten, er taucht zuweilen auch in Sonderofferten von Grossverteilern wie Denner auf.

Tenuta di Biserno: Insoglio del Cinghiale
Toscana IGT 2015. 14%. Schubi-Weine, Luzern. Fr. 18.90.
www.schubiweine.ch



Zu Tisch A la minute

Von David Schnapp

Eine gute Vorbereitung – die *mise en place* – ist für jeden Hobbykoch die Grundlage eines gelungenen Essens. Mit Küchentechnik lässt sich heute fast alles perfekt vorbereiten. Dann gibt es die Kunst der A-la-minute-Zubereitung. Vorbereitet wer-

den manche Beilagen, Saucen et cetera. Aber die Hauptprodukte auf jedem Teller, insbesondere Fisch und Fleisch, werden unmittelbar vor dem Servieren gegart.

Damit sind wir in Crissier bei Franck Giovannini, der vom «Gault Millau» zum «Koch des Jahres 2018» ausgerufen wurde. Giovannini führt die Tradition eines Hauses fort, wie es weltweit kein zweites gibt. Vier Köche, nicht miteinander verwandt, haben für ihr Wirken in dem Lausanner Vorort Höchstnoten der wichtigsten Restaurantführer bekommen: der «Michelin» gab 1994 erstmals drei Sterne, im «Gault Millau» gab es ab 1982 die Höchstnote von 19 Punkten.

Im «B. Violier – Restaurant de l'Hôtel de Ville» arbeiten 25 Köche und Pâtisseries an der perfekten Kombination aus *mise en place* und à la minute. Da gibt es «elegante Kugeln aus waadtländischen Ochsenherztomaten», akkurat geschält, ausgehöhlt und gefüllt mit einer Tomaten-

creme und Süsswein, gewürzt mit Piment, dazu eine Avocado-creme, alles angerichtet in dieser typischen filigranen Symmetrie. Ein vegetarisches Gericht, das stundenlange Vorbereitung und Perfektion verlangt.

Für eine Gruppe amerikanischer Stammgäste wird am Nebentisch ein eindrucksvoller Steinbutt von geschätzten sechs Kilogramm Lebendgewicht aufgetragen: im Ganzen gegart, mit chirurgisch-präzisen Handgriffen von der Gräte gelöst und auf den Teller platziert – die hohe Kunst der Küche à la minute. Auf meinem Teller liegt kurz darauf provenzalische Lamm mit Auberginen und Zucchini-Tempura. In der Pfanne und im Ofen perfekt gebraten, kurz bevor es serviert wird, hat es diese besondere Qualität – Gütesiegel «Fabriqué à Crissier».

B. Violier – Restaurant de l'Hôtel de Ville,
Rue d'Yverdon 1, 1023 Crissier. Tel. 021 634 05 05
Sonntags und montags geschlossen



Auto

Endlich ein Kombi

Nun gibt es den Porsche Panamera als Sport Turismo mit vergrössertem Gepäckabteil. Er fährt sich wie ein junger Herrgott. *Von David Schnapp*

Mein erster Gedanke war: «Endlich ein Kombi.» Porsche hatte am Autosalon in Genf Anfang des Jahres angekündigt, dass es die Sportlimousine Panamera in einer weiteren «Karosserievariante» geben werde. Der Panamera schien mir immer schon ein gelungener Wurf, es konnte aber im Gepäckabteil eng werden, wenn man zum Beispiel mehr als einen grösseren Koffer unterbringen wollte. Die coupéhafte, abfallende Dachlinie verhinderte

die ideale Ausnutzung des Raumes, auch wenn das Volumen nun tatsächlich nur leicht grösser wird: 520 statt 500 Liter. Ausserdem lassen sich die Sitze einzeln abklappen, und statt der durchgehenden Mittelkonsole gibt es auf Wunsch einen mittleren Notsitz.

Das alles ändert sich mit dem Sport Turismo, wie das neue Modell heisst – «Kombi» hören sie bei Porsche nicht so gern, das klingt vielleicht zu sehr nach braver Familienkutsche. Das ist der neue Panamera natürlich nicht, insbesondere in der Turbo-Variante ist er eher eine ausserordentlich dynamische Familienkutsche. Ich fuhr den neuen Porsche mit V8-Biturbomotor an einem schönen Herbsttag der dalmatinischen Küste entlang, durchs wilde Hinterland mit seinen bergigen, kurvigen Strassen, und hatte die Familie zum Glück zu Hause gelassen.

So konnte ich es etwas zügiger angehen und auf den verkehrarmen Strecken in diesem Teil Kroatiens eine dynamische Fahrweise pflegen, die der 550 PS starke Panamera mit fast unheimlicher Souveränität beherrscht. Man muss

die Lenkung schon sehr stark eingeschlagen haben, bei gleichzeitig übermässigem Gaspedaldruck, bevor die Regelsysteme auf «Einbremsen» schalten. Ansonsten halten die fabelhafte Luftfederung mit Wankstabilisierung und Hinterachslenkung die Illusion aufrecht, bei dem fünf Meter langen und 2,1 Tonnen schweren Fahrzeug, das sich fährt wie ein junger Herrgott, handle es sich um einen agilen Sportwagen. Dazu passt auch der verstellbare Dachspoiler, der automatisch ausfährt und den Anpressdruck auf die Hinterachse erhöht.

«Elefant» oder Tote Hosen

Wäre ich nun aber mit der Familie unterwegs gewesen – und mit Gepäck –, hätten zwei Drehungen an dem kleinen Einstellrad am Steuer genügt, von «Sport plus» hätte das Auto auf «normal» umgeschaltet, und wir wären entspannt der Küstenstrasse entlangflaniert, den Blick auf die mal mondähnliche, dann wieder typisch mediterrane Landschaft, die manchmal nach frischer Seife zu riechen schien. Wir hätten auf Wunsch des Sohnes, 6, ein «Fussballlied» der Toten Hosen gehört oder den «Elefanten» von den Schlieremer Chind.

Der Panamera Sport Turismo beherrscht beides erfreulich gut, dynamische, einsame Momente auf der kurvigen Landstrasse ebenso wie die gemeinschaftliche Langstrecke mit Gepäck, Komfort und Stil.

Porsche Panamera Turbo Sport Turismo

Leistung: 550 PS / 404 kW,
Hubraum: 3996 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 304 km/h
Preis: Fr. 193 500.–



Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man, nur um sich die Haare schneiden zu lassen, mit dem Auto von Lugano nach Basel fahren? *Beat Angst, Basel*

Nein, man sollte den Zug nehmen. So profitieren beim Rückweg mehr Mitmenschen vom optischen Vorteil der neuen Frisur. Doch wieso Basel? Die besten Coiffeure gibt's – wie alle andere auch – sowieso in Zürich.

Bastien Girod, Umweltwissenschaftler und Nationalrat (Grüne)

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Was würden Sie denken, wenn ich bei Ihnen auf der Redaktion erscheinen und Ihnen einfach mal eine reinhauen würde?» *Herbert Stalder*

Willkür und Unfähigkeit

Nr. 41 – «Chaostage im Thurgau»; Alex Baur über den Fall Ueli Kesselring

Die *Weltwoche* kritisiert zu Recht die Willkür, Unfähigkeit und Rechtswidrigkeit der Thurgauer Regierung und Verwaltung. Unzutreffend ist es jedoch, Ulrich K. als unschuldiges Opfer hinzustellen. Im Gegenteil wurde dieser gerichtsnorisch unverbesserliche, mehrfach vorbestrafte Tierquäler seit über zehn Jahren amtsmissbräuchlich begünstigt (nicht benachteiligt). Seine Versuche, die Kronzeugin und ihre Fotobeweise als unglaubwürdig hinzustellen, laufen zum Vornherein ins Leere, denn es gibt – was die *Weltwoche* offenbar nicht weiss – eine zweite, völlig unabhängige Zeugin, welche die Horror-Missstände (tote und sterbende Pferde) ebenfalls beobachtet hat und mit Aufnahmen belegen kann. Die Räumung des Hofes und die Beschlagnahmung der Tiere waren mehr als überfällig, aber leider ziemlich das Einzige, was in diesem langen Drama richtig gemacht wurde.

Erwin Kessler, Verein gegen Tierfabriken, Tuttwil

Budget- und nervenschonend

Nr. 40 – «Dentaler Einheitslook»; Katharina Fontana über unnötige Zahnmedizin

«Gebisskorrekturen mit Gelassenheit angehen», diese Feststellung beruhigt alle Eltern: die vielen ohne Zahnversicherung und vor allem auch jene 226 000 Schweizer Familien mit drei und mehr Kindern. Dank dem Verzicht auf überflüssige Zahnspangen werden Budget und Nerven geschont. Kinder zu selbstsicheren jungen Menschen zu erziehen, gelingt auch mit unkorrektem Gebiss. *Käthi Kaufmann-Eggler, Bern*
Präsidentin Jugend und Familie / IG Familie 3plus

Hundert Millionen Opfer

Nr. 41 – «Dummheit ist überall»; Replik von René Zeyer

Zum Loblied von René Zeyer auf die Sowjetunion: In der bekannten Rede vor dem Politbüro am 19. August 1939 hatte Stalin gesagt, er erwarte, dass der Pakt mit Hitler zum Krieg führen werde – und man könne auf einen «vorteilhaften Kriegseintritt» hoffen. Im Klartext: Die kapitalistischen Staaten (zu denen er auch Hitler-Deutschland rechnete) sollten sich gegenseitig die Köpfe einschlagen, und dann wollte er mit der Roten Armee kommen und seinen Machtbereich so weit als möglich ausdehnen. Es ist nicht ganz so gelaufen, wie es Stalin geplant hatte. In den kommunistischen Staaten waren vermutlich mehr als hundert Millionen Opfer zu beklagen. *Eberhard Vogel, Worben*

Goldener Käfig

Nr. 40 – «Liberale werden heimatlos»; Roger Köppel im Gespräch mit Frauke Petry

Ich arbeite seit 2013 ehrenamtlich für die AfD. Ich hatte auch schriftliche Aufträge von Frau Petry. Daher kenne ich die ganze Parteiführung. Frauke Petry hat sich von der Basis entfernt. Es ist klar, dass Frau Petry das im Interview mit Ihnen nicht erwähnt. Frauke Petry hat die letzten Jahre viele Briefe von Mitarbeitern gar nicht mehr beantwortet. Sie lebte abgehoben in ihrem goldenen Käfig. Daher machte sie sich bei 95 Prozent der Parteimitglieder unbeliebt. Sie war innerhalb der Partei auf keinen Fall mehr zu halten. Das sollte man auch wissen. Petry ist nun eine Einzelmaske im Bundestag und somit politisch am Ende. Sie hat seit 2013 nur ihre eigenen Günstlinge eingestellt und gefördert. Das wurde ihr nun zum Verhängnis. *Eric Weber, alt Grossrat, Basel*

Hinterrücks

Nr. 39 – «Jesus Christian»; Alex Baur zum Fall Christian Constantin

Christian Constantin ist ein Macher, da sind wir uns einig. Was er mit seiner Firma erreicht hat, verdient höchsten Respekt. Sein Vorgehen gegenüber Rolf Fringer hingegen ist unakzeptabel, er hat ihn hinterrücks geschlagen. Fringer war völlig unvorbereitet auf diese Attacke. Fair wäre gewesen, wenn Constantin Fringer zum Kampf eingeladen hätte. Oder was würden Sie denken, wenn ich bei Ihnen auf der Redaktion erscheinen und Ihnen einfach mal eine reinhauen würde? *Herbert Stalder, Oberbüren*

Angst vor Diffamierung

Nr. 41 – «Hurra, hurra, hurra»; Medien-Kolumne von Kurt W. Zimmermann

Sie schreiben, Schweizer Medienwissenschaftler würden das SRF nur loben. Stimmt nicht ganz: Seit einiger Zeit gibt es eine lesenswerte Website «Swiss Propaganda Research», auf der Programm und Organisation des SRF kritisch analysiert werden. Allerdings: Die Autoren sind anonym, «um persönliche Diffamierungen und berufliche Sanktionen zu vermeiden», wie es heisst. Wenn dem wirklich so ist, dann steht es wahrlich nicht gut um die Freiheit und Unabhängigkeit der hiesigen Medienforschung, womit Zimmermanns Recherche letztlich doch bestätigt würde. *Markus Obrecht, Burgdorf*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer der Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
12					13	14	15	16			
17					18		19				
23	24			21		25			26		
			27		28		29				
30		31	32			33					
	34				35	36		37		38	
39				40			41				
42					43		44				
		45					46				
47						48			49		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Dank ihr kennt man die Kosten
 Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Und andere, nur, welche?
 7 Monsieurs Gesundheit hat buchstäblich gelitten. 12 Einer von denen, die einst Spanien beherrschten. 13 Bretter für kalte Unterlagen. 16 Zentralasien, Gebirge: bis 5000 m hoch und 400 km lang. 17 Mueller-Stahl, deutscher Schauspieler: Vorname bitte. 18 Dank ihr hat was auch immer auch einen Namen. 20 Es kann eine Glaubensformel sein. 22 Die Teilentladung ist buchstäblich zu verstehen. 23 Das Gute, und seine sprichwörtliche Herkunft. 25 Schwaches Verb, starke Wirkung bei Zorn wie Gemüse. 27 Die purpurnen Flüsse passen zu jenem Jean. 29 Mal ist das der Bäume dicht, im Winter kahl. 30 Herakles, von Zeus mit ihr gezeugt. 33 Stadt im Südosten des kanadischen Québec. 34 Mal König der Hölle, mal Wettergott. 35 Wohlbekannter biblischer Bruder. 37 Dasselbe, anders gesagt. 39 In Barcelona und Venedig wird man immer wütender auf sie. 41 Ein bisschen bitter und verkehrt. 42 Das Eigenschaftswort passt zu schnittiger Formgebung (Auto). 43 An allen Orten, und somit bei jeder Gelegenheit. 45 Für strenggläubige Christen eine frevelhafte Figur. 46 Das Dorf liegt auf Teneriffa in einem Vulkankrater. 47 Im Dschungelbuch der grosse, gemütliche. 48 Auch der von Kuwait zählt auf den Gehorsam seines Volkes. 49 Manchmal sei sie blöd, manchmal ist sie hingegen heilig.

Senkrecht — 1 Es hört in Australien gerne mit. 2 Er ist arglos-unbekümmert. 3 Um solche Stücke zu singen, braucht es viel Luft. 4 Dort oben im Simmental. 5 Macht einzelne Buchtitel zur einzigartigen Sache. 6 War Lieblingsschiff des Kolumbus. 8 Sie leben bei uns ein Schattendasein. 9 Weder warm noch kalt, auch sonst unklar. 10 Frankreich: seit 2013 eine europäische Umwelthauptstadt. 11 Grundbesitz zählt dazu. 12 Eigelbsauce, so dann nichts für Gourmets. 14 Schwertkampf, der auch Köpfchen braucht. 15 Staat: westlicher geht es in Afrika kaum. 19 Der Pont du Gard ist nicht weit von jener Stadt im Süden Frankreichs. 21 Jenseits von dort – in Erinnerung an Elia Kazans Film. 24 Was der Peso für Mexico, ist er für Panama. 26 Man nennt es auch Rückkoppelung. 27 Das Gelände ist nicht altersschwach, aber schwankend. 28 Phänomenale Alpen-transversale. 31 Klar auf Ursache-Wirkungs-Verhältnis bezogen. 32 Der afrikanische Aasfresser aus der Familie der Störche. 33 Ob sie auf Verbrecher oder Genies hindeuten, weiss man nicht. 36 Raubtiere freuen sich wohl bei ihrem Anblick. 38 Man liegt erst darauf, wenn die zwei vorderen ans Ende rücken. 39 Pferdesport: Gangart mit Schwebephase. 40 Obligate Unterbrechung. 41 Hören können es so auch die Schotten. 44 Was unser EDI, ist jenes für Deutsche.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 538

D		T	S	E	L	I	G		B				
P	O	S	T	U	L	A	T	S	A	M	O	R	
A	L	A	I	N	M	A	N	D	A	R	I	N	E
C	E	N	T	T	A	T	E	N	D	R	A	N	G
K	K	A	P	E	R	U	E	A	U	A			
K	T	N	E	I	S	C	O	R	N	F	T		
M	A	M	I	S	A	C	H	E	G	N	O	M	
H	O	A	C	H	A	L	S	E	R				
A	I	R	A	S	I	A	T	M	U	E	I	E	
K	R	I	P	P	E	R	E	F	O	R	M	E	R
N	T	S	E	N	I	L	K	M	I	N			
E	N	Z	I	A	N	A	P	E	S	E	T	A	

Waagrecht — 3 SELIG 7 POSTULAT 10 AMOR
 13 ALAIN (Delon, Filmtitel) 14 MANDARINE
 17 CENT 18 TATENDRANG 19 KAPER 20 EAU
 (plate, franz. f. [stilles] Wasser) 21 KTN 22 EIS-
 CORNET 26 (Cheb) MAMI 27 SACHE
 28 GNOM 29 BOAC (boca, span. f. Mund)
 31 HALSE 33 AIR (engl. f. Luft) 34 ASIAT (Epi-
 kanthus-Falte: doppelte Lidfalte, Merkmal vieler
 Asiaten) 36 MUEHE (-voll) 39 KRIPPE
 40 REFORMER 41 SENIL 42 MIN 43 ENZIAN
 44 PESETA (war Währung in Spanien)

Senkrecht — 1 DOLE 2 TUN 3 SAMARIA 4 ETAT
 5 ISDN 6 BONN 7 PACK 8 SANKTMORITZ
 9 TITANIA 10 ARRANGEUR 11 MIAUEN
 12 REGA 15 NEUCHATEL 16 ADER 18 TEES
 21 KABIR 23 SCHARIA 24 OEL 25 TORHEIT
 30 CAPSA 32 SMOKE (= amerik. Rauch[-zei-
 chen]) 33 AKNE 35 SEEN (engl. f. gesehen)
 37 EMME 38 ERNA (Kurzform von Ernestine,
 dies ist die weibl. Form von Ernst)

Lösungswort — **DEGENERATION**



EMS
 WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
 erfolgreich in den Geschäftsbereichen
 Hochleistungspolymere
 Spezialchemikalien



Freude am Fahren



GRENZEN? WELCHE GRENZEN?

**DER BMW 2er GRAN TOURER. JETZT MIT ATTRAKTIVER
xDRIVE PRÄMIE UND 0,9% LEASING.**

BMW 218d xDrive Gran Tourer, 1995 cm³, 110 kW (150 PS), 4,9–5,1 l/100 km, BÄ 5,5–5,7 l/100 km, 128–133 g CO₂/km (Durchschnitt aller immatrikulierten Neuwagen in der Schweiz 134 g/km), CO₂-Emissionen aus Treibstoff- und/oder Strombereitstellung 21–22 g/km, Energieeffizienzklasse D–D. Unverbindliche Preisempfehlung CHF 41 445.– (Katalogpreis inkl. Sonderausstattungen CHF 46 050.– abzüglich 6% xDrive Prämie und 4% Swiss Bonus). Promotion gültig bis 31.12.2017. Abgebildetes Fahrzeug enthält Sonderausstattungen: LED-Scheinwerfer mit erweiterten Umfängen CHF 1260.–, Sonnenschutzverglasung CHF 440.–, Dachreling Schwarz CHF 290.–, Metallic-Lackierung CHF 960.–. 1. grosse Leasingrate CHF 8248.–, Laufzeit 48 Monate, 10 000 km/Jahr, effektiver Jahreszins 0,9%, mtl. Rate CHF 299.–, Leasingaktion gültig bis 30.11.2017 (Kundenübernahme 31.12.2017), Vollkaskoversicherung obligatorisch. Kreditvergabe ist verboten, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Ein Beispielangebot von BMW Financial Services, BMW (Schweiz) AG.